

#prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 1/2017



Stationäre Behandlung von psychisch gestörten Straftätern

4 – 31

**Ein Partner im Kampf
gegen den Terrorismus**
34

**Unterschiede bei der
bedingten Entlassung**
35



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ



Ronald Gramigna,
Herausgeber #prison-info

Liebe Leserin, lieber Leser

Sie halten die neue Ausgabe unseres ehemaligen **«info-bulletin»** in Ihren Händen. Ja richtig, unübersehbar haben sich Name und Layout geändert und zeigen sich in einer frischen Form. Wir haben uns nach langen Jahren der Kontinuität dafür entschieden, Anpassungen bezüglich des Aussehens unseres Magazins vorzunehmen. Zum einen ist der Titel **#prison-info** eindeutiger und prägnanter, zum anderen bringt das Layout mehr Kontrast und attraktive Lesbarkeit. Es freut mich sehr, dass es gelungen ist, Bewährtes und Neues zu verbinden und das #prison-info, das notabene die einzige Publikation des Bundesamtes für Justiz ist, in einem neuen Kleid erscheinen zu lassen.

Inhaltlich bleibt unser Magazin natürlich dem Themenbereich des Justizvollzuges treu. In dieser Nummer haben wir den Fokus auf die stationären Massnahmen, das heisst die **Behandlung von psychisch gestörten Straftätern** gelegt, die aus unterschiedlichsten Gründen immer wieder Anlass zu fachlichen und auch politischen Diskussionen geben. Wie immer haben wir das Fokus-Thema aus verschiedenen Blickwinkeln in seiner Breite und Tiefe abzubilden versucht. Wir haben uns auch dafür entschieden, umfassender und kontinuierlicher über Neuigkeiten, Entwicklungen und Herausforderungen im schweizweiten Justizvollzug zu informieren.

Mein Dank gilt einmal mehr den Autorinnen und Autoren, die mit ihren Artikeln massgeblich dazu beitragen, dass unser Magazin überhaupt in dieser Form erscheinen kann. Mein Dank gilt aber auch unserem neuen Redaktor Folco Galli, Informationschef des BJ, der mit Konsequenz und Elan die Neugestaltung des Magazins vorangetrieben hat, sowie Peter Schulthess, dessen eindruckliche Bilder wir erstmals in Farbe zu sehen bekommen. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Online-Version:



Inhalt

Fokus: Stationäre Behandlung von psychisch gestörten Straftätern

Die stationäre Behandlung von psychisch gestörten Straftätern ist Gegenstand einer Studie und von Empfehlungen der Nationale Kommission zur Verhütung von Folter. Unser Fokus beleuchtet dieses Thema zudem aus dem Blickwinkel der Gerichte, der Gutachter und der Fachkommissionen und gibt einen Einblick in den Vollzug.

- 4 Stationäre Behandlung von psychisch gestörten Straftätern unter der Lupe
- 11 Den Vollzug therapeutischer Massnahmen verbessern
- 14 «Wir spüren keinen Druck, wie wir zu urteilen haben»
- 18 Das psychiatrische Gutachten: ein Instrument zuhanden der Strafjustiz
- 21 Genauer hinschauen, um Rückfälle von Straftätern zu verhindern
- 24 Etliche Personen sind nicht am richtigen Ort
- 25 Das gesamte Setting ist Therapie
- 29 Verbesserungspotential in einem schwierigen Arbeitsfeld

- 33 Fünf Fragen an Roland Zurkirchen
- 34 Ein Partner im Kampf gegen den Terrorismus
- 35 Bedingte Entlassung: ein Strafgesetzbuch, unterschiedliche kantonale Praktiken

Pädosexuelle Straftäter besser erkennen

Mit dem Abschluss eines Modellversuchs der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel liegen differenzierte und zuverlässigere Grundlagen für die Diagnostik, Risikoeinschätzung und Behandlung von pädosexuellen Straftätern vor. Viele Fragen müssen noch im Rahmen weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen geklärt werden.

- 38 Pädosexuelle Straftäter besser erkennen
- 40 Traumatisierten Jugendlichen eine optimale Erziehung bieten

- 42 Aus dem Parlament
- 44 Haftprüfung: Bund sieht keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf
- 45 Kurzinformationen
- 46 Veranstaltungen
- 47 Neuerscheinungen

Kunst im Knast

Der Verein «Kunst im Knast» will das künstlerische Schaffen von Menschen im Freiheitsentzug fördern. Dieses eröffnet den Insassen einen Zugang zu sich selbst und unterstützt damit einen therapeutischen Prozess. Eine Ausstellung im Museum der Heilsarmee zeigt eine Auswahl von Gemälden, Zeichnungen und Skulpturen.

- 48 «Auch Gefängnisinsassen können Künstler sein»



Foto: Peter Schulthess

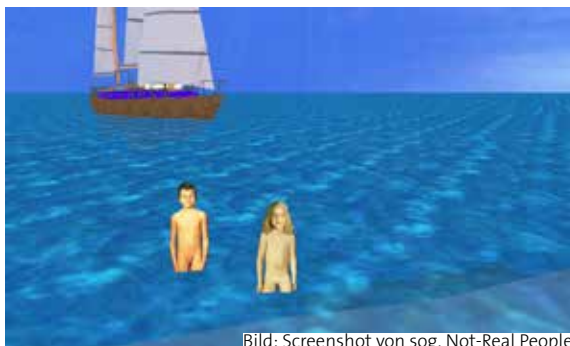


Bild: Screenshot von sog. Not-Real People



Foto: Dominique Boillat



In die Studie sind die Etablissements de la plaine de l'Orbe (Bild) sowie zwölf weitere Einrichtungen einbezogen worden.

Foto: Peter Schulthess

Stationäre Behandlung von psychisch gestörten Straftätern unter der Lupe

Resultate aus einer Studie zuhanden der NKVF

Ein Team der Universität Bern hat im Auftrag der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) die Anordnung und den Vollzug von stationären therapeutischen Massnahmen gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB untersucht. Mit einer Aktenanalyse ging es der Frage nach, wer die Insassen sind und warum sich diese im Massnahmenvollzug befinden. Des Weiteren erhob es Daten zum Verlauf und zur Ausgestaltung des Vollzugs. Die anschliessend dazu befragten Praktiker erachten insbesondere die lange Verweildauer im geschlossenen Massnahmenvollzug und die teilweise fehlende Therapiebereitschaft der Insassen als problematisch. Zudem rechnen sie damit, dass es in Zukunft immer schwieriger werden dürfte, gut ausgebildetes Personal zu rekrutieren.

Jonas Weber

Gemäss Bundesamt für Statistik hat sich der Bestand der wegen einer Massnahme zur stationären Behandlung von psychischen Störungen gemäss Art. 59 StGB in eine Justizvollzugseinrichtung Eingewiesenen seit dem Inkrafttreten des neuen Strafsanktionenrechts gesamtschweizerisch von 186 im Jahre 2007 kontinuierlich auf 449 im Jahre 2014 erhöht. Dabei ist zu beachten, dass Verurteilte, die in eine forensische Abteilung eines allgemeinen Psychiatriespitals eingewiesen worden sind, nicht mitgezählt werden. Gleichzeitig ist der Anteil der 59-er Massnahmen am Insassenbestand aller stationären Massnahmen (Art. 59, Art. 60, Art. 61 und Art. 64 StGB) von 32 Prozent im Jahre 2007 auf 57 Prozent im Jahre 2014 angewachsen. Dieser Anstieg des Insassenbestands ist zum einen auf die vermehrte Anordnung von Massnahmen gemäss Art. 59 StGB durch die Gerichte sowie auf die Umwandlung von

altrechtlichen Verwahrungen zurückzuführen. Zum anderen hat sich die Aufenthaltsdauer bis zur bedingten Entlassung im selben Zeitraum für stationäre Massnahmen insgesamt in etwa verdoppelt.

Vor diesem Hintergrund hat die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter im Frühjahr 2014 das Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern mit einer Studie zu «Anordnung und Vollzug stationärer therapeutischer Massnahmen gemäss Art. 59 StGB mit Fokus auf geschlossene Strafanstalten bzw. geschlossene Massnahmeneinrichtungen» beauftragt.

Studienauftrag und Rahmenbedingungen

Der Auftrag der NKVF umfasste insbesondere die Erhebung und Aufbereitung von Daten zur Anordnung und zum Vollzug von Therapiemassnahmen gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB. Die Studie sollte der



Jonas Weber, Professor am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern

«Der Bestand der wegen einer 59-er Massnahme Eingewiesenen hat sich von 186 im Jahre 2007 auf 449 im Jahre 2014 erhöht»

NKVF als ergänzende Informationsquelle – neben ihren Besuchen von Vollzugseinrichtungen – dazu dienen, eigene Einschätzungen und Empfehlungen zu formulieren.

Der finanzielle Rahmen der Studie war mit 20 000 Franken relativ eng abgesteckt. Die sich daran orientierenden Möglichkeiten der Datenerhebung und -analyse sowie der Berichterstattung wurden im Verlauf der Umsetzung durch eine Masterarbeit etwas erweitert, die – im Rahmen eines Weiterbildungsstudiums an der Universität Bern – als Teil der Studie verfasst worden ist.

Gliederung der Studie

Die Studie gliedert sich in vier Teile: Teil 1 enthält eine Analyse der Gesetzesmaterialien und des Schrifttums zu Art. 56 und Art. 59 StGB. Es ging hier darum, das Konzept nachzuzeichnen, welches der Gesetzgeber beim Erlass von Art. 56 und 59 StGB insgesamt verfolgt hatte, und die Intentionen zu erkennen, die hinter den einzelnen Bestimmungen bzw. Absätzen stehen. Dabei waren die verschiedenen Teilrevisionen mit zu berücksichtigen, welche mehrfach zu Modifikationen der ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagenen Bestimmungen geführt hatten. Aufgrund des zur Verfügung stehenden Budgets musste auf eine Analyse der bundesgerichtlichen Rechtsprechung verzichtet werden. Teil 2 enthält eine quantitative Auswertung von Vollzugsakten, worauf nachfolgend in diesem Beitrag schwerpunktmässig eingegangen wird.

Bei der Arbeit mit den Vollzugsakten wurde klar, dass sich mit einer rein quantitativen Analyse viele Problempunkte, die sich in Einzelfällen zeigen, nicht ausreichend abbilden lassen. Deshalb sind die Fallakten in einem zweiten Durchgang einer qualitativen Analyse unterzogen worden, indem die Fälle vor dem Hintergrund des in Teil 1 dokumentierten Vorwissens nach möglichen Schwachstellen durchleuchtet und diese dann kritisch besprochen worden sind. Der so entstandene Teil 3 der Studie sollte jene Aspekte dokumentieren, die in bestimmten Einzelfällen als problematisch erscheinen.

Teil 4 der Studie umfasst schliesslich die Auswertung von Expertengesprächen, welche mit Anstaltsdirektoren und Vollzugsverantwortlichen in acht Institutionen geführt worden sind. Hier ging es darum, zu verschiedenen Aspekten des geschlossenen Massnahmenvollzugs Einschätzungen aus Sicht der Anstalten zu dokumentieren.

Vorgehen bei der Aktenanalyse

Die NKVF hatte folgende 13 Einrichtungen vorgegeben, die in die Studie miteinbezogen werden sollten: Etablissement d'exécution des peines Bellevue (NE), Etablissement pénitentiaire fermé «Curabilis» (GE),

Etablissements de la plaine de l'Orbe (VD), Massnahmenzentrum Bitzi (SG), Anstalten Hindelbank (BE), Justizvollzugsanstalt Lenzburg (AG), Psychiatrische Klinik Münsterlingen (TG), Justizvollzugsanstalt Pöschwies (ZH), Justizvollzugsanstalt Solothurn (SO), Zentrum für stationäre forensische Therapie Rheinau (ZH), Justizvollzugsanstalt St. Johannsen (BE), Justizvollzugsanstalt Thorberg (BE), Strafanstalt Bostadel (ZG).

Eine Auswertung der Insassenlisten aus diesen 13 Einrichtungen ergab, dass dort am Stichtag Ende September 2014 insgesamt 288 Personen gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB eingewiesen waren. In dieser Grundgesamtheit waren 20 einweisende Kantone vertreten (AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, UR, VD, VS, ZG, ZH). Mittels Zufallsstichprobe wurden in der Folge aus dieser Grundgesamtheit 25 Prozent der Fälle ausgewählt. Die daraus resultierenden 72 Fälle wurden in einem nächsten Schritt – wiederum mittels Zufallsauswahl – so ergänzt, dass jede Institution und jeder einweisende Kanton mit mindestens einem Fall im Sample vertreten war. Dadurch ist die Samplegrösse auf 83 Fälle angewachsen.

Eine erste Analyse der Fälle zeigte dann, dass es sich bei acht Fällen um vorzeitigen Massnahmenvollzug handelte; das heisst, um Fälle, bei denen noch kein rechtskräftiges Anordnungsurteil vorlag. Da jedoch gemäss Studienauftrag namentlich Anordnungsurteile ausgewertet werden sollten, wurden diese acht Fälle aus dem Sample ausgeschlossen, so dass schliesslich 75 Fälle übrig blieben, zu denen in der Folge Akten ausgewertet wurden.

Von den 75 Personen des Samples waren 16 in den EP Orbe untergebracht, je elf Personen in der JVA Pöschwies und im Zentrum Rheinau, zehn Personen im MZ Bitzi, je sechs Personen im EPF Curabilis und in der JVA Solothurn, fünf Personen in der JVA Thorberg, drei Personen in der Klinik Münsterlingen, je zwei Personen in den Anstalten Hindelbank und in der JVA Lenzburg sowie je eine Person in den EEP Bellevue, der SA Bostadel und in der JVA St. Johannsen.

Die Aktenauswertung umfasste die Strafurteile, mit denen die Massnahme angeordnet worden ist, Verlängerungsurteile, Einweisungsverfügungen, psychiatrische Gutachten, Vollzugspläne, Disziplinarverfügungen, Zwangsanwendungsprotokolle sowie Empfehlungen der konkordatischen oder kantonalen Fachkommissionen. Die Akten wurden dem Forschungsteam von den einweisenden Behörden zur Verfügung gestellt. Auf die Auswertung der Zwangsanwendungsprotokolle musste in der Folge verzichtet werden, da die Dokumentierung der Fälle diesbezüglich zu unterschiedlich und vermuthungsweise oftmals unvollständig war, so dass die erhobenen Daten nicht aussagekräftig erschienen.

Zur Auswertung der Akten wurde ein Fragebogen mit rund 50 Variablen entwickelt sowie ein Kodierschema, in dem für alle Variablen die Beurteilungsregeln hinterlegt wurden. Die so erhobenen Daten wurden in der Folge mittels Statistikprogramm SPSS ausgewertet, wobei vor allem Häufigkeiten und Kreuztabellen berechnet wurden.

Soziodemografische Daten

Im Sample waren 72 Männer und drei Frauen vertreten. Das Durchschnittsalter lag bei 39.8 Jahren. Die jüngste Person war 21 Jahre alt; die älteste 65. Drei Personen gehörten der Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen an, 28 Personen derjenigen der 25 bis 34-Jährigen; 21 Personen waren zwischen 35 und 44 Jahre alt und 17 Personen zwischen 45 und 59 Jahren; sechs Personen waren 60 Jahre alt oder älter.

Mit 28 Prozent (n=21) lag der Ausländeranteil (Personen ohne schweizerische Staatsbürgerschaft) unter den Probanden deutlich unter dem Ausländeranteil im Justizvollzug insgesamt. Von den 21 Personen ohne schweizerische Staatsbürgerschaft besaßen neun eine Niederlassungsbewilligung und drei eine Aufenthaltsbewilligung; bei zwei Probanden war in den Akten ein illegaler Aufenthalt vermerkt und für sieben Probanden fehlten Angaben zum Aufenthaltsstatus und es war nur die ausländische Staatsangehörigkeit vermerkt. Die ausländischen Probanden wiesen mit 34.7 Jahren ein geringeres Durchschnittsalter auf als die schweizerischen Probanden mit 41.7 Jahren.

Der grösste Teil der Probanden war ledig (n=54, 72 %); 16 Probanden (21.3 %) waren geschieden; drei Probanden (4 %) waren verheiratet und zwei (2.7 %) verwitwet. Für 17 Probanden (23 %) war in den Akten vermerkt, dass sie mindestens ein Kind haben.

Vor der aktuellen Inhaftierung waren acht Probanden (10.7 %) vollzeitlich und drei Probanden (4 %) teilzeitlich erwerbstätig. Weitere fünf Probanden (6.7 %) gingen gelegentlich einer Erwerbstätigkeit nach. 37 Probanden (49.3 %) waren ohne Erwerbstätigkeit bzw. als arbeitslos gemeldet. 16 Probanden (21.3 %) bezogen eine Invalidenrente. Fünf Personen (6.7 %) befanden sich in einer Umschulung und eine Person (1.3 %) war in geschützter Umgebung beschäftigt.

Psychische Störungen

Zur Erhebung der psychischen Störungen wurden die forensisch-psychiatrischen Gutachten verwendet, auf die sich die Gerichte bei der Anordnung der stationären Massnahme abgestützt hatten. Bei 39 der 75 Probanden (52 %) liegen mehrere Hauptdiagnosen vor, wovon für 35 Personen Hauptdiagnosen mit zwei Störungsbildern und für vier Personen solche mit drei Störungsbildern vermerkt sind. Neben-

diagnosen lagen nur in zwei Fällen vor und wurden nicht ausgewertet.

Die Angaben zu den psychischen Störungen wurden gemäss ICD-10-Codierung erhoben, was für 73 der 75 Fälle möglich war. Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen (ICD-10, F60-69) (n=43; 35 %), psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen (ICD-10, F10-19) (n=35; 29 %) sowie schizophrene, schizotype und wahnhaft Störungen (ICD-10, F20-29) (n=29; 24 %) waren im Sample am häufigsten vertreten. Weiter fanden sich affektive Störungen (ICD-10, F30-39) (n=7; 6 %), Intelligenzminderungen (ICD-10, F70-79) (n=5; 4 %) sowie neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen (ICD-10, F40-48) (n=2; 2 %). Mehrfachdiagnosen wurden hinsichtlich verschiedener Störungskategorien erfasst, nicht aber innerhalb einer Störungskategorie.

Organische, einschliesslich symptomatischer psychischer Störungen (ICD-10, F00-F09) sowie Verhaltensauffälligkeiten mit körperlichen Störungen und Faktoren (ICD-10, F50-F59) waren im Sample nicht vorhanden. Bei den Mehrfachhauptdiagnosen (sog. Komorbidität) (39 von 75 Fällen) waren folgende Kombinationen am häufigsten: bei 14 Personen bestand eine kombinierte Diagnose gemäss F1 und F6, bei acht Personen eine gemäss F1 und F2 sowie bei drei Personen eine gemäss F2 und F6.

Bei der Auswertung der forensisch-psychiatrischen Gutachten waren deutliche Unterschiede namentlich hinsichtlich ihres Umfangs zu erkennen. Es bestand dabei eine Art «Röstigraben» zwischen den Deutschschweizer Fällen mit Gutachten von in der Regel 30 bis 100 Seiten und den Fällen aus der Romandie, bei denen die Gutachten oftmals lediglich 10 bis 20 Seiten umfassten. Dieser signifikante Unterschied im Umfang der Gutachten spiegelte sich auch im Inhalt der Gutachten wider: Die Diagnosen waren in den Gutachten aus der Romandie meist deutlich weniger eingehend begründet als in den Deutschschweizer Gutachten.

Schuldfähigkeit

Des Weiteren wurde aus den forensisch-psychiatrischen Gutachten die Schuldfähigkeit im Hinblick auf jene Straftaten erhoben, die zur Anordnung der stationären Massnahme geführt hatten. Dabei wurde unterschieden, ob die Schuldfähigkeit vollständig aufgehoben (= Schuldunfähigkeit), eingeschränkt (= verminderte Schuldfähigkeit) oder uneingeschränkt (= volle Schuldfähigkeit) vorhanden war. Hatte eine Mehrzahl von Straftaten zur Anordnung einer stationären Massnahme geführt, so wurde danach differenziert, ob die Schuldfähigkeit einheitlich für alle Straftaten vorhanden, eingeschränkt oder aufgehoben war, oder ob die Schuld-

«Zur Auswertung der Akten wurde ein Fragebogen mit rund 50 Variablen entwickelt»

«Es bestand eine Art Röstigraben zwischen den Gutachten aus der Deutschschweiz und aus der Romandie»

«Die Probanden befanden sich im Durchschnitt seit sechs Jahren und acht Monaten im Freiheitsentzug»

fähigkeit betreffend die mehreren Anlassstraftaten unterschiedlich ausgeprägt war. Bei unterschiedlich ausgeprägter Schuldfähigkeit sind die Fälle einer Sammelkategorie zugewiesen worden.

Bei 64 Probanden (hier als 100 % definiert) wird im forensisch-psychiatrischen Gutachten eine konstant ausgeprägte Schuldfähigkeit bzw. -unfähigkeit hinsichtlich der Anlassstat(en) ausgewiesen. Dabei war die Schuldfähigkeit bei zwölf Probanden (19 %) vollständig aufgehoben; d.h., diese Probanden galten für die von ihnen begangenen Anlassstraftaten als schuldunfähig. Eine eingeschränkte Schuldfähigkeit wurde bei 38 Probanden (59 %) angenommen. Für 14 Probanden (22 %) war eine uneingeschränkte Schuldfähigkeit angenommen worden. Bei 10 Probanden war die Schuldfähigkeit bzw. -unfähigkeit betreffend die mehreren Anlassstraftaten nicht konstant ausgeprägt.

Bei den zwölf schuldunfähigen Probanden ist eine Diagnose aus dem schizophrenen Formenkreis (ICD-10, F20-29) am verbreitetsten (83 %). Bei den 14 uneingeschränkt schuldfähigen Personen hingegen überwiegen Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen (ICD-10, F60-69) (79 %).

Anlassstraftaten

Als Anlassstraftaten wurden alle Straftaten erfasst, die gemäss den ausgewerteten Strafurteilen für die Anordnungen der Therapiemassnahmen relevant waren. 23 der 75 Probanden hatten verschiedene Straftatbestände erfüllt, die für die Anordnung der Massnahme eine Rolle spielten. Insgesamt waren im Sample 25 verschiedene Straftatbestände vertreten. Am häufigsten war die einfache Körperver-

letzung (Art. 123 StGB) mit 19 Fällen, gefolgt von der vorsätzlichen Tötung (Art. 111 StGB) mit vierzehn und der Drohung (Art. 180 StGB) mit zwölf Fällen. Am vierthäufigsten waren sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB) mit elf Fällen. Je zehnmal kamen Diebstahl gemäss Art. 139 StGB und Nötigung gemäss Art. 181 StGB im Sample vor.

Strafmass

Von den 75 Probanden wurden 61 (81 %) neben der stationären Massnahme gemäss Art. 59 StGB zu einer Strafe verurteilt. Bei 14 Personen wurde keine Strafe ausgesprochen. Von den 61 zu einer Strafe verurteilten Probanden wurden 60 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Dabei betrug das Strafmass im Minimum 10 Tage; der Mittelwert lag bei 4 Jahren und 4 Monaten; die höchste Freiheitsstrafe belief sich auf 14 Jahre. 9 Probanden (15 %) wurden zu einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr verurteilt, 18 Probanden (30 %) zu einer Freiheitsstrafe zwischen einem und drei Jahren sowie 13 Probanden (22 %) zu einer Freiheitsstrafe zwischen drei und sechs Jahren. Bei 16 Probanden (27 %) betrug das Strafmass zwischen fünf und zehn Jahren und bei vier Probanden (7 %) über zehn Jahre.

Bei drei Personen wurde eine Geldstrafe ausgesprochen; in einem Fall wurde eine Geldstrafe als einzige Strafe angeordnet, in zwei Fällen zusätzlich zur Freiheitsstrafe. Bei den drei Geldstrafen fanden sich einmal drei Tagessätze, einmal 20 Tagessätze und einmal 40 Tagessätze. 23 Probanden wurden zudem zu einer Busse verurteilt. Dabei war der tiefste Betrag Fr. 50. Der Durchschnitt betrug Fr. 448. Die höchste Busse lautete auf Fr. 1500.



Häufigste Anlassstraftat für die Anordnung einer Therapiemassnahme war im Sample die einfache Körperverletzung.

Foto: Keystone

Rückfall- bzw. Wiederverurteilung

Für 37 Probanden (49 %) war die Anordnung der aktuellen Therapiemassnahme die erste einschlägige Verurteilung. Bei 6 Probanden (8 %) lag eine einzige einschlägige frühere Verurteilung vor. 32 Probanden (43 %) waren früher bereits mehrmals aufgrund gleichartiger Straftaten verurteilt worden.

Vorgeschichte Massnahmenvollzug

Von den 75 Probanden waren 43 vor der aktuellen Massnahme noch nie zu einer strafrechtlichen Massnahme verurteilt worden. Gegen 17 Probanden wurde früher einmal eine ambulante Behandlung (Art. 63 StGB; Art. 43 Ziff. 1 StGB a.F.) angeordnet. Bei vier Probanden war in der Vergangenheit bereits eine Massnahme gegen junge Erwachsene (Art. 61 StGB) bzw. eine Einweisung in eine Arbeitserziehungsanstalt (Art. 100bis StGB a.F.) ausgesprochen worden, bei fünf Probanden eine Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt (Art. 43 Ziff. 1 StGB a.F.) sowie gegen zwei Probanden eine stationäre Behandlung von Trunk- und Rauschgiftsüchtigen (Art. 44 StGB a.F.). In sieben Fällen waren früher bereits einmal eine Verwahrung gemäss Art. 43 Ziff. 1 Abs. 2 StGB a.F. und in fünf Fällen eine solche gemäss Art. 64 StGB angeordnet worden.

Art der Anordnung

Bei 50 Probanden (67 %) wurde die Therapiemassnahme direkt gemäss Art. 59 StGB angeordnet. Bei 13 Probanden (17 %) handelte es sich um die Umwandlung einer altrechtlichen Verwahrung gemäss Art. 42 oder 43 Ziff. 1 Abs. 2 StGB a.F. In jeweils fünf Fällen (je 7 %) lag die Umwandlung einer Freiheitsstrafe bzw. einer neurechtlichen Verwahrung (beides gemäss Art. 65 Abs. 1 StGB) vor. In zwei Fällen (3 %) wurde eine ambulante Massnahme (Art. 63b Abs. 5 StGB bzw. Art. 43 Ziff. 1 StGB a.F.) umgewandelt.

Anordnung im Strafurteil gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB

Von den 75 untersuchten Therapiemassnahmen ist der Vollzug in einer geschlossenen Einrichtung in 23 Fällen (31 %) bereits durch das Gericht im Strafurteil – das heisst, explizit gestützt auf Art. 59 Abs. 3 StGB – angeordnet worden. In den übrigen 52 Fällen (69 %) lautete das Urteil des Strafgerichts unspezifischer auf eine Massnahme gemäss Art. 59 StGB bzw. Art. 59 Abs. 1 StGB, sodass die Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung gemäss Art. 59 Abs. 3 StGB (einzig) von der Strafvollzugsbehörde angeordnet worden ist. Zwischen der Romandie und der Deutschschweiz bestehen diesbezüglich erhebliche Unterschiede: Während in der Romandie in 52 Prozent der Fälle die strafgerichtliche Anordnung explizit gestützt auf Abs. 3 erfolgte, traf

dies in der Deutschschweiz bloss in 21 Prozent der untersuchten Fälle zu.

Schriftliche Begründung des Anordnungsurteils

Gemäss Art. 82 StPO verzichtet ein erstinstanzliches Gericht auf eine schriftliche Begründung der Anordnung einer Massnahme gemäss Art. 59 StGB, wenn das Urteil nicht gestützt auf Abs. 3 erfolgt ist – das heisst, wenn die Massnahme gemäss Art. 59 Abs. 1 oder Abs. 2 StGB oder unspezifisch gemäss Art. 59 StGB angeordnet wird. Voraussetzung ist ferner, dass kein Rechtsmittel gegen die Anordnung ergriffen worden ist bzw. keine Partei die schriftliche Begründung verlangt hat und dass neben der Massnahme keine Freiheitsstrafe von über zwei Jahren ausgesprochen worden ist. Bei den 52 Fällen des Samples, in denen die gerichtliche Anordnung nicht gestützt auf Abs. 3 erfolgt ist, fanden sich zehn Fälle (19 %), in denen die Anordnung der Therapiemassnahme gemäss Art. 59 StGB ohne schriftliche Begründung geblieben ist.

Bisherige Vollzugsdauer

Ausgehend vom Stichtag der Datenerhebung (30. September 2014) wurde mittels der dokumentierten Eintrittsdaten die bisherige Dauer des aktuellen Massnahmenvollzugs ermittelt. Dabei wurde auch die Vollzugsdauer von unmittelbar vorangehenden Verwahrungen gemäss Art. 64 StGB und von altrechtlichen stationären Massnahmen miterfasst; ebenso der Vollzug von Massnahmen gemäss Art. 60 und Art. 61 StGB, wenn diese aufgehoben und direkt anschliessend eine parallel dazu ausgesprochene Massnahme gemäss Art. 59 StGB vollzogen wurde. In allen Fällen ist der vorzeitige Massnahmenvollzug ab tatsächlichem Eintritt in die Anstalt mitberücksichtigt worden.

So berechnet, befanden sich die Probanden am Stichtag im Durchschnitt seit fünf Jahren und sieben Monaten im stationären Massnahmenvollzug. Die kürzeste Dauer betrug rund sieben Monate, die längste knapp 20 Jahre. 39 Probanden (53 %) befanden sich am Stichtag seit weniger als 5 Jahren im stationären Massnahmenvollzug, 23 Probanden (31 %) seit fünf bis zehn Jahren, acht Probanden (11 %) seit zehn bis 15 Jahren und 4 Probanden (5 %) seit 15 bis 20 Jahren. Die durchschnittliche Dauer des vorzeitigen Massnahmenvollzugs betrug 77 Tage.

Vor dem Antritt des (vorzeitigen) Massnahmenvollzugs befanden sich die Probanden im Durchschnitt während 396 Tagen in Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft. Die Gesamtdauer des aktuellen Freiheitsentzugs betrug somit im Mittel sechs Jahre und acht Monate.

«Für 92 % der Probanden existierte ein Vollzugsplan»

«Aufgrund fehlender Anschlusslösungen könnte es verstärkt zu einem Mangel an Therapieplätzen kommen»

Angaben zur Studie

Weber Jonas/Schaub Jann/Bumann Corinna/Sacher Kevin: Anordnung und Vollzug stationärer therapeutischer Massnahmen gemäss Art. 59 StGB mit Fokus auf geschlossene Strafanstalten bzw. geschlossene Massnahmeneinrichtungen. Studie zuhanden der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF), Bern, 28. August 2015, zu beziehen über www.nkvf.admin.ch oder www.krim.unibe.ch (Abteilung Weber).

Vollzugsplan

Für 69 Probanden (92 %) existierte zum Erhebungszeitpunkt ein Vollzugsplan. In sechs Fällen (8 %) lag kein Vollzugsplan vor. Für 67 Probanden konnte das Datum des aktuellen Vollzugsplans erfasst werden: Bei 36 Probanden (54 %) war der Vollzugsplan weniger als ein Jahr alt. In 15 Fällen (22 %) betrug das Alter des Vollzugsplans zwischen einem und zwei Jahren. Bei vier Probanden (6 %) war der Vollzugsplan zwischen zwei und drei Jahren alt. Zwölf Probanden (12 %) hatten einen Vollzugsplan, der älter als drei Jahre war. Der älteste Vollzugsplan war über neun Jahre alt.

Ebenfalls für 67 Probanden konnte der Inhalt des aktuellen Vollzugsplans ausgewertet werden. Dabei wurden folgende Themen erhoben: Vollzugsöffnungen (in 56 Fällen im Vollzugsplan thematisiert), Beziehungen zur Aussenwelt (53), persönliche Ressourcen (52), Art der Unterbringung (50), Arbeit/Beschäftigung (42), bisheriger Vollzugsverlauf (40), Behandlung/Therapie (36), Kontrollen (32), Medikation (29), Bildung (23), wirtschaftliche Wiedereingliederung (10).

Vollzugsöffnungen

Im Sample befanden sich 47 Probanden (63 %), denen bereits eine oder mehrere Vollzugsöffnungen im Sinne von Art. 75a Abs. 2 StGB gewährt worden waren. Bei den übrigen 28 Probanden (37 %) gab es bis zum Erhebungszeitpunkt noch keine Vollzugsöffnungen.

Bei den 47 Probanden mit Vollzugsöffnungen fanden sich 40 mit begleiteten Ausgängen, 16 mit einer Versetzung in eine offene Vollzugseinrichtung, 13 mit unbegleiteten Ausgängen, zwölf mit Urlauben, je drei mit einer Versetzung in ein Arbeits- bzw. Wohnexternat sowie zwei mit einer bedingten Entlassung. Bei den Versetzungen in offene Vollzugseinrichtungen und Wohn- und Arbeitsexternate sowie bei den bedingten Entlassungen handelte es sich um widerrufene Vollzugsöffnungen, sodass sich die betroffenen Probanden im Erhebungszeitraum (wieder) im geschlossenen Vollzug befanden.

Experten weisen auf drei Hauptprobleme hin

Im Nachgang zur Aktenanalyse wurden in acht Institutionen (MZ Bitzi, JVA St. Johannsen, JVA Solothurn, JVA Lenzburg, EP Orbe, JVA Pöschwies JVA Thorberg, Zentrum Rheinau), die von der NKVF ausgewählt worden waren, Expertengespräche mit insgesamt zehn Anstaltsdirektoren und/oder Vollzugsverantwortlichen geführt. Bei der Auswertung der Interviews wurden drei Hauptthemenbereiche identifiziert, bei denen aus Sicht der Einrichtungen Schwierigkeiten bzw. Optimierungsbedarf bestehen.

Lange im geschlossenen Massnahmenvollzug

Ein erstes Thema war die lange Verweildauer der Eingewiesenen im geschlossenen Massnahmenvollzug.

Bei den meisten Gesprächsteilnehmenden bestand der Eindruck, dass es oftmals Insassen gebe, die länger in einer geschlossenen Institution verbleiben, als es aus therapeutischer Sicht notwendig wäre. Dazu komme es, weil es zum einen schwierig sei, Plätze in offenen Anstalten zu finden, und weil es zum anderen teilweise lange dauere, bis die einweisende Behörde einer Versetzung in eine offene Anstalt bzw. einer anderen Vollzugslockerung zustimme.

Das Problem betreffe sowohl den Übergang von einer geschlossenen in eine offene Einrichtung als auch den Übergang von der offenen Einrichtung in ein Wohnexternat bzw. in eine betreute Wohnform nach einer bedingten Entlassung. Dadurch blieben Therapieplätze in geschlossenen Institutionen länger belegt und die ohnehin schon bestehende Platzknappheit werde verschärft. Die Mehrzahl der Interviewten befürchtete, dass es aufgrund derzeit fehlender Anschlusslösungen in Zukunft verstärkt zu einem Mangel an Therapieplätzen kommen werde. Nach überwiegender Meinung der Gesprächsteilnehmenden könnte sich eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen positiv auf die Aufenthaltsdauer der Eingewiesenen auswirken.

Ungenügende Therapiebereitschaft

Ein zweiter Problempunkt, der in den Expertengesprächen häufig thematisiert wurde, war die fehlende bzw. ungenügende Therapiebereitschaft von Insassen bzw. deren Nichtkooperation im Vollzugsalltag. Hier sehen viele Anstalten den Ball bei den Gerichten bzw. bei den einweisenden Behörden. Man wünscht sich überwiegend, dass die Abklärungen optimiert würden bzw. restriktiver entschieden würde, welche Personen überhaupt in eine Massnahme gemäss Art. 59 StGB eingewiesen werden bzw. bei welchen Insassen die Massnahme nach fünf Jahren verlängert wird.

Sorge um genügend personelle Ressourcen

Als drittes Hauptthema der Interviews ist die Sorge der Institutionen um genügend personelle Ressourcen bzw. um genügend fachlich gut ausgebildetes Personal zu nennen. Zwar haben die Vertreter aller Institutionen angegeben, dass ihnen momentan noch genügend ausreichend qualifizierte Mitarbeitende zur Verfügung stünden. Jedoch geht die Mehrheit davon aus, dass aufgrund komplexer werdender Aufgaben zukünftig eher mehr Personal erforderlich sein werde und dass es für Massnahmeneinrichtungen immer schwieriger werde, fachlich gut ausgebildetes Personal zu rekrutieren. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass es in der Schweiz an Ausbildungsmöglichkeiten im forensisch-psychiatrischen Bereich fehle, sowohl im ärztlichen Bereich als auch im Pflege- bzw. Betreuungsbereich.

Den Vollzug therapeutischer Massnahmen verbessern

Empfehlungen der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter

Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hat von 2013 bis 2016 acht Massnahmenvollzugseinrichtungen überprüft, die stationäre therapeutische Massnahmen nach Art. 59 Abs. 3 StGB vollziehen. In ihrem Bericht über diese Überprüfung richtet sie an die Anstaltsdirektionen und Vollzugsbehörden verschiedene Empfehlungen, die den Vollzug therapeutischer Massnahmen verbessern sollen.

Im Rahmen ihrer Besuche legte die NKVF ein besonderes Augenmerk auf die Bedingungen des Vollzugs und auf die Einhaltung verfahrensrechtlicher Aspekte bei der Anwendung von freiheitsbeschränkenden Massnahmen. Bei der Überprüfung des Vollzugs dieser Massnahmen stellten sich aus der Sicht der NKVF verschiedene Fragen, die sie zu einer schweizweiten Abklärung in diesem Bereich veranlassten. Sie beauftragte zudem das Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern mit einer Studie über die Anordnung und den Vollzug stationärer therapeutischer Massnahmen gemäss Art. 59 StGB mit Fokus auf geschlossene Massnahmeneinrichtungen bzw. geschlossene Strafanstalten (siehe S. 4 f.). Ihr Bericht enthält namentlich folgende Feststellungen und Empfehlungen:

Möglichst einheitliche konzeptionelle Grundlagen

In der Regel beruhten die Massnahmenvollzugskonzepte auf einem milieutherapeutischen Ansatz. Die NKVF stellte jedoch beim konzeptionellen Aufbau und bei der Umsetzung erhebliche Unterschiede fest, die sich bei häufigem Institutionswechsel negativ auf den therapeutischen Verlauf auswirken können. Sie empfiehlt ein auf mindestens drei Säulen basierendes Massnahmenvollzugskonzept, wonach die psychiatrische Behandlung, die Wohn-

gruppe, die Arbeitsagogik und die Sicherheit einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Wenngleich differenzierte Therapieformen aufgrund unterschiedlicher Störungsbilder und Bedürfnisse sinnvoll sind, empfiehlt sie den Strafvollzugskonkordaten und den Anstaltsleitungen, möglichst einheitliche konzeptionelle Grundlagen zu schaffen.

Gruppen- und Einzeltherapie kombinieren

Auch beim Therapieangebot stellte die Kommission erhebliche Unterschiede fest. In den meisten Einrichtungen in der Deutschschweiz lag der Schwerpunkt konzeptionell auf der Gruppentherapie mit Fokus auf Wohngruppe und Beschäftigung, wogegen in den Westschweizer Einrichtungen häufiger Einzeltherapien zur Anwendung kamen und die Anzahl Gruppentherapien eher marginal ausfiel. Die NKVF empfiehlt eine ausgeglichene Kombination aus Gruppen- und Einzeltherapie sowie eine individuelle Anpassung an die Bedürfnisse der Eingewiesenen.

Vollzugspläne innert dreier Monate erstellen

In den überprüften Einrichtungen beanstandete die NKVF – von beispielhaften Ausnahmen abgesehen – regelmässig die fehlenden Vollzugspläne. Sie ersucht die Anstaltsdirektionen bzw. die Vollzugsbehörden, die Vollzugspläne spätestens drei Monate nach Eintritt in Zusammenarbeit mit den Eingewiesenen zu

«Das Massnahmenvollzugskonzept sollte auf mindestens drei Säulen basieren»

«Fehlplatzierungen von Eingewiesenen führen regelmässig zu einem vorzeitigen Abbruch der Massnahme bzw. zu deren Verlängerung»

erstellen und regelmässig auf den neuesten Stand zu bringen. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf der Formulierung von konkreten und nachvollziehbaren Zielsetzungen liegen.

Behandlung von Beginn an sicherstellen

Die NKVF traf in den besuchten Justizvollzugseinrichtungen mehrfach Personen im Massnahmenvollzug an, die sich aufgrund der beschränkten therapeutischen Möglichkeiten in einem Normalvollzugssetting befanden oder für längere Zeit in einem Untersuchungsgefängnis untergebracht waren. Sie ist der Ansicht, dass solche Unterbringungen dem gesetzmässigen Vollzug der therapeutischen Massnahme zuwiderlaufen. Sie könnten infolge der daraus resultierenden zeitlichen Verzögerung der therapeutischen Behandlung sogar die erfolgreiche Durchführung der Massnahme beeinträchtigen. Sie empfiehlt den Vollzugsbehörden deshalb dringend, auch im Rahmen eines normalen Strafvollzugssettings möglichst von Beginn an sicherzustellen, dass Personen im Massnahmenvollzug, entsprechend ihrem psychiatrischen Störungsbild, Zugang zu angemessener therapeutischer Behandlung erhalten.

Disziplinierungen formell verfügen

Die NKVF empfiehlt, Disziplinierungen stets unter Berücksichtigung des psychiatrischen Störungsbildes vorzunehmen, die Konsequenzen eines möglichen Arrestvollzugs aus therapeutischer Sicht sorgfältig abzuwägen und sämtliche Disziplinierungen formell zu verfügen. Als problematisch erachtet die NKVF, Eingewiesene nach Zwischenfällen mit dem Personal in Sicherheitszellen, Sicherheits- oder Hochsicherheitsabteilungen unterzubringen. Eine monate- oder jahrelange Unterbringung in einer solchen Abteilung vereitelt den Massnahmenvollzug. Der Gefährlichkeit der Eingewiesenen sollte aus Sicht der NKVF mit therapeutischen und nicht mit sicherheitstechnischen Mitteln begegnet werden.

Problematische Fehlplatzierungen

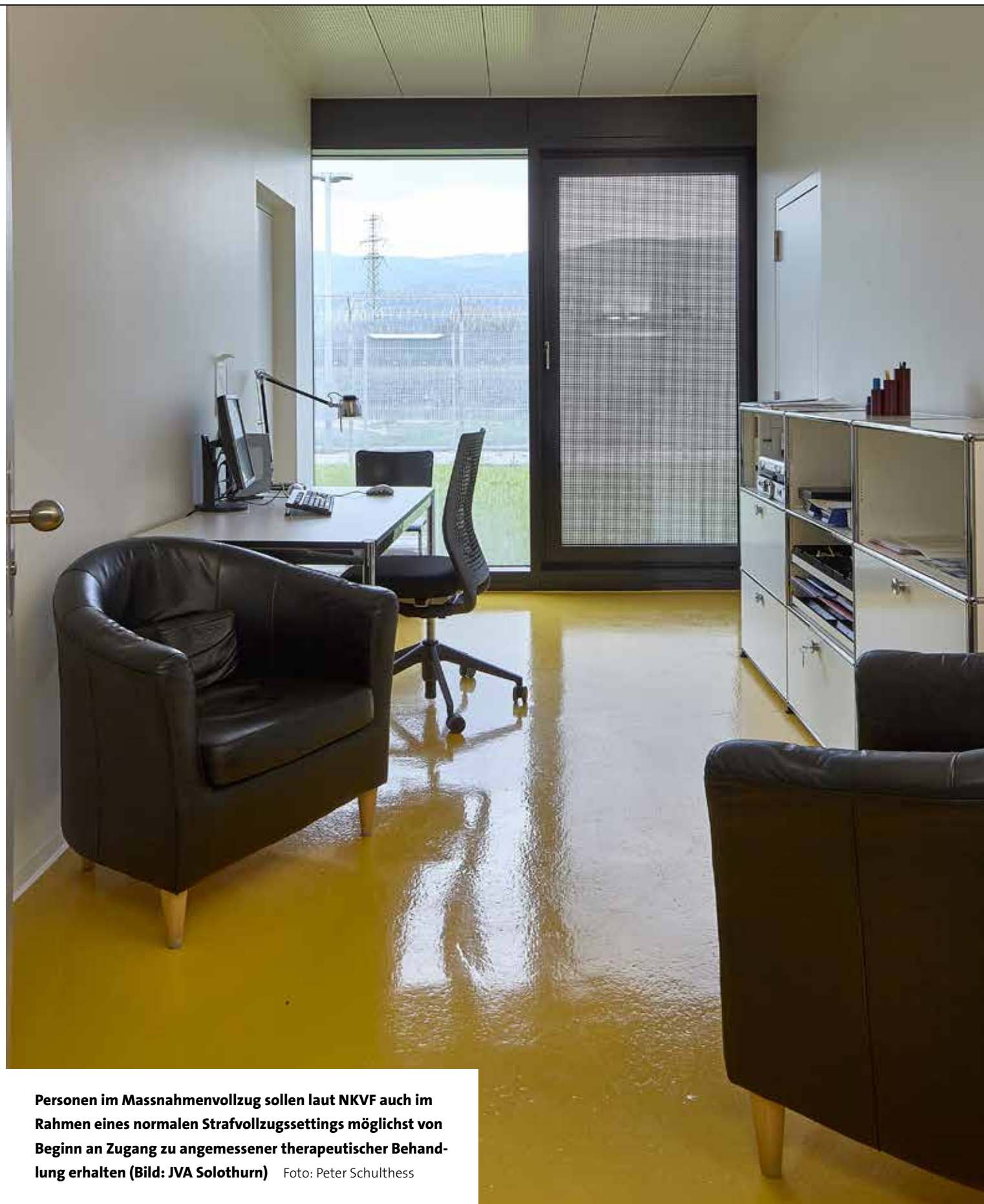
Die NKVF stellte wichtige Unterschiede beim Vollzug von stationären therapeutischen Massnahmen nach Art. 59 Abs. 3 StGB fest. Diese betreffen sowohl die konzeptionelle Ausgestaltung des Massnahmenvollzugs in den verschiedenen Institutionen als auch die therapeutischen Schwerpunkte. Aus Sicht der NKVF

wurde aufgrund dieser Divergenzen deutlich, dass sich eine Institution, je nach konzeptioneller Ausrichtung und psychiatrischem Störungsbild, mehr oder weniger eignet, um gewisse Therapieerfolge zu erzielen. Als problematisch erweisen sich aus Sicht der Kommission auch die festgestellten Fehlplatzierungen von Eingewiesenen, die regelmässig zu einem vorzeitigen Abbruch der Massnahme bzw. zu deren stetigen Verlängerung führen.

Vollzugslockerungen sind wichtig

Als besorgniserregend bezeichnet die Kommission die restriktive Handhabung im Bereich der Vollzugsöffnungen, die – trotz oft positivem Therapieverlauf – von den Vollzugsbehörden zugunsten der Sicherheit zunehmend abgelehnt werden. Dadurch wird eine Negativspirale in Gang gesetzt, die sich abträglich auf die Vollzugsprogression der Betroffenen auswirkt und bei den Eingewiesenen oftmals zu einer Perspektivenlosigkeit führt. Mit Blick auf die soziale Reintegration der Eingewiesenen betont die NKVF die Wichtigkeit der Vollzugslockerungen. (red)

Link: Der Bericht über die schweizweite Überprüfung der Massnahmenvollzugseinrichtungen ist auf der Website der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (www.nkvf.admin.ch) abrufbar.



Personen im Massnahmenvollzug sollen laut NKVF auch im Rahmen eines normalen Strafvollzugssettings möglichst von Beginn an Zugang zu angemessener therapeutischer Behandlung erhalten (Bild: JVA Solothurn) Foto: Peter Schulthess

«Wir spüren keinen Druck, wie wir zu urteilen haben»

Im Gespräch mit Oberrichter Hanspeter Kiener

Die Verurteilungen zu stationären therapeutischen Massnahmen nach Art. 59 StGB haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, während Verwahrungen nur noch selten angeordnet werden. Diese Entwicklung ist namentlich darauf zurückzuführen, dass seit dem 2007 geltenden Sanktionenrecht eine Verwahrung nur noch angeordnet wird, wenn eine 59-er Massnahme keinen Erfolg verspricht. Dass das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft die Urteile beeinflusst, verneint der Berner Oberrichter Hanspeter Kiener und betont: «Wir prüfen in jedem Fall sorgfältig, ob die Massnahme verhältnismässig ist».



Hanspeter Kiener wurde 2011 ans Obergericht des Kantons Bern gewählt, wo er in der Straf- und der Zivilabteilung tätig ist. In seiner täglichen Arbeit befasst er sich häufig mit der Beurteilung von Rechtsmitteln gegen Entscheide erstinstanzlicher Gerichte über die Anordnung von stationären Massnahmen und die Verlängerung oder Nichtverlängerung von stationären Massnahmen.

#prison-info: Welche langfristige Entwicklung lässt sich bei den Verurteilungen zu Massnahmen feststellen?

Hanspeter Kiener: Es fällt auf, dass die Massnahmen insgesamt seit den 1990-er Jahren aus verschiedenen Gründen um die Hälfte bis zu zwei Drittel zurückgegangen sind. Der starke Rückgang bei den stationären Suchtbehandlungen ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Abhängigkeit von Suchtstoffen vermehrt ambulant oder als Nebenaspekt von anderen grösseren Störungen behandelt wird. Erstaunlicherweise sind auch die ambulanten Behandlungen von Straftätern deutlich rückläufig – möglicherweise weil neue Angebote hinzugekommen sind, zum Beispiel Ersatzstoffe wie Methadon oder die kontrollierte Drogenabgabe.

Und weshalb werden nur noch selten Verwahrungen angeordnet?

Gemäss dem neuen Sanktionenrecht setzt die Anordnung einer Verwahrung voraus, dass eine stationäre therapeutische Massnahme nach Art. 59 StGB keinen Erfolg verspricht. Bei den meisten Tätern nehmen die Ärzte an, dass man sie behandeln kann und eine Therapie nicht aussichtslos ist. Deshalb haben die 59-er Massnahmen im Gegensatz zum allgemeinen Trend deutlich zugenommen. Und diese Entwicklung hatte wiederum zur Folge, dass wir heute zu wenige Plätze haben und die Betroffenen lange auf die Unterbringung in einer geeigneten Einrichtung warten müssen.

Die Anordnung einer stationären Therapiemassnahme muss verhältnismässig sein. Was sagen Sie zum Vorwurf, dass die Gerichte die Verhältnismässigkeit häufig nicht prüfen und sich darauf beschränken, das Behandlungsbedürfnis und die Behandelbarkeit abzuklären?

Dies entspricht nicht meinen Erfahrungen und Beobachtungen. Die Frage, ob der Straftäter behandlungsbedürftig und behandelbar ist, muss der forensische Psychiater beantworten. Das ist eine Tatfrage. Das Gericht muss seinerseits die Rechtsfrage beantworten, ob eine stationäre therapeutische Massnahme verhältnismässig ist. Zusätzliche Bedeutung erhält dieser Aspekt zum Beispiel dann, wenn die Anlasstat kein schweres Delikt ist, zum Beispiel «nur» eine Drohung. Wenn man bedenkt, wie lange eine Massnahme nach Art. 59 StGB dauern kann, ist es nicht vorstellbar, dass ein Gericht diese zentrale Frage nicht sorgfältig prüft.

Was halten Sie von der Forderung, dass aus rechtsstaatlichen Gründen keine unbegründeten Urteile ergehen sollten?

Das Gericht muss sein Urteil in der Regel schriftlich begründen. Die gesetzliche Pflicht zur schriftlichen Begründung entfällt nur dann, wenn das Gericht eine Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren ausspricht und die Parteien keine schriftliche Begründung verlangen oder kein Rechtsmittel gegen das Urteil ergreifen. Diese Voraussetzung dürfte aber nur in sehr wenigen Fällen gegeben

sein. Eine Kurzumfrage bei zwölf Richterkolleginnen und -kollegen der ersten Instanz im Kanton Bern zeigt jedenfalls, dass eine solche Konstellation nur in einzelnen Fällen vorkam, bei denen auch seitens der Verteidigung die Anordnung einer Massnahme nach Art. 59 StGB erklärtes Ziel war und gleichzeitig das Anlassdelikt nicht allzu schwer wog. Ich erachte ein schriftlich begründetes Urteil als unabdingbar, um später fundiert über eine allfällige Verlängerung der Massnahme entscheiden oder Vollzugsfragen klären zu können.

Verleiten die Voraussetzungen für die Anordnung einer Massnahme in einer geschlossenen Einrichtung sowie für die Verlängerung einer Massnahme die Gerichte dazu, diese Bestimmungen extensiv anzuwenden?

Das Bundesgericht hat entschieden, dass die Frage, ob eine Massnahme nach Art. 59 StGB im geschlossenen oder im offenen Rahmen vollzogen wird, eine Vollzugsfrage sei, weshalb Gerichte eine Massnahme «nach Art. 59 Abs. 3 StGB» nicht (mehr) anordnen können. Allerdings können die Gerichte in der schriftlichen Begründung die geschlossene Durchführung der Massnahme empfehlen. Diese Möglichkeit bietet sich bei Fällen an, in denen ein schwerwiegendes Anlassdelikt begangen worden ist und eine hohe Rückfallgefahr verbunden mit hoher Fluchtgefahr besteht und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Verwahrung nicht gegeben sind. Die Alternative ist einfach die Anordnung einer blossen Strafe, die dann zwar zeitlich klar befristet ist, aber der Rückfallgefahr nicht Rechnung trägt. Die Anordnung einer 59-er Massnahme ist auf alle Fälle ein schwerwiegender Entscheid und hat erhebliche Kosten zur Folge. Das Gericht klärt deshalb gründlich ab, ob sich diese Massnahme lohnt.

Die Rückfallgefahr wird in der Deutschschweiz in den meisten Urteilen quantifiziert, in der Romandie hingegen nur sehr selten. Wie wichtig ist diese Quantifizierung und worauf führen Sie diesen Unterschied zurück?

Das Urteil muss sich näher dazu äussern, wie hoch oder gering die Rückfallgefahr ist. Der forensische Psychiater muss abklären, ob aufgrund der Krankheit weitere Straftaten und, wenn ja, welche zu erwarten sind. Das Gericht wird gestützt auf diese Abklärungen und unter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips entscheiden, ob eine stationäre Massnahme angeordnet oder – wenn sie schon längere Zeit gedauert hat – der Täter bedingt entlassen oder weiterhin stationär untergebracht werden soll. Es ist essenziell, dass das Risiko quantifiziert wird. Der Unterschied zwischen den Landesgegenden könnte sich damit erklären, dass es in der Romandie offen-

bar weniger spezialisierte Gutachter gibt. Zudem ist in der Deutschschweiz der Austausch zwischen Gerichten und forensischer Psychiatrie – etwa in Form von gemeinsamer Weiterbildung – relativ gut. Man kennt die Anliegen der anderen Seite und weiss, was man gegenseitig voneinander erwarten kann.

Trifft es zu, dass Verlängerungen von stationären Therapiemassnahmen von den Gerichten oft als Routinegeschäfte wahrgenommen werden und Verlängerungsurteile meist nur summarisch begründet werden?

Diese Behauptung ist nicht neu, trifft aber zumindest heute sicher nicht mehr zu. Stationäre Therapiemassnahmen werden in einem nachträglichen Verfahren verlängert und gegen den Entscheid des erstinstanzlichen Gerichts kann Beschwerde erhoben werden. Diese Verfahren sind sehr aufwändig, namentlich weil dabei häufig Experten und die Beschuldigten befragt und Berichte eingeholt werden müssen. Und vor allem stellt sich die Frage der Verhältnismässigkeit der Massnahme mit jeder Verlängerung immer drängender. Es kann nach meiner Erfahrung und auch jener meiner dazu konsultierten Kolleginnen und Kollegen keine Rede davon sein, dass es sich dabei um Routinegeschäfte handelt und die Urteile lediglich summarisch begründet werden.

Forensische Psychiater werden oft „Richter in Weiss“ genannt, weil ihre Gutachten teils richterliche Entscheide vorwegnehmen. Was ist an dieser Kritik dran?

Anlass zu einem Gutachten bildet der Umstand, dass dem Gericht in einem wichtigen Bereich ausserhalb des Rechts das nötige Fachwissen fehlt. Wir wissen zum Beispiel nicht, ob der Täter psychisch schwer gestört ist oder ob bei ihm allenfalls nur eine akzentuierte Persönlichkeit vorliegt. Die forensischen Psychiater sind Gehilfen des Gerichts, das heisst sie helfen mit ihren Gutachten, diese Fachfragen zu beantworten. Würde das Gericht diese Fragen selber beantworten, würde das Urteil kassiert, weil sich das Gericht Wissen anmassen würde, das es gar nicht hat. Die Experten haben die Aufgabe, das Fachwissen darzulegen, das heisst die Tatfragen zu beantworten. Aber die Entscheide zu treffen, mithin die Rechtsfragen zu beantworten, ist Aufgabe des Gerichts. Dies gilt es sauber auseinander zu halten.

Aber spürt das Fachwissen den richterlichen Entscheid nicht gewissermassen vor?

Die Erarbeitung der sachlichen Grundlagen ist natürlich wichtig. Das Gutachten ist ein wichtiges Beweismittel. Diese Faktenbasis beeinflusst natürlich den Entscheid des Gerichts. Denn über vollständige und nachvollziehbare Gutachten, kann sich

«Ich erachte ein schriftlich begründetes Urteil als unabdingbar»

«Die forensischen Psychiater sind Gehilfen des Gerichts; sie helfen, Fachfragen zu beantworten»

«Nach meiner Erfahrung hüten sich die forensischen Psychiater, sich aus dem Fenster zu lehnen»

das Gericht nicht hinwegsetzen, sonst würde sein Entscheid kassiert. Wenn das Gutachten feststellt, der Täter habe Todesfantasien und sei zudem hoch rückfallgefährdet, und aus diesem Grund eine stationäre Massnahme empfiehlt, muss das Gericht dies berücksichtigen. Es darf sich zum Beispiel nicht auf den «netten» Eindruck, den der Täter bei der Verhandlung hinterlassen hat, stützen. Erachtet das Gericht aber das Gutachten als mangelhaft, darf es nicht darauf abstellen. Die Verantwortung für die Würdigung des Gutachtens und damit für die Beurteilung, ob dessen Schlussfolgerungen plausibel, vollständig und nachvollziehbar sind, liegt beim Gericht.

Viele Gutachten beschränken sich nicht darauf, die Persönlichkeit des Täters zu beurteilen, sondern empfehlen überdies, welche Massnahme das Gericht anordnen soll. Neigen die forensischen Psychiater dazu, ihre Kompetenzen zu überschreiten?
Wenn ein Experte seine Meinung zu einer Krankheit oder Störung sagen muss, dann muss er sich auch über die Art der Behandlung äussern. Dies schliesst nicht nur die Medikation, sondern auch den Ort der Behandlung ein. Ich erwarte einen entsprechenden Vorschlag des Psychiaters. Nach meiner Erfahrung hüten sich die Psychiater, sich aus dem Fenster zu lehnen und zum Beispiel zwingend eine 59-er Massnahme in einem geschlossenen Setting zu empfehlen. Sie sind da eher zurückhaltend. Und zur Frage der Verhältnismässigkeit äussern sie sich überhaupt nicht. Das sollen sie auch nicht, denn dabei handelt es sich um eine Rechtsfrage, deren Beantwortung dem Gericht vorbehalten ist.

Was halten Sie von der Forderung, Psychiater sollten ihre Gutachten häufiger vor Gericht begründen?
Die Forderung tönt gut, ist aber nicht gänzlich umsetzbar und wenig praktikabel. Es wäre aufgrund der praktischen Schwierigkeiten bei der Protokollierung nicht möglich, eine Gesamteinschätzung vor Gericht abzugeben. Der Experte würde seine eigenen Worte nicht mehr erkennen. Sinnvoller ist es, dass der Psychiater sein Gutachten vorab schriftlich erstattet, dann aber zusätzlich an die Verhandlung kommt, um sein schriftliches Gutachten zu erläutern und Ergänzungsfragen zu beantworten, was sich in diesem beschränkten Rahmen auch protokollieren lässt. Der Experte gehört vor Gericht, weil er mit seinem Fachwissen den Teppich für das Urteil massgeblich vorbereiten kann. Das Gericht ist seinerseits gefordert, dem Gutachter auch kritische Fragen zu stellen.

Wie können sich Richter und Richterinnen überhaupt das erforderliche Fachwissen aneignen, um dem Gutachter kritische Fragen zu stellen?

Dank gezielter Weiterbildung und verschiedenen Hilfsmitteln wie etwa Checklisten, sind wir viel weiter als vor zwanzig Jahren. Früher hat man einfach zugehört, was der Herr Doktor gesagt hat – und kritische Einwände unterlassen. Aber man kann in dieser Beziehung sicher noch mehr machen.

Wie oft kommt es vor, dass das Gericht im Zweifelsfall ein weiteres Gutachten anordnet?

Wenn ein Gutachten vollständig, widerspruchsfrei und nachvollziehbar erscheint, kann das Gericht allfällige Unklarheiten durch Nachfragen ausräumen. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Psychiater an den Verhandlungen anwesend sind und die erforderlichen Erläuterungen geben können. Obergutachten holen wir nur selten ein, wenn zum Beispiel ein Gutachten widersprüchlich ist. Eine Rolle spielt auch der Zeitfaktor, denn die Erstellung eines neuen Gutachtens kann gut und gerne vier bis acht Monate dauern.

Inwieweit beeinflusst das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft die Urteile?

Das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft beeinflusst unsere Urteile aus meiner Sicht nicht. Die Befürchtung vor einem Denkmittel bei der Wiederwahl oder gar vor einer Abwahl ist bei mir und meinen Kolleginnen und Kollegen am Obergericht nicht im Ansatz vorhanden. Wir prüfen jeden Fall einzeln und unvoreingenommen. Wir spüren dabei keinen gesellschaftlichen oder politischen Druck, wie wir zu urteilen haben. Im Übrigen beeinflusst auch der parteipolitische Hintergrund unsere Urteile nicht. Problematisch erachte ich hingegen überschiessende Reaktionen im Vollzug, wenn etwa nach einem Vorfall während eines Urlaubs die Vollzugslockerungen für alle anderen Straftäter ebenfalls gestrichen werden. Dies hat für die Betroffenen zur Folge, dass sie trotz Fortschritten in der Therapie nicht ihre Ungefährlichkeit beweisen können und deshalb statt mit einer bedingten Entlassung mit einer Verlängerung der Massnahme rechnen müssen. (gal)

«Wir prüfen jeden Fall einzeln und unvoreingenommen»



«Das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft beeinflusst unsere Urteile aus meiner Sicht nicht», sagt Obergerichter Hanspeter Kiener. «Wir prüfen jeden Fall einzeln und unvoreingenommen.» (Bild: Offenes Massnahmenzentrum St. Johannsen, wo psychisch belastete oder suchtkranke Straftäter behandelt werden.)

Foto: Peter Schulthess

Das psychiatrische Gutachten: ein Instrument zuhänden der Strafjustiz

Interview mit Dr. Ariel Eytan

Das psychiatrische Gutachten hat je nach Fall eine zentrale oder eine untergeordnete Bedeutung, ist aber nie das einzige Element, das zu berücksichtigen ist. Es handelt sich um ein Werkzeug für die Strafjustiz, unterstreicht der Psychiater Ariel Eytan im Gespräch. Nach seiner Ansicht sollen die Richter und Richterinnen weiterhin ihre Verantwortung wahrnehmen und die Experten Bescheidenheit an den Tag legen.



Dr. Ariel Eytan ist Facharzt FMH für Psychiatrie und Psychotherapie und hat die Weiterbildungstitel in den Schwerpunkten Konsiliar- und Liaisonpsychiatrie und forensische Psychiatrie und Psychotherapie erworben. Er ist leitender Arzt des Dienstes für stationäre Massnahmen des Genfer Universitätsspitals (Hôpitaux Universitaires de Genève, HUG) und Dozent an der Medizinischen Fakultät der Universität Genf.

#prison-info: Herr Eytan, in welchen Fällen ordnen die Strafgerichtsbehörden eine psychiatrische Begutachtung einer erwachsenen Person an?

Ariel Eytan: Im Strafverfahren ordnet die Untersuchungsbehörde oder das Gericht die sachverständige Begutachtung an, wenn aufgrund einer psychischen Störung ernsthafter Anlass besteht, an der Schuldfähigkeit des Täters zu zweifeln. Ein Gutachten kann auch verlangt werden, wenn die Behörde die Sanktion ändern oder den Vollzug einer therapeutischen Massnahme lockern, sie also beispielsweise offen statt geschlossen durchführen will.

Worin besteht die Arbeit des Gutachters im Rahmen dieses Auftrags?

Das Gutachten muss klar und kohärent sein. Es muss mit Argumenten auf die Fragen der Behörde eingehen. Diese beziehen sich im Allgemeinen auf die Verantwortung und die Gefährlichkeit des Betroffenen sowie auf die Möglichkeit, die Legalprognose durch eine geeignete Behandlung zu verbessern. Konkret erhält der Experte den Auftrag der Behörde, studiert dann die Akten und eruiert die wesentlichen Elemente. Dafür müssen die Akten vollständig sein und auch allfällige frühere Verurteilungen oder Gutachten umfassen. Denn es ist wichtig, die kriminelle Laufbahn der begutachteten Person, namentlich die

Anzahl und die Art der in der Vergangenheit begangenen Straftaten, sowie allfällige Vorstrafen wegen strafbarer Handlungen in der Jugend zu kennen. Das sind wichtige Anhaltspunkte, die berücksichtigt werden müssen.

Was macht der Gutachter nach dem Aktenstudium?

Er trifft darauf die betroffene Person. Er stellt sicher, dass diese versteht, weshalb das Gutachten erstellt wird, und einverstanden ist, zu antworten, auch wenn sie weiss, dass die Antworten in den Bericht einfließen können. Sie muss ausserdem einwilligen, dass die behandelnden Ärzte kontaktiert werden dürfen. Dann müssen die medizinische Vorgeschichte (Anamnese) aufgenommen und die psychische Verfassung beurteilt werden. Die Konfrontation der Person mit den Taten, derer sie beschuldigt wird, und ihre Reaktion im Gespräch sind ein Schlüsselmoment. Falls erforderlich, wird eine ergänzende Untersuchung verlangt, beispielsweise ein Intelligenztest oder ein neuropsychologischer Test. Die Treffen sind zentral für den Prozess, ihre Anzahl kann je nach Fall variieren. Meiner Meinung nach ist es nützlich, mit der begutachteten Person mindestens zwei Gespräche zu führen. So kann man beurteilen, ob sie nach dem ersten Kontakt in der Lage ist, neue Argumente vorzubringen.

Und wie schliesst der Gutachter seine Arbeit ab?

Der Gutachter fasst die Informationen zusammen. So kann er gegebenenfalls eine oder mehrere psychiatrische Diagnosen stellen. Dabei stützt er sich in der Regel auf eine gängige Klassifikation, entweder nach dem amerikanischen System DSM-5 oder der Klassifikation ICD-10 der WHO. Die diagnostischen Kriterien werden aufgezählt und bei Bedarf ausgeführt. Schliesslich geht der Gutachter mit Argumenten auf die Fragen ein.

An wen werden die Aufträge für Gutachten erteilt?

Die Erteilung der Aufträge variiert von einem Kanton zum andern. In der Praxis ist logischerweise zu beobachten, dass sich die Richter in erster Linie an die Institutionen in ihrem Kanton oder im Nachbarkanton wenden, die sie am besten kennen. In Genf wird allgemein das Westschweizer Universitätszentrum für Rechtsmedizin (Centre universitaire romand de médecine légale, CURML) damit betraut, das einen Teil davon delegiert. In weniger schwerwiegenden Fällen kann das Gutachten unter Supervision einer erfahrenen Führungskraft von einem Arzt in Ausbildung erstellt werden. In diesen Fällen muss der Supervisor die zu begutachtende Person mindestens einmal persönlich treffen. Er muss in den Ausstand treten, wenn er die Person kennt oder sie bereits als Therapeut behandelt hat. Dadurch sind die Möglichkeiten der Auftragserteilung eingeschränkt.

Es ist festzustellen, dass die psychiatrischen Gutachten zu stationären therapeutischen Massnahmen in der Deutschschweiz oft umfangreicher und transparenter sind als in der Westschweiz. Unterscheiden sich die Anforderungen der Gerichte oder die Arbeit der Gutachter je nach Region?

Tatsächlich sind grosse Unterschiede zwischen den Gutachten zu beobachten. Es gibt aber auch Westschweizer Experten, die sehr lange Gutachten verfassen. Die Abweichungen sind auf Unterschiede zwischen den Personen und den Regionen zurückzuführen. Die umfangreichsten Gutachten sind nicht zwingend die besten. Ein Copy-and-Paste des ganzen Prozesses oder eine Unzahl bibliographischer Verweise kann eher verwirren als Klarheit schaffen. Es ist wichtig, sich bei der Beantwortung der Fragen auf das Wesentliche zu konzentrieren. Man muss sich vor Augen halten, dass das Gutachten von vielen gelesen wird und dass bestimmte Details nicht unbedingt relevant sind. Schliesslich wäre es naiv zu glauben, dass man eine Person genau kennen und sie durch die Brille des Gutachtens komplett durchschaubar machen kann.

Welche fachlichen Voraussetzungen muss ein Gutachter erfüllen?

Seit 2014 erteilt die FMH einen Schwerpunkt-Titel in forensischer Psychiatrie und Psychotherapie. Es handelt sich um eine Weiterbildung, die Gutachten, Therapien und Supervisionen sowie die Tätigkeit in einer anerkannten Weiterbildungsstätte beinhaltet. Die Anforderungen der FMH entsprechen den Zertifizierungskriterien der Schweizerischen Gesellschaft für Forensische Psychiatrie (SGFP). In Zukunft wird der Titel bestimmt eine unabdingbare Anforderung für die Gutachter sein. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Qualität der Gutachten landesweit allgemein verbessern wird. Die Diskrepanzen sollten abnehmen.

Die Psychiatrieexperten werden oft als «Richter in Weiss» betrachtet. In einigen Gutachten wird direkt die Massnahme des Strafkatalogs des Strafgesetzbuchs empfohlen und die Gerichte folgen mehrheitlich der Einschätzung der Gutachter. Sollte das Gutachten Ihrer Ansicht nach nicht ein Instrument zuhänden der Justiz bleiben?

Es gilt, zwischen dem Gutachten und dem Strafverfahren insgesamt zu differenzieren. Das Gutachten ist ein Element unter anderen, ein Teil des Puzzles. Es erfüllt je nach Aktenlage eine Nebenrolle oder eine Hauptrolle, es wird aber nie das einzige zu berücksichtigende Element sein. Die Richter und Richterinnen sollten ihre Verantwortung weiterhin wahrnehmen und die Gutachter sollten Zurückhaltung an den Tag legen. Nicht zuletzt ist die Gefährlichkeit ein Begriff, der schwer zu erfassen ist, und es ist nicht erwiesen, dass durch die reine Einwirkung auf die Psyche jegliche Gefahr gebannt werden kann. Ein gutes Gutachten sollte ein Instrument zuhänden der Justiz sein. Die Aufgabe des Gutachters ist es nicht, die Untersuchung oder die Ermittlung zu führen, sondern massgebliche Anhaltspunkte für die Einschätzung des psychischen Zustands des Beschuldigten zu geben.

Bisweilen mangelt es den Richtern am rechtsmedizinischen Fachwissen. Sollten die Gutachter ihre Gutachten vor den Gerichten nicht besser begründen?

Der Gutachter muss sich bewusst sein, dass sein Bericht von medizinischen Laien gelesen wird. Er muss eine klare Sprache verwenden und Fachbegriffe erläutern, damit er von den Richtern und Anwälten verstanden wird. Trifft dies nicht zu, kann der Richter durchaus weitere Ausführungen verlangen. Diese Empfehlungen gelten auch für den Fall, dass der Gutachter vor Gericht aussagen muss. Er muss seinen Gedankengang erklären und seine Schlussfolgerungen begründen können.

«Das Gutachten muss klar und kohärent sein»

«Meiner Meinung nach ist es nützlich, mit der begutachteten Person mindestens zwei Gespräche zu führen»

«Man muss den Gutachtern genug Vertrauen entgegenbringen, damit sie ihre Aufgabe eigenständig erfüllen können»

In der täglichen Arbeit mit den Inhaftierten ist Transparenz wichtig. Wie lautet Ihre Meinung zum Arztgeheimnis und zur Vertraulichkeit?

Dabei sind drei Situationen zu unterscheiden. Bei einer Begutachtung gibt es kein Arztgeheimnis. Die beschafften Informationen werden erklärermassen für das Gutachten verwendet. Der Psychiater muss sicherstellen, dass die zu begutachtende Person diese Ausgangslage versteht und akzeptiert. Wenn der Psychiater einen Inhaftierten behandelt und dieser keiner Massnahme unterzogen wird (weil er in Untersuchungshaft oder im Strafvollzug ist), gilt das Arztgeheimnis. Damit soll das den Patienten zustehende Vertrauen gegenüber ihrem Arzt gewahrt werden. Vorbehalten bleibt der Fall, in dem der Therapeut eine drohende Gefahr erkennt. Dann muss er die Interessen abwägen, bei Bedarf das Arztgeheimnis verletzen und den Fall melden. Diese Situation ist mit jener eines Therapeuten vergleichbar, der in der Verwaltung oder im Spital tätig ist. Einige Kantone haben spezifische Gesetzesbestimmungen zum Arztgeheimnis in den Strafanstalten erlassen.

Und die dritte Situation ?

Bei therapeutischen Massnahmen ist die Lage in Bezug auf das Arztgeheimnis weniger klar. Der Psychiater behandelt die Person, er muss den einweisenden Behörden aber auch über die therapeutischen Fortschritte Bericht erstatten. Dieses Dreiecksverhältnis ist im Behandlungsvertrag verankert. Folglich muss der Patient den Therapeuten vom Arztgeheimnis entbinden, damit dieser der zuständigen Behörde die Informationen übermitteln kann, die für die periodische Neubeurteilung der Massnahme erforderlich sind. Wenn der Patient sich anhaltend weigert, die behandelnden Personen vom Arztgeheimnis zu entbinden, kann die Massnahme nicht vollzogen werden.

Sollten die Gespräche zwischen dem Psychiater und der zu begutachtenden Person ihres Erachtens niedergeschrieben werden und sollte die Rechtsvertretung anwesend sein können, wenn der Klient vom Gutachter untersucht wird?

Dies mag auf den ersten Blick gerechtfertigt erscheinen, doch nach meiner Auffassung ist das eine schlechte Idee. Die Beziehung, die sich während den Gesprächen zwischen den beiden entwickelt, ist für

die Beurteilung entscheidend. Die Anwesenheit eines Anwalts oder auch eines Staatsanwalts würde diese Dimension zunichtemachen. Man muss den Gutachtern genug Vertrauen entgegenbringen, damit sie ihre Aufgabe eigenständig erfüllen können.

Muss die zu begutachtende Person aus Ihrer Sicht ein «Feedback» zum Gutachten geben?

Begutachtet zu werden ist eine besondere Erfahrung, die verständlicherweise Reaktionen hervorruft. Einige erkennen sich beim Lesen des Berichts wieder, andere werden ihn bestreiten und sich nicht verstanden fühlen. Es kann vorkommen, dass sich jemand aufgrund des Gutachtens in Frage stellt und es so eine therapeutische Wirkung hat, obwohl dies nicht sein Hauptzweck ist. Ein gutes Gutachten sollte weder zulasten noch zugunsten der zu begutachtenden Person gehen, sodass solche Reaktionen aufgefangen werden können. (FON)

Das Gutachten ist ein Element unter anderen, ein Teil des Puzzles. Es wird aber nie das einzige zu berücksichtigende Element sein. Foto: Peter Schulthess

Genauer hinschauen, um Rückfälle von Straftätern zu verhindern

Im Gespräch mit dem KoFako-Präsidenten Dominik Lehner

Die Fachkommissionen zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern tragen durch das genauere «Hinschauen» und die strukturierte risikoorientierte Analyse zur Vermeidung von Rückfällen bei. Davon ist Dominik Lehner, Präsident der Fachkommission des Strafvollzugskonkordats Nordwest- und Innerschweiz, überzeugt. Er warnt aber, dass ein blinder Glaube an eine unfehlbare Legalprognostik grossen Schaden anrichten könnte.

#prison-info: Wie setzen sich die Fachkommissionen zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern zusammen und welche Anforderungsprofile müssen ihre Mitglieder erfüllen?

Dominik Lehner: Die Fachkommissionen setzen sich zusammen aus Vertretern der Strafverfolgungsbehörden, des Strafvollzugs und der Psychiatrie. Die Mitglieder der Konkordatlichen Fachkommission (KoFako) werden durch die Konkordatskonferenz jeweils für eine vierjährige Amtsperiode gewählt. Das Reglement für die KoFako verlangt, dass forensische Psychiater und Psychiaterinnen über das Zertifikat der Schweizerischen Gesellschaft für Forensische Psychiatrie (SGFP) verfügen müssen. Die Kommissionsmitglieder aus dem Kreis der Strafverfolgungs- sowie Vollzugsbehörden müssen spezifische Erfahrungen mit gemeingefährlichen Delinquenten (vor allem Tötungs- und Sexualdelikte) haben. Zudem sollen sie eine mehrjährige Berufserfahrung und möglichst eine Zusatzausbildung – CAS oder MAS kriminologischer oder forensischer Natur aufweisen.

Wie arbeitet Ihre Fachkommission?

Das Verfahren der KoFako gleicht dem eines Gerichts, ohne allerdings dialektisch – d.h. mit einer Gegenüberstellung von Anklage und Verteidigung – ausgestaltet zu sein. Die Kommission hat 30 Mitglieder und tagt in einzelnen Kammern, deren Sitzungs-

termine für das ganze Jahr festgelegt sind. Zuvor werden den Mitgliedern die Akten in Papierform zugestellt oder elektronisch bereitgestellt. Eine Kammer besteht aus dem Vorsitzenden, einem Staatsanwalt oder Staatsanwältin, einem forensischen Psychiater oder forensischen Psychiaterin sowie einer Vertretung des Strafvollzugs, d.h. Anstalten, Bewährungshilfe oder Einweisungsbehörde und einem juristischen Sekretären oder einer juristischen Sekretärin. Die KoFako ist in ihrer Arbeitsmethode frei, in der Regel wendet sie den Kriterienkatalog von Prof. Volker Dittmann an.

Hört die Fachkommission auch die Betroffenen an?

Gemäss KoFako Reglement kann die betroffene Person Antrag stellen auf eine Anhörung. Die betroffene Person kann dazu auch eine Vertrauensperson oder einen Rechtsbeistand beiziehen. Die Anhörungen finden in der Regel unmittelbar vor der Beratung statt. In der Praxis wird von der Möglichkeit einer Anhörung selten Gebrauch gemacht.

Kann ein Betroffener ein Kommissionsmitglied wegen Befangenheit ablehnen? Muss dieses Kommissionsmitglied dann in den Ausstand treten?

Ja, das ist so und wird sehr streng gehandhabt. Ein Kommissionsmitglied, welches mit dem Täter oder der Täterin in anderer Funktion, zum Beispiel bei der



Dominik Lehner ist seit 2009 Präsident der Konkordatlichen Fachkommission des Strafvollzugskonkordats Nordwest- und Innerschweiz (KoFako). Er arbeitet seit 1993 im Straf- und Massnahmenvollzug, unter anderem als Leiter der Hauptabteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste des Justizdepartements Basel-Stadt und ist Mitglied des Expertenrats für Strafvollzug (Conseil de Coopération Pénelogique) am Europarat in Strassburg.

«Die Qualität liegt nicht in der Länge, sondern in der knappen, jedoch praxisbezogenen Klarheit»

Strafuntersuchung, Begutachtung, Therapie oder im Strafvollzug zu tun hatte oder bei dem ein anderer Ausstandsgrund besteht, hat in den Ausstand zu treten. Der Ausstand wird von Amtes wegen beachtet. Das heisst, die Zuteilung der Fälle erfolgt unter Beachtung von Ausstandsgründen, was einen beträchtlichen organisatorischen Aufwand erfordert.

Wie viele Fälle beurteilt die Kommission pro Jahr? Wie ist der Trend: Nehmen die Fallbeurteilungen eher zu oder ab?

Die KoFako beurteilt mehr oder weniger konstant rund hundert Fälle pro Jahr. Es bleibt abzuwarten, ob die Einführung des risikoorientierten Sanktionenvollzugs ROS im Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz ab 2018 durch die verstärkte Risikoorientierung zu zusätzlichen Vorlagen führt.

Wie teilen sich diese Fälle auf?

Von den vorgelegten Fällen im Jahr 2016 betrafen zweiundzwanzig Verurteilungen zu Freiheitsstrafen. Fünfundsechzig betrafen stationäre therapeutische Massnahmen nach Art. 59 StGB, zwei Suchtbehandlungen, fünf Massnahmen für junge Erwachsene, dreizehn ambulante Behandlungen und drei Verwahrungen.

Wie bearbeitet die Fachkommission ein Dossier?

Die KoFako arbeitet sich vom Vorleben des Täters über die Tatbegehung, die Verurteilung und den Vollzugsverlauf mit einer ausschliesslich auf das Risiko neuer Straftaten ausgerichteten Blickweise durch alle Ebenen des Dossiers. Schliesslich nimmt sie mit Hilfe des Kriterienkatalogs von Prof. Volker Dittmann eine Art «Destillation» vor, welche die risikorelevanten Punkte erhellt und eine Vollzugsempfehlung ermöglicht. Man kann dieses Vorgehen als interdisziplinäres Peer-Review mittels «structured professional judgement» bezeichnen.

Wie ausführlich sind die Empfehlungen der Fachkommission?

Die Beurteilungen der KoFako sind kurz; in der Regel nicht länger als zehn Seiten, wovon ein Deckblatt und eine Seite mit dem Beurteilungsdispositiv. Die Qualität liegt nicht in der Länge, sondern in der knappen, jedoch praxisbezogenen Klarheit. Das bedeutet, dass für das Verständnis der Beurteilung volle Dossierkenntnis vorausgesetzt wird.

«Der Vollzug verlangt nach einer klaren Linie und daher auch nach einer klaren Zuständigkeit»

In der Romandie befassen sich die Empfehlungen der Fachkommissionen häufig auch mit der Erstellung eines neuen psychiatrischen Gutachtens, ermutigen die Eingewiesenen zur Teilnahme an der Therapie oder geben Hinweise für deren Behandlung. Welches sind die Gründe für diese regionalen Unterschiede?

Ich beschränke mich darauf, unsere Vorgehensweise zu begründen. Wir sind der Ansicht, dass der Einhaltung der unterschiedlichen Rollen eine besonders grosse Bedeutung zukommt. Eine Vollzugsplanung wird in der Regel nicht besser, wenn verschiedene Behörden sie mitgestalten. Der Vollzug verlangt nach einer klaren Linie und daher auch nach einer klaren Zuständigkeit. Die Vollzugsbehörden sind Spezialisten in ihrem Bereich; die KoFako ist ja nicht «die bessere Vollzugsbehörde». Ihr Vorteil liegt darin, dass sie eben nicht in die Fallführung involviert ist und dem Fall mit mehr Abstand begegnet, vielleicht auch, dass sie fachlich breiter abgestützt ist und schliesslich, dass sich die Fragestellung weitgehend darauf beschränkt, welche neuen Straftaten von der beurteilten Person zu erwarten sind.

Wie kann schweizweit eine einheitliche Beurteilung von potenziell gemeingefährlichen Tätern sichergestellt werden?

Es scheint mir nicht angezeigt, verschiedene Verfahren oder Methoden der Risikobeurteilung gegen einander auszuspielen. Eine Harmonisierung wäre wohl praktisch, sie ist aber meines Erachtens hier nicht das oberste Ziel, denn Risikominimierung kann auf verschiedene Weise erzielt werden. Wichtig ist, dass bereits niederschwellig eine Risikoorientierung erfolgt und dass dort, wo schwere Delikte oder Hinweise auf mögliche schwere Delikte vorliegen, die Vollzugsbehörden sorgfältig und professionell vorgehen. Die Fachkommissionen dienen wie die zweite Naht einer Regenjacke dazu, dass man nicht nass wird – selbst bei besonders schwerem Unwetter oder wenn die erste Naht einmal aus irgendeinem Grund eine Schwachstelle aufweisen sollte.

Gibt Ihre Fachkommission mehr gutheissende oder ablehnende Empfehlungen ab?

Häufig werden ganze Progressionspakete vorgeschlagen. Ist es dann gutheissend oder ablehnend, wenn wir einen Teil der vorgeschlagenen Vollzugsöffnungen zur Durchführung empfehlen, gewisse jedoch erst nach Erreichen bestimmter Fortschritte oder unter bestimmten Rahmenbedingungen und wieder andere gar nicht? Weil sich das nicht klar bestimmen lässt, unterscheiden wir diesbezüglich auch nicht.

Schliesst sich die Vollzugsbehörde in der Regel der Beurteilung Ihrer Fachkommission an?

Die KoFako ist keine Aufsichtsbehörde über die Kantone. Wird ein Fall nicht zu einem späteren Zeitpunkt wieder vorgelegt, erfahren wir oft nicht, ob unsere Empfehlungen umgesetzt wurden oder nicht. Bei späterer Wiedervorlage kommt es schon vor, dass wir erkennen, dass zumindest nicht alle Empfehlungen umgesetzt wurden. In der Regel betrifft das eher Randbedingungen wie z.B. die Empfehlung, zusätzliche medizinische Abklärungen vornehmen zu lassen.

Die Tätigkeit der Fachkommissionen ist verschiedentlich auch kritisiert worden: Die Beurteilung erfolge ohne Mitwirkungsrechte der Betroffenen in einem summarischen und wenig transparenten Verfahren. Was entgegnen Sie auf diese Kritik?

Das Verfahren ist nicht dialektisch, das stimmt. Die Mitwirkung beschränkt sich auf das Anhörungsrecht – das hat der Gesetzgeber letztlich so vorgegeben. Andere Modelle wären denkbar gewesen. Man hätte echte Vollzugsgerichte schaffen können und im Unmittelbarkeitsprinzip, betroffene Straftäter mit einem Rechtsbeistand versehen der Vollzugsbehörde gegenüberstellen können, wobei das Gericht schliesslich über die Vollzugsplanung entscheiden würde. Der organisatorische Aufwand für ein solches Verfahren wäre um einiges grösser. Ob dadurch allerdings die Rechte des Betroffenen einerseits oder die Sicherheitsbedürfnisse der Gesellschaft andererseits besser geschützt würden, bezweifle ich.

Den Betroffenen stünden gegen ihre Beurteilung keine Rechtsmittel zur Verfügung. Und unter dem Druck der öffentlichen Meinung bezeichneten die Fachkommissionen die Straftäter häufig fälschlicherweise als gemeingefährlich, lauten weitere Kritikpunkte.

Auch nach geltendem Recht steht dem Betroffenen selbstverständlich gegen alle Verfügungen der Vollzugsbehörde der Rechtsweg offen. Er kann jede

Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen und auf diese Art und Weise auch eine unliebsame Beurteilung einer Fachkommission überprüfen lassen. Die KoFako ist dabei schon vor einigen Jahren davon abgewichen, einen Straftäter generell als «gemeingefährlich» zu etikettieren. Wir beurteilen wesentlich differenzierter und bezeichnen – gestützt auf das Vorleben des Täters, seine Taten und seine Persönlichkeit (insbesondere vorhandene psychiatrische Diagnosen) – einzelne Risikofaktoren und deren Entwicklung. Auf dieser Grundlage geben wir Empfehlungen ab, wie diesen Risikofaktoren am besten begegnet werden kann.

Welche Bilanz ziehen Sie? Inwieweit können die Fachkommissionen zur Verhinderung weiterer schwerer Straftaten beitragen?

Ich bin überzeugt davon, dass die Fachkommissionen zur Vermeidung von Rückfällen beitragen, und zwar durch das genauere «Hinschauen» mit dem Fokus auf das Risiko und durch die stark strukturierte risikoorientierte Analyse aller vorliegenden Informationen. Die kriminalprognostischen Verfahren der forensischen Psychiatrie werden immer ausgereifter, Therapiemethoden werden laufend differenzierter. Wie bei allem ist es jedoch eine Frage des Masses, wann ein Heilmittel zum Gift wird, wann also aus Gutem Schlechtes wird. In einem masslos auf Prävention ausgerichteten Sicherheitsdenken könnte ein blinder Glaube an eine unfehlbare Legalprognostik grossen Schaden anrichten. Menschliches Verhalten wird sich nie mit Sicherheit prognostizieren lassen, weshalb immer ein Restrisiko bestehen bleibt. Geht man mit der Prävention zu weit, werden zu viele sogenannte «falsch-positive Beurteilungen» gefällt, also Täter fälschlicherweise als gefährlich beurteilt und dann der Vollzug nicht gelockert. Auf diese Weise könnte der Rechtsstaat zum Unrechtsstaat werden. (gal)

«Die KoFako ist schon vor einigen Jahren davon abgewichen, einen Straftäter generell als «gemeingefährlich» zu etikettieren»

Zentrale Bedeutung

Hat ein Straftäter ein besonders schweres Delikt gemäss Art. 64 Abs. 1 StGB begangen und ist die Aufhebung der stationären therapeutischen Massnahme zu prüfen, so beschliesst die Vollzugsbehörde gestützt auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen und nach Anhörung einer Fachkommission. Diese Kommission beurteilt die Gemeingefährlichkeit des Täters auch im Hinblick auf die Einweisung in eine offene Strafanstalt und die Bewilligung von Vollzugsöffnungen, wenn die Vollzugsbehörde die Frage der Gemeingefährlichkeit nicht eindeutig beantworten kann. Die Fachkommissionen der beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordate sowie der Kantone der lateinischen Schweiz haben demnach für den Vollzug von stationären Therapiemassnahmen bei vielen Eingewiesenen eine zentrale Bedeutung.

Etliche Personen sind nicht am richtigen Ort

Auslegeordnung der Fachgruppe «Kapazitätsmonitoring Freiheitsentzug»

Fehlende Plätze in forensischen psychiatrischen Kliniken führen zu Verzögerungen beim Vollzug von stationären therapeutischen Massnahmen. Gemäss jüngsten Erhebungen fehlen 147 Plätze.



Peter Fäh, Leiter der Fachgruppe «Kapazitätsmonitoring Freiheitsentzug»

Im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) erhebt die Fachgruppe «Kapazitätsmonitoring Freiheitsentzug» jährlich das Platzangebot in den schweizerischen Vollzugseinrichtungen. Die Belegungssituation in den Gefängnissen des Strafvollzugskonkordats lateinische Schweiz (insbesondere in den Kantonen Genf und Waadt) ist immer noch sehr angespannt. Dies wird voraussichtlich so bleiben, bis die geplanten Projekte realisiert worden sind. Auch im geschlossenen Strafvollzug ist die Situation im Strafvollzugskonkordat lateinische Schweiz (vor allem im Kanton Waadt) sehr angespannt. Auch hier müssen die geplanten Plätze so rasch als möglich realisiert werden. In den beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordaten wird sich die Situation entspannen, sobald die neue Justizvollzugsanstalt Realta den Betrieb aufnehmen wird. Im Bereich der Massnahmen für psychisch gestörte Straftäter fehlen in allen Landesteilen weiterhin Kapazitäten.

904 psychisch gestörte Straftäter

Gemäss den jüngsten Zahlen befanden sich am Stichtag vom 7. September 2016 insgesamt 904 psychisch gestörte Straftäter mit einem rechtskräftigen Urteil nach Art. 59 StGB in einer Massnahme. Davon waren 211 Personen in einem Wohnheim oder Arbeits- und Wohnexternat und 24 weitere Personen bedingt entlassen worden. Somit waren insgesamt 669 Personen stationär untergebracht.

Aufgrund der Untersuchungen der Fachgruppe ist davon auszugehen, dass rund die Hälfte dieser Personen wegen ihrer psychiatrischen Erkrankung in einer forensischen Klinik adäquater platziert wäre,

erklärt Fachgruppenleiter Peter Fäh. Diesem Bedarf an 334 Plätzen steht in der Schweiz aber nur ein Angebot von 187 Plätzen gegenüber; damit fehlen in forensischen Kliniken 147 Plätze für den Vollzug von Massnahmen nach Art. 59 StGB. Dieser Bedarf wird sich durch die für das Jahr 2018 geplante Schaffung von 39 zusätzlichen Plätzen in der Klinik Rheinau leicht reduzieren. «Etliche Personen sind nicht am richtigen Ort», unterstreicht Peter Fäh. Er geht davon aus, dass sich diese Personen bis zum Antritt ihrer Massnahme im normalen Strafvollzug oder in Untersuchungshaft befinden dürften. Dies ist insofern problematisch, als sich infolge der Wartezeit zwischen der rechtskräftigen Anordnung der Massnahme und dem Eintritt in eine geeignete Institution die Behandlung verzögert und diese Verzögerung wiederum eine Verlängerung der Massnahme zur Folge haben kann.

Die Strafvollzugsexperten der Fachgruppe haben die Aufgabe, das Platzangebot und dessen Nutzung sowie den Bedarf zu erheben. In ihrem Bericht geben sie auch Empfehlungen ab, z.B. zusätzliche Plätze in forensischen psychiatrischen Kliniken zu schaffen. Die Auslegeordnung der Fachgruppe dient den Strafvollzugskonkordaten, den Kantonen und dem Bund, um die Kapazitäten im Freiheitsentzug zu steuern. Welches Bauvorhaben realisiert wird, ist ein politischer Entscheid des betreffenden Kantons. Und das letzte Wort hat das Volk, das diesen teuren Bauprojekten – ein Platz im geschlossenen Justizvollzug kostet rund 750 000 Franken – zustimmen muss. (gal)

Das gesamte Setting ist Therapie

Vier-Säulen-Modell: das Markenzeichen des Massnahmenzentrums Bitzi

Das Massnahmenzentrum Bitzi bietet mit seinen vier Abteilungen ein therapeutisches Gesamtpaket für psychisch gestörte Straftäter und für Straftäter mit einer Suchterkrankung an. Charakteristisch für dieses einzigartige Modell ist, dass die vier Säulen – die soziale und berufliche Integration, die forensische Therapie und die Sicherheit – gleichwertig sind, sich gegenseitig ergänzen und gemeinsam entscheiden.

Folco Galli

Vor gut zehn Jahren ist in Mosnang SG die ehemalige Strafanstalt in das Massnahmenzentrum Bitzi (MZB) umgewandelt worden. Das MZB bietet heute 16 Plätze in der geschlossenen und 36 Plätze in der offenen Betreuungsabteilung an. Es verfügt zudem über zwei Aussenwohngruppen mit je drei Plätzen. Zur Hauptsache werden hier stationäre Behandlungen von psychischen Störungen gemäss Art. 59 StGB und Suchtbehandlungen gemäss Art. 60 StGB vollzogen, um das Risiko für weitere Straftaten zu vermindern und die Wiedereingliederung der Insassen in die Gesellschaft zu fördern. Auf dieses Ziel hin arbeiten die vier Abteilungen Soziale Integration, Berufliche Integration, Sicherheitsdienst und Forensischer Dienst, die gemeinsam das Therapieangebot des MZB bilden.

Vier gleichwertige Säulen

Dieses Vier-Säulen-Modell ist von der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) nach ihrem Besuch im Jahr 2013 als «ein für den Massnahmenvollzug gesamtschweizerisch vorbildliches Modell» gewürdigt worden. Was zeichnet dieses Modell aus? «Die vier Säulen sind gleichwertig», betont MZB-Direktor Claudio Vannini. Zwar könnten die Säulen je nach Entwicklung zeitweise unterschiedlich gewichtet werden, aber keine Säule habe den Lead. Die Verantwortlichen der vier Abteilungen bringen ihren Gesichtspunkt im interdisziplinären Austausch ein und treffen alle Entscheidungen gemeinsam. Wird kein Konsens erreicht, entscheidet der Direktor, was allerdings selten vorkommt: «Wenn wir uns nicht einig sind, besinnen wir uns auf unsere Hauptaufgabe – die Risikominderung

und die Wiedereingliederung. Und wir diskutieren, bis wir den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden haben».

Die Gleichwertigkeit der Abteilungen kommt auch bei der Erstellung des Vollzugsplans und bei der Berichterstattung zum Tragen – einer Aufgabe, der im MZB grosse Bedeutung beigemessen wird. 12 bis 15 Wochen nach Eintritt des Insassen steht der erste Vollzugsplan, der in der Folge jährlich überprüft und je nach Fortschritten entsprechend angepasst wird. Jede Abteilung liefert ihren Teilbericht ab. «Dabei ist es durchaus möglich, dass im Gesamtbericht auch kontroverse Positionen dargestellt werden. Am Schluss gibt es verbindliche Empfehlungen zuhanden der einweisenden Behörden», führt Direktor Vannini aus. Der Bericht ist mit 20 und mehr Seiten bewusst ausführlich gehalten, damit die Adressaten auf einer soliden Grundlage über Vollzugslockerungen, die Ausweitung der Besuchsrechte oder die Rückversetzung in einen geschlosseneren Rahmen entscheiden können.

Schwergewicht auf der Gruppentherapie

Die forensischen Leistungen des MZB werden auf der Grundlage einer Leistungsvereinbarung von der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Wil erbracht. Aus Ressourcengründen ist die Gruppentherapie die privilegierte Therapieform. Der promovierte Psychologe Vannini nennt noch einen zweiten, ebenso wichtigen Grund: «Untereinander können sich die Insassen nicht viel vormachen. Die Gruppe ist viel kritischer als dies eine geschulte Einzelperson je sein kann.» Die Einzeltherapie sei nicht besser als die Gruppentherapie, könne sich aber durchaus als

«Die vier Abteilungen bringen ihren Gesichtspunkt im interdisziplinären Austausch ein und treffen alle Entscheidungen gemeinsam»

«Untereinander können sich die Insassen nicht viel vormachen»

«Wir können unsere Arbeit im Milieu nur dank dem Sicherheitsdienst im Hintergrund machen»

«Arbeit und Ausbildung eröffnen neue Perspektiven für das Berufsleben nach der Entlassung und verringern die Gefahr eines Rückfalls»

wirksam erweisen – sofern sie indiziert sei, zum Beispiel wenn ein Insasse nicht gruppenfähig sei. Auch hier entscheiden alle Abteilungen gemeinsam, welche Therapie für den jeweiligen Insassen geeignet ist und in welcher Gruppe er mitmacht. Zur Auswahl stehen eine allgemeine Psychotherapiegruppe, eine Suchtgruppe sowie eine Sexualstraftätergruppe.

«Entscheidend ist nicht die Art oder das Ausmass der Therapie, sondern dass es gelingt, was in der Gruppe erarbeitet wird, anschliessend in der Wohngruppe und bei der Arbeit zu erproben», ergänzt Patrick Dort, Leiter der Abteilung Soziale Integration. Dies sei ein grosser Unterschied zu manchen geschlossenen psychiatrischen Systemen, wo die Insassen nach der Einzel- oder Gruppentherapie in ihre Zellen oder in die Wohngruppe zurückkehrten und nicht beschäftigt seien. «Bei uns kann der Insasse im Alltag zeigen, was er erarbeitet hat. Deshalb ist es wichtig, so viel Normalität wie möglich ins Milieu zu bringen. Bei uns müssen die Insassen selber waschen, kochen, putzen und andere Alltagsaufgaben verrichten. Gerade in dieser Normalität sehen wir, wie der Mensch funktioniert, wie er mit Konflikten umgeht und wie sich seine Persönlichkeit verändert. Hier sind wir am Puls des Lebens!»

Therapeutischer Einfluss des Sicherheitsdienstes

«Therapie erfolgt nicht ausschliesslich im Einzel- und Gruppengespräch, das ganze Setting ist Therapie», bringt es Direktor Vannini auf den Punkt. Milieuthherapie bedeute, das Zusammenleben zu erlernen und zu trainieren, Empathiefähigkeit zu entwickeln. Es heisse auch zu erkennen, dass es ein Gegenüber gebe und nicht das Faustrecht gelte. Zum therapeutischen Gesamtpaket gehöre auch die berufliche Integration, die zur Strukturierung des Alltags beitrage, und selbst der Sicherheitsdienst habe einen therapeutischen Einfluss. «Es geht nicht nur darum, in Uniform präsent zu sein und den Fokus auf die Kontrolle zu legen», fügt Sascha Gees, der Leiter des Sicherheitsdienstes, hinzu. «Der Sicherheitsdienst versteht sich als Teil einer therapeutischen Institution. Diese Rolle ist für die Mitarbeiter attraktiver, aber auch herausfordernder.»

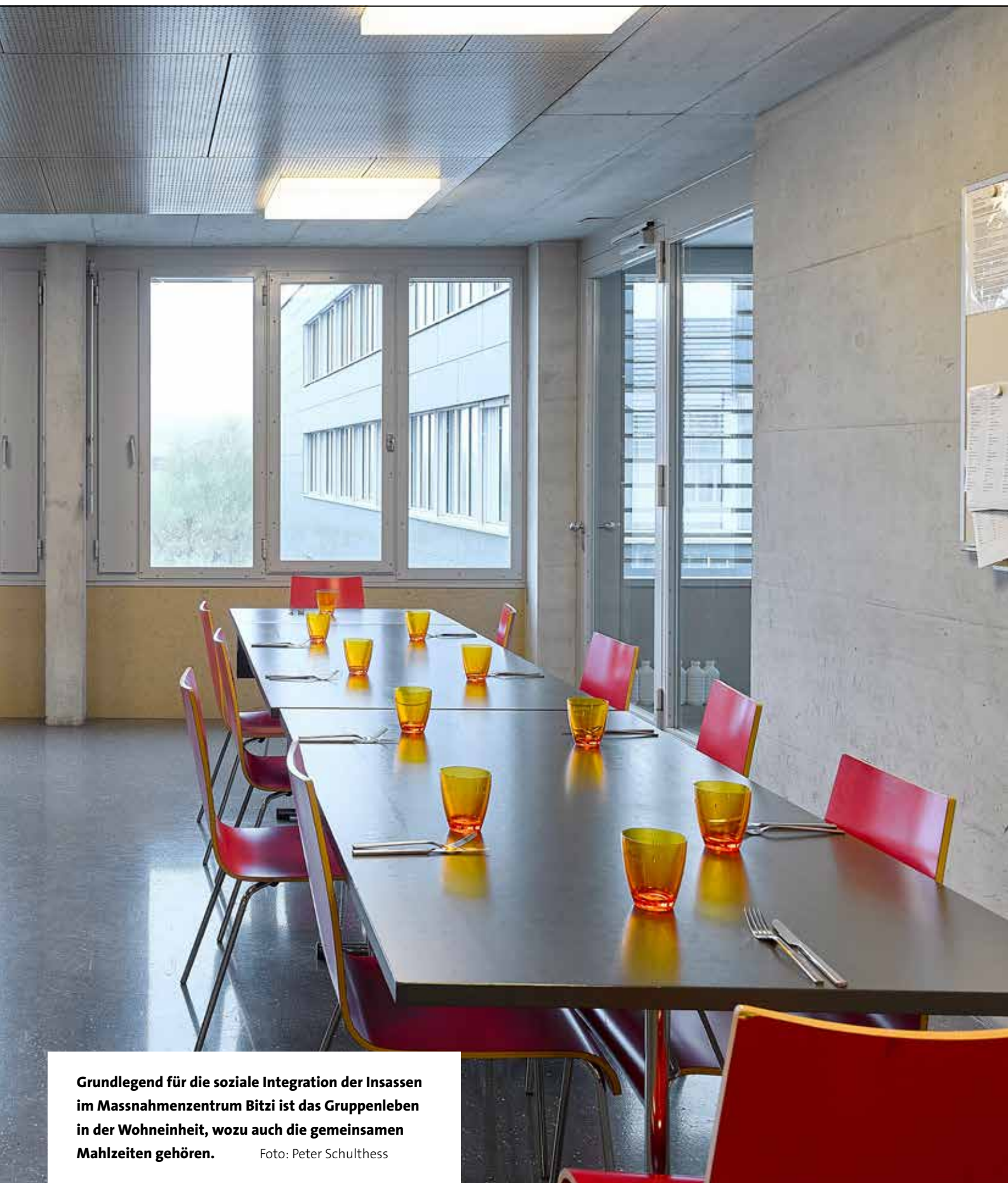
Patrick Dort veranschaulicht an einem Beispiel, wie die therapeutische Wirkung des Sicherheitsdienstes seiner Abteilung zugutekommt: «Wenn wir in der Wohngruppe mit den Insassen konfrontativ und deliktorientiert arbeiten, kann dies manchmal auch schmerzen oder wütend machen. Und bei Meinungsverschiedenheiten kann es laut werden.» Seine Mitarbeitenden könnten nur deeskalierend eingreifen, solange der Insasse steuerbar sei. Ansonsten riefen sie den Sicherheitsdienst, der aus gutem Grund uniformiert sei. Sobald er in der Wohngruppe eintreffe, wüssten die Insassen, dass sie eine Gren-

ze überschritten hätten und sich zurücknehmen müssten. Deshalb komme es auch nur sehr selten zu Handgreiflichkeiten. «Der Sicherheitsdienst muss nicht einmal eingreifen, allein schon sein Eintreffen verändert die Atmosphäre im Milieu», sagt Patrick Dort und unterstreicht: «Wir können unsere Arbeit im Milieu nur dank dem Sicherheitsdienst im Hintergrund machen.»

Die berufliche Lebenssituation verbessern

Viele Insassen sind Schul- und Lehrabbrecher und haben sich keine existenzsichernde Grundlage geschaffen. Deshalb wollen die Verantwortlichen des MZB deren berufliche Lebenssituation durch Arbeit und Ausbildung verbessern. «Wir haben dies in den letzten Jahren forciert und fordern von den Insassen, dass möglichst viele eine Ausbildung absolvieren», erläutert Direktor Vannini. Früher habe das MZB nur wenige Lehrlinge ausgebildet, dieses Potenzial lag brach. Heute könne das MZB in allen Arbeitsbereichen – zum Beispiel in der Gärtnerei, in der Landwirtschaft, in der Küche, in der Hauswartung, in der Schreinerei oder der Schlosserei – eine Lehre anbieten. «Der Aufwand – angefangen von der Berufsberatung, über die Suche einer Arbeit und der Pflege des Kontakts zum Arbeitgeber bis hin zur Begleitung der Insassen – ist gross, stellt aber auch eine Erfolgsgarantie dar», hält Marcel Egger, Leiter der Abteilung Berufliche Integration fest. Die Verantwortlichen des MZB sind überzeugt, dass Arbeit und Ausbildung neue Perspektiven für das Berufsleben nach der Entlassung eröffnen und nachhaltig die Gefahr eines Rückfalls verringern. Sie fördern zudem die berufliche Identität und tragen dazu bei, ein gesundes Selbstwertgefühl zu entwickeln.

«Die Berufswünsche des Insassen werden zwar durchaus aufgenommen, aber bei der Erstellung des Vollzugsplans muss man auch dessen Stärken und Schwächen berücksichtigen», erläutert Marcel Egger. So könne zum Beispiel für einen Insassen eine bestimmte Ausbildung wegen mangelnder Teamfähigkeit nicht in Frage kommen. Das MZB bietet auch nicht Hand zu einer Berufsausbildung, wenn der Arbeitsmarkt gesättigt und der Insasse aufgrund seines Hintergrunds chancenlos ist. «Die Hierarchie entscheidet», stellt der Direktor unmissverständlich klar. Und diese konsequent auf eine existenzsichernde Basisausbildung ausgerichtete Linie zahlt sich längerfristig aus. Mit Genugtuung erwähnt er eine besonders eindrucksvolle Wiedereingliederung eines Insassen, der über sechs Jahre im MZB verbrachte und wider Willen eine Lehre machen musste. Nach seiner Entlassung habe er Freude an seiner Arbeit bekommen und sei heute im erlernten Beruf in leitender Stellung tätig.



Grundlegend für die soziale Integration der Insassen im Massnahmenzentrum Bitzi ist das Gruppenleben in der Wohneinheit, wozu auch die gemeinsamen Mahlzeiten gehören.

Foto: Peter Schulthess

Regelmässige Arbeit und fordernde Therapie

Eine Ausbildung ist nur im offenen Vollzug möglich. Die Insassen in der geschlossenen Betreuungsabteilung können aber einfache Industriearbeiten verrichten. Im Rahmen des Programms «Bildung im Strafvollzug» (BiST) werden zudem Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen und im Umgang mit Computern vermittelt sowie die Eignung für die Ausbildung abgeklärt. Die geschlossene Betreuungsgruppe hat noch eine weitere Funktion: «Viele der eintretenden Insassen haben keine Ahnung, was eine stationäre Massnahme ist. Sie sind von gewissen Hafterleichterungen – wie etwa den kurzen Einschlusszeiten – angezogen worden und erwarten irrtümlicherweise lockere und angenehme Bedingungen», sagt Direktor Vannini. Hier müssten sie zuerst lernen, sich an eine Tagesstruktur zu gewöhnen, das heisst namentlich regelmässig zu arbeiten, und sich in eine Therapiegruppe einzubringen.

Als schwierig hatte die NKVF die Haftbedingungen in der geschlossenen Betreuungsabteilung bezeichnet. In dieser Abteilung, die ursprünglich nur für Aufenthalte bis zu sechs Monaten konzipiert war, sei es für die Insassen sowie für die Mitarbeitenden tatsächlich sehr eng, bestätigen die Verantwortlichen. Abhilfe wird das geplante Bauprojekt schaffen. Durch die Auslagerung der Arbeitsplätze in ein separates Gebäude wird Platz frei werden, um unter anderem ein Beziehungs- und Familienzimmer sowie einen Fitnessraum einzurichten. Eine zusätzliche Umzäunung wird zudem einen direkteren

Zugang zum Sportplatz ermöglichen und damit die Bewegungsfreiheit der Insassen wesentlich erhöhen. Dank dieser Erleichterungen wird es möglich sein, dass der Aufenthalt in dieser Abteilung auch länger als ein Jahr dauern kann.

Keine Öffnung für fremdsprachige Insassen

Angesichts dieser Erfolgsgeschichte verwundert es nicht, dass die NKVF nach ihrem Besuch empfahl, das MZB auch für fremdsprachige Insassen zu öffnen. Doch der Direktor hält dies nicht für realistisch: «Die Beherrschung der Sprache ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Therapie greifen kann». Es sei unmöglich, qualifiziertes Personal zu finden, das die Gespräche mit den Insassen in ihrer Muttersprache führen könne. Da zudem im Milieu und in der forensischen Therapie in Gruppen gearbeitet werde, müssten sich die Gruppenmitglieder auch untereinander verständigen können.

«Höchste Anerkennung» verdienen nach Ansicht der NKVF die hohe Professionalität und das Engagement des Personals. Die Verantwortlichen führen die gute Betriebskultur insbesondere darauf zurück, dass für das Personal im MZB im Unterschied zu anderen Justizvollzugsanstalten selbst die kleinsten Entwicklungsschritte sichtbar sind. Es erlebt, wie ein Insasse von der geschlossenen in die offene Betreuungsgruppe wechselt und schliesslich in die Aussenwohngruppe kommt. Diese sichtbare Integration lässt das Personal stark die Sinnhaftigkeit seiner Arbeit erfahren und wirkt stark motivierend.



Die forensische Therapie ist auch auf die Fähigkeiten der einzelnen Insassen zugeschnitten. Insassen, die zum Beispiel Mühe haben, ihre soziale oder familiäre Situation in Worte zu fassen, können mit Hilfe von Holzfiguren ihre Sprachbarrieren überwinden.

Foto: Peter Schulthess

Verbesserungspotenzial in einem schwierigen Arbeitsfeld

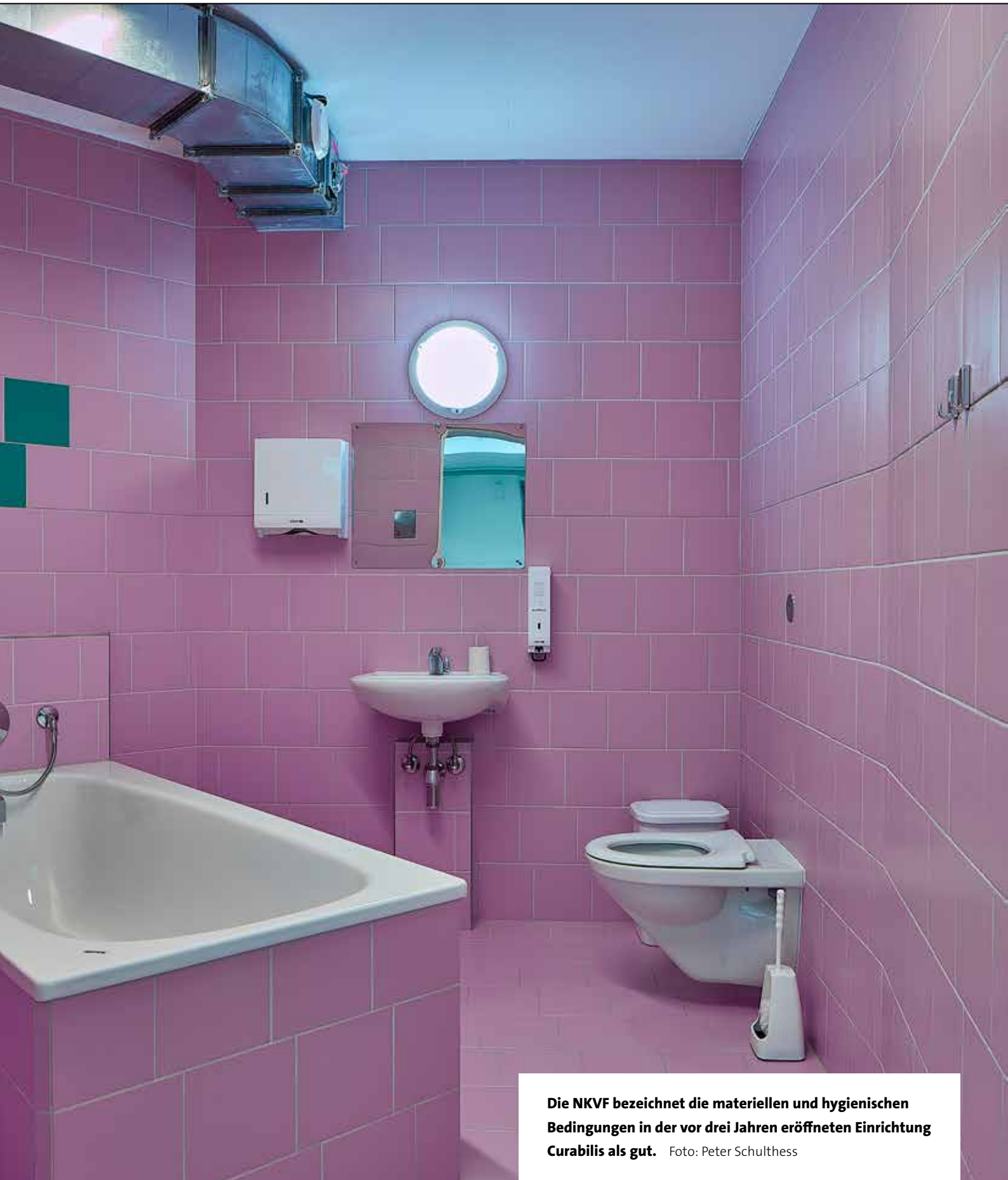
Bericht und Stellungnahme zur Situation in Curabilis

Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hat nach einem Besuch der Massnahmenvollzugseinrichtung Curabilis das Angebot und die Qualität der therapeutischen Behandlung gewürdigt. Sie bedauert aber, dass die Einzelbetreuung gegenüber der Gruppentherapie und der Arbeitstherapie überwiegt. Diese beiden Elemente müssten integrierender Bestandteil eines Therapiekonzepts sein, das auf die Resozialisierung der Inhaftierten ausgerichtet ist. In seiner Stellungnahme zum Bericht der NKVF zeigt sich der Genfer Regierungsrat erfreut, dass die Kommission das grosse Engagement des Personals und die gute Behandlung der Inhaftierten anerkennt.

Die NKVF hat am 14./15. März 2016 im Rahmen ihrer regelmässigen Besuche von Einrichtungen des Freiheitsentzugs die Situation in der geschlossenen Einrichtung Curabilis überprüft. Dabei hat sie ihr Augenmerk vor allem auf den Vollzug von stationären therapeutischen Massnahmen gerichtet. Die moderne, im Jahr 2014 eröffnete Einrichtung setzt sich aus sechs Pavillons zusammen, die durch einen grossen Spazierhof verbunden sind. Die NKVF erachtet die materiellen und hygienischen Haftbedingungen als gut. Sie bedauert einzig, dass die Einrichtung nicht über Räume verfügt, um Beschäftigungen auf angemessene Weise zu fördern. Gute Noten erteilt die NKVF auch der psychiatrischen Behandlung. Sie erwähnt zudem, dass Curabilis über einen im Vergleich mit anderen Einrichtungen hohen Bestand an medizinisch-pflegerischem Personal verfügt. Die somatische Pflege ist durch die Universitätsspitäler Genf sichergestellt.

Institutionelle Probleme

Bezüglich der institutionellen Zuordnung von Curabilis stellte die Kommission eine Konfusion fest, die sich negativ auf die Betreuung der Inhaftierten auswirke. Die Einrichtung untersteht der kantonalen Justizvollzugsbehörde. Während der Direktor für die Vollzugsverwaltung verantwortlich ist, unterstehen der für die psychiatrische Behandlung zuständige Dienst sowie die Leitung der Therapiemassnahmen den Universitätsspitalern Genf. Daraus ergibt sich eine parallele Führung von zwei Diensten, die unterschiedlichen institutionellen Logiken folgen. Nach den Beobachtungen der Kommission arbeiten zwei Kategorien von Fachleuten nebeneinander, ohne die interdisziplinäre Dimension ihrer Tätigkeiten zu berücksichtigen. Die Koexistenz paralleler Kompetenzen beeinträchtigt den Betrieb der Einrichtung und müsse dringend geklärt werden.



Die NKVF bezeichnet die materiellen und hygienischen Bedingungen in der vor drei Jahren eröffneten Einrichtung Curabilis als gut. Foto: Peter Schulthess

Der Regierungsrat teilt die Sorge der Kommission bezüglich der Berufsgruppen, die in der gleichen Einrichtung zwei unterschiedlichen institutionellen Logiken folgen, schreibt Regierungsrat Pierre Maudet in seiner Stellungnahme vom 9. März 2017. Um dieses Problem zu lösen, habe der Regierungsrat eine doppelte hierarchische und funktionelle Anbindung der Kader des Dienstes für stationäre Massnahmen beschlossen. Die Funktionsweise dieses erst seit Jahresbeginn tätigen Dienstes müsse sich noch einspielen.

Das interne Betreuungskonzept von Curabilis stützt sich auf die Therapie, das Verhalten, die Arbeit, die Beschäftigung und Ausbildung der inhaftierten Person. Die NKVF begrüsst diesen Ansatz, der auf die soziale und berufliche Resozialisierung zielt. Sie stellt allerdings fest, dass sich die Betreuung in der Praxis auf die Therapie beschränkt und die Aspekte Arbeit und Bildung bisher nicht konkretisiert worden sind. Sie empfiehlt deshalb, die Betreuung unter diesem Blickwinkel zu verbessern und namentlich der Förderung von Beschäftigungen eine erhöhte Priorität einzuräumen.

Fehlende Vollzugspläne

Die Vollzugspläne sind nach Ansicht der Kommission gut aufgebaut, aber wenig konkret. Zudem werden sie von externen Fachleuten erstellt, welche die Entwicklung des Inhaftierten nicht von nahe verfolgen. Sie sind deshalb nicht auf die Therapiepläne der medizinischen Teams abgestimmt. Die Kommission ist besorgt, dass zum Zeitpunkt ihres Besuchs mehrere Inhaftierte über keinen Vollzugsplan verfügten, obwohl einige bereits seit zwei Jahren in der Einrichtung untergebracht waren. Sie erachtet diese Verzögerungen als unannehmbar und empfiehlt, die Erstellung der Vollzugspläne zusammen mit den Inhaftierten zu beschleunigen. Dabei sollen die Ziele konkretisiert werden, damit diese Pläne allen Beteiligten tatsächlich als Instrument dienen.

Der Regierungsrat hat die notwendigen Massnahmen ergriffen, um die Verzögerungen bei der Erstellung der Vollzugspläne aufzuholen, wie seiner Stellungnahme zu entnehmen ist. Eine neue Richtlinie klärt zudem das Vorgehen und die Rolle der Beteiligten und sieht je nach Inhaftierten verschiedene Modelle von Vollzugsplänen vor.

Mehr Beschäftigungen und Ausbildungsangebote

Wegen fehlender Räumlichkeiten bietet Curabilis weder Beschäftigungen noch Arbeitsstätten an. Nur in der Wäscherei und in der Verwaltung konnten einige Plätze eingerichtet werden. Die Inhaftierten können zudem im Rahmen ihrer Therapie beim Kochen oder Backen mithelfen oder an The-

aterprojekten teilnehmen, aber das Angebot ist sehr beschränkt. Ferner wird Französisch- und Mathematikunterricht angeboten, und für sportliche Aktivitäten steht eine Turnhalle zur Verfügung. Die Kommission unterstreicht, dass die Beschäftigungen unter dem Aspekt der therapeutischen Betreuung der Inhaftierten wichtig sind. Sie empfiehlt daher, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und das Bildungsangebot auszuweiten.

Durch die Umnutzung gewisser Räume können kurzfristig Beschäftigungen, Ausbildungsangebote und Arbeitsstätten verwirklicht werden, stellt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme in Aussicht. Das Ausbildungsangebot sei seit dem Besuch der Kommission ausgebaut worden. Zudem werde zurzeit ein Konzept ausgearbeitet, um die Ausbildungsbedürfnisse im Hinblick auf Resozialisierungsprojekte besser abschätzen zu können.

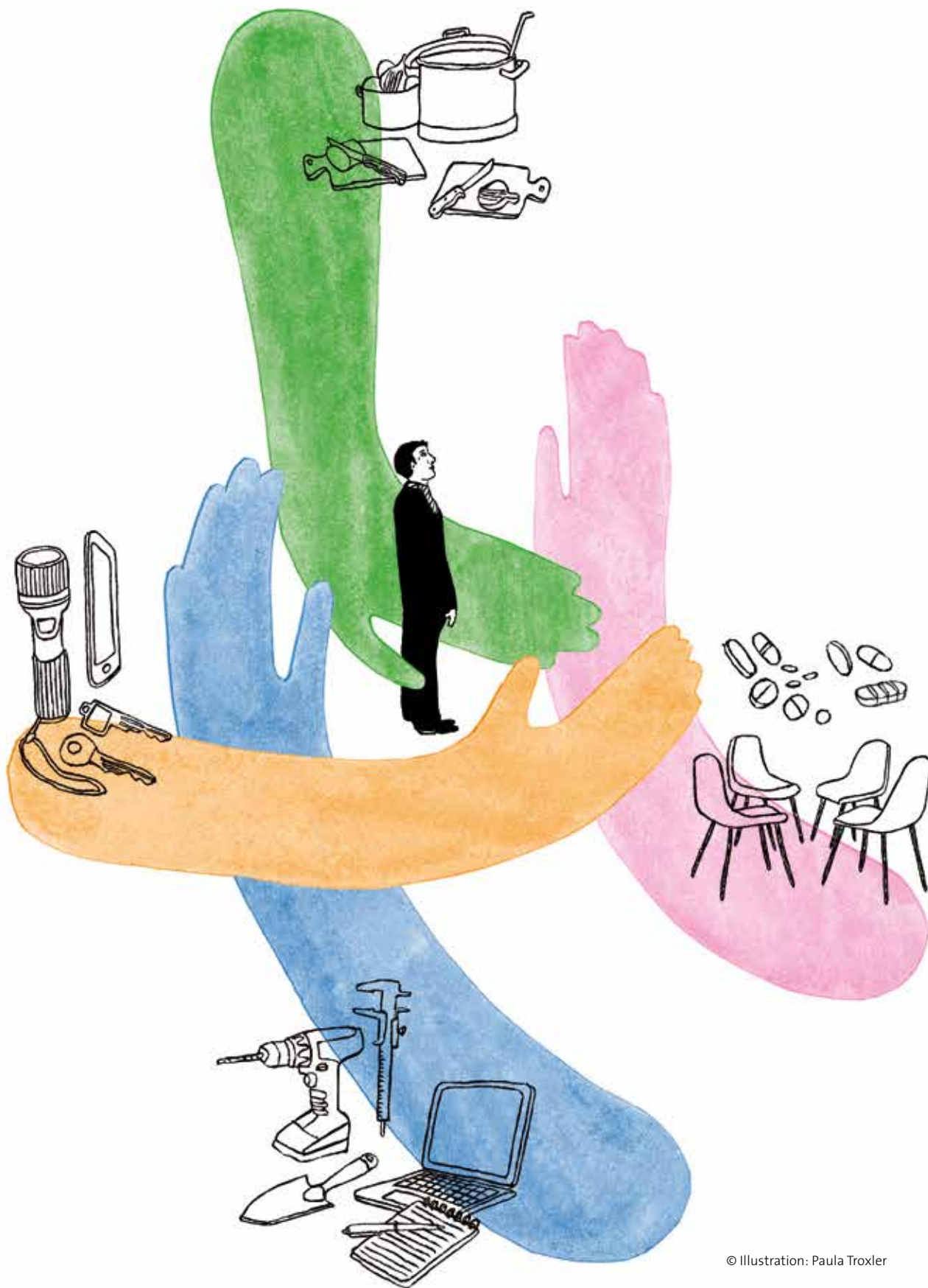
Mehr erfahrenes Personal erforderlich

Die NKVF bemerkte bei ihrem Besuch, dass sich die Mehrheit des Vollzugspersonals in Ausbildung befand und wenig Erfahrung im Umgang mit psychisch gestörten Personen besass. Sie stellte aber auch fest, dass das Personal sehr engagiert und aufmerksam für die Bedürfnisse der Inhaftierten ist. Um einen guten Betrieb der Einrichtung zu gewährleisten, empfiehlt die Kommission, die Anzahl der erfahrenen Vollzugsbeamten im Team zu erhöhen und die Ausbildung im Umgang mit psychisch gestörten Personen zu fördern. Die Kommission nahm ferner von den Schwierigkeiten Kenntnis, die sich aus dem Nebeneinander von zwei voneinander abweichenden Personalstatuten für die Vollzugsbeamten in den Genfer Straf- und Massnahmenvollzugseinrichtungen ergeben.

Der Regierungsrat weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die kantonale Justizvollzugsbehörde eine konsequente Rekrutierung verfolgt und ein Ausbildungskonzept ausgearbeitet hat. Die Ausbildung ist Teil einer Reihe von Massnahmen, welche die Schaffung eines einzigen Personalstatuts für das Vollzugspersonal bezwecken. Dies wird die Mobilität und damit auch eine bessere Verteilung des erfahrenen Personals auf die verschiedenen Einrichtungen fördern. In Curabilis wird die Ausbildung des Vollzugspersonals gemäss den operativen Erfordernissen fortgeführt. Es ist namentlich vorgesehen, alle Vollzugsbeamten im Umgang mit psychisch gestörten Inhaftierten auszubilden. (gal)

«Die Vollzugspläne sind gut aufgebaut, aber wenig konkret»

«Das Personal ist sehr engagiert und aufmerksam für die Bedürfnisse der Inhaftierten»



Fünf Fragen an Roland Zurkirchen

«Ich sehe die Untersuchungshaft als ersten Schritt eines Gefangenen auf dem Weg zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft»

Roland Zurkirchen ist seit 1. Juli 2017 neuer Direktor der Untersuchungsgefängnisse Zürich. Zuvor hatte er das Gefängnis Limmattal geleitet und war Leiter der Fachstelle für Gewaltprävention der Stadt Zürich gewesen.



#prison-info: Sie haben bereits vor Ihrem Amtsantritt als Direktor der Untersuchungsgefängnisse Zürich angekündigt, die Bedingungen während der U-Haft verbessern zu wollen. Inwiefern besteht Handlungsbedarf?

Roland Zurkirchen: Der grosse Spagat zwischen der Unschuldsvermutung auf der einen Seite und der Berücksichtigung einer laufenden Strafuntersuchung auf der anderen Seite stellt im Alltag der Untersuchungshaft eine grosse Herausforderung dar. Zudem müssen die zum grossen Teil standardisierten Abläufe in einem Gefängnis eingehalten werden können. Nun gilt es also, den vorhandenen Spielraum auszumachen. Der Kanton Zürich mit seinen fünf Untersuchungsgefängnissen hat die Möglichkeit, seine Gefängnisse spezifischer auszurichten. Das macht er bereits jetzt z.B. in Bezug auf die Unterbringung von Jugendlichen oder Frauen. Die geplante Kriseninterventionsabteilung im Gefängnis Limmattal ist eine weitere Option. Zudem denken wir gerade über die Einführung des Zwei-Phasen-Modells in der Untersuchungshaft nach. Dies würde bedeuten, dass Insassen ohne Kollusionsgefahr die Untersuchungshaft fortan in einem offeneren Regime absolvieren könnten.

Im Gefängnis Limmattal wird eine neue Abteilung Krisenintervention geplant, die speziell auf die Bedürfnisse suizidgefährdeter Untersuchungsgefangener ausgerichtet ist. Was bietet diese Abteilung und sind auch

in anderen Gefängnissen ähnliche Abteilungen geplant?

Betroffene Insassen der Untersuchungsgefängnisse Zürich werden in einer Abteilung untergebracht und durch psychiatrische Fachpersonen intensiv betreut. Dadurch erhoffen wir uns eine Entlastung der übrigen Gefängnisse. Die auf der Abteilung gewonnenen Erkenntnisse sollen anschliessend wieder in die übrigen Gefängnisse einfließen können.

Welche weiteren Massnahmen schweben Ihnen vor?

Die Untersuchungsgefängnisse sollen als eine Institution mit fünf Standorten wahrgenommen werden. Ich sehe die Untersuchungshaft als ersten Schritt eines Gefangenen auf dem Weg zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die persönliche Krise, welche durch die Verhaftung ausgelöst wird, muss überwunden werden, um die Insassen optimal auf den Vollzug und somit auch auf die anstehende Resozialisierung vorzubereiten. Denn unser übergeordnetes Ziel ist die deliktfreie Zukunft in Freiheit. Diese gemeinsame Haltung bestimmt die Massnahmen.

Als Direktor des Gefängnisses Limmattal haben Sie aus nächster Nähe die Flucht von Hassan Kiko und Angela Magdici miterlebt. Welche sind die wichtigsten Lehren, die in Zürich und schweizweit daraus gezogen worden sind?

Die Flucht hat uns Erkenntnisse gebracht, die uns letztlich ermöglicht haben, den Ablauf weiter zu verbessern. Allerdings darf man nicht vergessen, dass es sich hier um einen Einzelfall und nicht um einen Fehler im System handelt. Bei der Rekrutierung von Personal stellen wir hohe Anforderungen. Bei allen Bemühungen wird es allerdings nie möglich sein, in einen Menschen hineinzublicken. Schlussendlich haben wir u.a. unsere technischen Anlagen angepasst und den Fokus vermehrt auf das Thema der professionellen Nähe und Distanz zum Insassen gelegt – auch in der Ausbildung.

Welche Auswirkungen hatte diese Flucht auf das direkt betroffene Vollzugspersonal sowie auf die Berufsgruppe insgesamt?

Die Enttäuschung und Betroffenheit im Team waren gross und das Interesse der Medien riesig. Mit Gesprächen und zahlreichen Teamveranstaltungen haben wir es geschafft, das Ereignis zu verarbeiten und gemeinsam abzuschliessen. Der Zusammenhalt im Team erscheint mir heute grösser als je zuvor. Wir müssen uns aber immer wieder vor Augen führen, welch schwierige und herausfordernde Aufgabe von unseren Mitarbeitenden im Strafvollzug Tag für Tag bewältigt werden muss. Dies bedarf einer hohen Professionalität. Ich möchte unseren Mitarbeitenden aus dem Bereich Aufsicht und Betreuung an dieser Stelle für ihre ausserordentliche Leistung danken.

«Ein Partner im Kampf gegen den Terrorismus»

Die Verstärkung des Informationsaustausches ist entscheidend

Die Terrorismusbekämpfung geht die Gesellschaft als Ganzes an. Gefordert sind zahlreiche Behörden auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie internationale Organe, namentlich auch die Justizvollzugsbehörden, wie der dritte Bericht der Task Force TETRA (TERRORIST TRACKING) verdeutlicht.

Der Informationsaustausch unter den jeweiligen Behörden ist eines der zentralen Elemente der Massnahmen zur effizienten Terrorismusbekämpfung. Zwar hat sich der Informationsaustausch dank TETRA verbessert. Die Praxis hat aber gezeigt, dass der Austausch zwischen den Strafvollzugsbehörden und den Strafverfolgungs-, Sicherheits- und Migrationsbehörden noch optimiert werden kann.

Justizvollzugsbehörden sind auf Informationen der Sicherheitsbehörden zum Vorleben ihrer Insassen angewiesen, wie es in dem am 14. März 2017 veröffentlichten Bericht heisst. Ein klar geregelter Informationsaustausch erleichtert den zuständigen Stellen eine korrekte Beurteilung der Gefährdungslage. Für den Fall einer weiter bestehenden Gefährdung der Sicherheit nach der Haft können diese dann frühzeitig die erforderlichen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Massnahmen treffen. Gemäss Bericht wird weiterhin in Zusammenarbeit mit den Strafvollzugsbehörden geprüft, wie der Informationsfluss zwischen den Vollzugsbehörden und den mit der Strafverfolgung befassten Stellen optimiert werden kann. Die diversen Akteure sollen sensibilisiert werden; gegebenenfalls werden konkrete Massnahmen eingeleitet.

Auf Anfrage von #prison-info betont Blaise Péquignot, Generalsekretär des Strafvollzugskonkordats der lateinischen Schweiz: «Der Justizvollzug ist aufgrund seines eigenen Auftrags sowie aufgrund der notwendigen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden ein Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Die Verstärkung des Informationsaustausches ist also entscheidend.»

#prison-info hat ihm einige weitere Fragen gestellt:

Welche Bedeutung hat der Vollzugsplan?

Für jeden Gefangenen muss auf der Grundlage einer kriminologischen Evaluation ein Vollzugsplan erstellt werden. Damit sollen das Rückfallrisiko des Gefangenen erfasst und ein umfassendes Betreuungsprogramm festgelegt werden können – und zwar unabhängig davon, ob das Gericht eine Massnahme angeordnet hat. Das Ziel des Strafvollzugs besteht darin, die Person zu befähigen, nach ihrer Entlassung straffrei zu leben.

Wie kann sichergestellt werden, dass der Vollzugsplan auf einer soliden Grundlage erstellt wird?

Es ist wichtig, möglichst viele Informationen über den Gefangenen zu haben. Wenn er wegen Taten im Zusammenhang mit seiner Radikalisierung oder mit gewalttätigem Extremismus verurteilt worden ist, wird dieser

Aspekt seiner Persönlichkeit offensichtlich sein. Aber eine Person kann auch wegen Taten verurteilt werden, die keinen sichtbaren Zusammenhang zu Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus aufweisen. Falls der Nachrichtendienst diese Person auf dem Radar hat, ist es daher wichtig, dass er seine Informationen an die Vollzugsbehörde weiterleitet.

Was geschieht, wenn sich eine Person während der Haft radikalisiert?

Ebenso wichtig ist es, dass die Vollzugsbehörden ihrerseits Anzeichen einer Radikalisierung während des Strafvollzugs den zuständigen Behörden melden, damit während oder nach dem Vollzug entsprechende Massnahmen ergriffen werden können. Dieser wichtige Informationsaustausch ermöglicht es jeder Behörde, ihren eigenen Auftrag zu erfüllen. Dies ist der Zweck von Art. 20 des Nachrichtendienstgesetzes, der diesbezüglich eine klare gesetzliche Grundlage bildet.

SAZ beteiligt sich am Nationalen Aktionsplan

Das Schweizerische Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ) und der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) wollen die Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus «mit frischem Schub, aktuellem Fachwissen und international erprobten Impulsen» versehen. Zu diesem Zweck beteiligen sich, unter der Ägide des Neunerausschusses der KKJPD, Verantwortliche des Justizvollzugs in Form eines Fachaustauschs an der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans des SVS.

Der Nationale Aktionsplan, der vom SVS zusammen mit Vertretern von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden bis im Herbst 2017 erarbeitet wird, will ein koordiniertes Vorgehen gegen die Radikalisierung und den gewalttätigen Extremismus gewährleisten. Er sieht in erster Linie präventive Massnahmen vor, um allfällige Radikalisierungstendenzen zu verhindern. Dabei sollen die Art und das Ausmass der Gefahr oder der Anfälligkeit für Radikalisierung und für gewalttätigen Extremismus identifiziert werden. Zudem will der Aktionsplan geeignete Instrumente zur Verfügung stellen, um eine Früherkennung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus zu ermöglichen.

Gegenstand des Fachaustauschs sind das Sicherheitsmanagement während des Strafvollzugs sowie der Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden, wie dem Konzept des SAZ zu entnehmen ist. Weiter soll geprüft werden, ob Eignungstests sowie eine Aus- und Weiterbildung für muslimische Gefängnisgeleser vorzusehen sind. Ferner sollen die Risikoeinschätzung gestärkt und die Frage geklärt werden, ob es spezifische Interventionsprogramme braucht, um extremistische Gewalttäter zu deradikalisieren und wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Schliesslich soll der Fachaustausch die Weiterentwicklung des Angebots an Aus- und Weiterbildung im Justizvollzug unterstützen.

Wie reagieren die Verantwortlichen des Justizvollzugs auf radikalisierte Gefangene und auf eine mögliche Radikalisierung im Gefängnis?

Auch wenn unsere Gefängnisse bei Weitem keine Stätten der Radikalisierung sind, nehmen die zuständigen kantonalen Behörden diese Problematik sehr ernst, unabhängig davon, ob diese Radikalisierung bereits offenkundig ist oder erst in der Haft entsteht. Es ist daher wichtig, alle Mitarbeitenden des Strafvollzugs dafür zu sensibilisieren. Dies ist insbesondere die Aufgabe des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Straf-

vollzugspersonal (SAZ). Im Grundkurs werden die Mitarbeitenden auch in die Betreuung von Gefangenen aus anderen Kulturen eingeführt. Zudem wird der Weiterbildungskurs «Jihadismus – Erkennen, Verstehen, Handeln» angeboten. Zurzeit arbeitet das SAZ an einem Projekt zur «Bekämpfung der Radikalisierung und des gewalttätigen Extremismus», das in einem ersten Schritt zu spezifischen Empfehlungen führen wird. (gal)



Blaise Péquignot, Generalsekretär des Strafvollzugskonkordats der lateinischen Schweiz.

Bedingte Entlassung: ein Strafgesetzbuch, unterschiedliche kantonale Praktiken

Ergebnisse einer Studie

In der Westschweiz werden deutlich weniger Straftäter bedingt aus dem Freiheitsentzug entlassen als in der Deutschschweiz. Geringer sind die Unterschiede zwischen den Landesteilen bei der bedingten Entlassung aus den stationären therapeutischen Massnahmen. Um eine gewisse Vereinheitlichung des Vollzugs und eine Gleichbehandlung zu gewährleisten, ist eine bessere Harmonisierung der kantonalen Praktiken wünschenswert.

Aimée H. Zermatten und Thomas Freytag

Jede Person, der aufgrund eines Strafurteils die Freiheit entzogen ist, kann nach einer bestimmten Entwicklung im Strafvollzug die bedingte Entlassung beantragen. So entlässt die zuständige Behörde einen Gefangenen bedingt, wenn er zwei Drittel seiner Strafe, mindestens aber drei Monate verbüsst hat (Art. 86 Abs. 1 StGB). Allerdings darf die allgemeine Prognose, die sich namentlich auf das Verhalten, die Vorstrafen, die Persönlichkeit, die Besserung, die Aussichten auf Wiedereingliederung sowie die Wiederholungsgefahr

stützt, nicht negativ ausfallen. Schliesslich stellt die bedingte Entlassung gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung die Regel und deren Verweigerung die Ausnahme dar (BGE 133 IV 201 E. 2.2).

Im Rahmen des Vollzugs einer stationären therapeutischen Massnahme (Art. 59 StGB: Behandlung von psychischen Störungen; Art. 60 StGB: Suchtbehandlung; oder Art. 61 StGB: Massnahmen für junge Erwachsene) bewilligt die zuständige Behörde die bedingte Entlassung, sobald der Zustand des Täters es rechtfertigt, dass ihm Gelegenheit gegeben wird, sich in der Freiheit zu bewähren (Art. 62 Abs. 1 StGB). Dazu muss der Täter gemäss Gesetz nicht geheilt sein, sondern eine Entwicklung durchgemacht haben, durch welche die Wiederholungsgefahr genügend vermindert werden konnte. Die Behörde muss eine positive Prognose zum künftigen Verhalten des Verurteilten stellen können (BGE 137 IV 201 E. 1.2.).

Für alle die gleichen Regeln ...

Zwar unterscheiden sich die Strafen und die Massnahmen bezüglich des Verfahrens und

der Voraussetzungen für die bedingte Entlassung. Doch für alle, welche die gleiche Strafe (d. h. eine Freiheitsstrafe oder eine stationäre therapeutische Massnahme) verbüssen, gelten die gleichen Regelungen im Strafgesetzbuch (Art. 62 ff. und 86 ff. StGB) und die gleiche bundesgerichtliche Rechtsprechung. Dies unabhängig vom Kanton, in dem sie verurteilt wurden. In unserer Studie sind wir den kantonalen Praktiken hinsichtlich der bedingten Entlassung in einem Zeitraum von mehr als zehn Jahren (2004–2015) nachgegangen. Dabei sind wir insbesondere in Bezug auf die Freiheitsstrafen auf unterschiedliche Ergebnisse gestossen.

... aber unterschiedliche Ergebnisse

Der Vergleich der Praktiken in den drei Straf- und Massnahmenvollzugskonkordaten im Zeitraum 2009–2013 zeigt, dass die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe in der Westschweiz (FR, JU, NE, VD) mit 57% weniger oft bewilligt wird als in der Deutschschweiz (AG, AI, BE, GR, SG, SH, TG, ZG, ZH) mit 83%. Die Untersuchung der 2014–2015 in 23 Kantonen erlassenen Verfügungen hat ebenfalls

ergeben, dass die Behörden im Konkordat der lateinischen Schweiz (FR, GE, JU, NE, VD, VS) mit 67 % gegenüber den 79 % der beiden Deutschschweizer Konkordate (AG, AR, BE, BL, BS, GL, GR, LU, NW, OW, UR, SG, SH, SO, SZ, ZG, ZH) bei der Bewilligung der bedingten Entlassung strenger sind. Diese Beobachtung wird auch durch die Untersuchung ähnlicher Kantone (urban und in Grenznahe: Genf und Basel-Stadt; ähnlich gross: Waadt und Zürich) gestützt: 2014 und 2015 haben

die beiden Westschweizer Kantone weniger bedingte Entlassungen aus einer Freiheitsstrafe bewilligt als die beiden Nordschweizer Kantone (Bewilligung: ZH 84 % – VD 54 %; BS 96 % – GE 70 %).

Gemäss den Ergebnissen zu den stationären therapeutischen Massnahmen ist die Praxis in den drei Konkordaten einheitlicher. So wurde in den Jahren 2008–2013 im lateinischen Konkordat (JU, VD) in 13 % der Fälle die bedingte Entlassung bewilligt gegenüber

21 % in den Deutschschweizer Konkordaten (AI, AG, AR, GR, SG, SH, SZ, TG, ZG). Allerdings ist letztere Zahl zu nuancieren: Der Durchschnitt wird stark durch das Ostschweizer Konkordat beeinflusst (30 % Bewilligungen), während das Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz sowie jenes der lateinischen Schweiz mit 12 bzw. 13 % sehr ähnliche Werte aufweisen. Für die Jahre 2010–2015 resultieren vergleichbare Zahlen, auch wenn andere Kantone ausgewertet wurden: 13 % Bewilligungen im Konkordat der lateinischen Schweiz (FR, JU, NE, VD) und im Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz (SO, SZ, ZG); 27 % Bewilligungen im Ostschweizer Konkordat (AR, GR, SG, SH).

Hypothesen

Zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Kantonen der lateinischen Schweiz und der Deutschschweiz auf dem Gebiet der bedingten Entlassung aus dem Freiheitsentzug sind verschiedene Hypothesen aufgestellt worden, insbesondere die folgenden: Die Kriterien für die allgemeine Prognose werden unterschiedlich gewichtet. Es bestehen zwei verschiedene Systeme in Bezug auf die Kommissionen zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit, die zum Dossier der als gefährlich eingestuft Verurteilten eine Stellungnahme abgeben müssen (in den Kantonen der lateinischen Schweiz besteht jeweils eine kantonale Kommission, während die Deutschschweizer Kantone eine Kommission pro Konkordat geschaffen haben). In der Westschweiz sind mehr ausländische Staatsangehörige inhaftiert, für die es schwieriger sein kann, eine positive Prognose für die Wiedereingliederung (Arbeit, Wohnung, soziales Netz usw.) zu stellen.

Zu den stationären therapeutischen Massnahmen ist zu präzisieren, dass die untersuchte Stichprobe deutlich kleiner ist als jene der Freiheitsstrafen. Das ist einerseits auf den durchschnittlichen Bestand der Personen im Vollzug einer stationären therapeutischen Massnahme zurückzuführen, der sich im Zeitraum 2004–2015 verglichen mit den durchschnittlichen 6275 Personen im Vollzug einer Freiheitsstrafe auf 470 Personen belief. Andererseits liegen nicht so vollständige Daten wie zu den Freiheitsstrafen vor. Das bedeutet, dass die Praxis bestimmter Kantone, in denen mehr Personen zu einer Massnahme verurteilt werden, die Ergebnisse beeinflusst. Die Unterschiede können

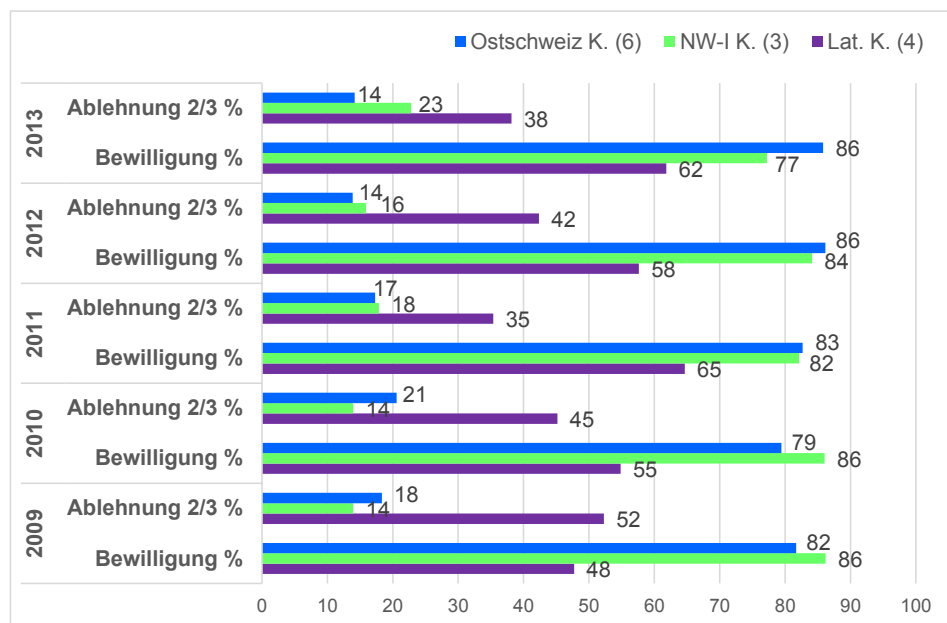


Abbildung 1: Bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe (2009–2013)

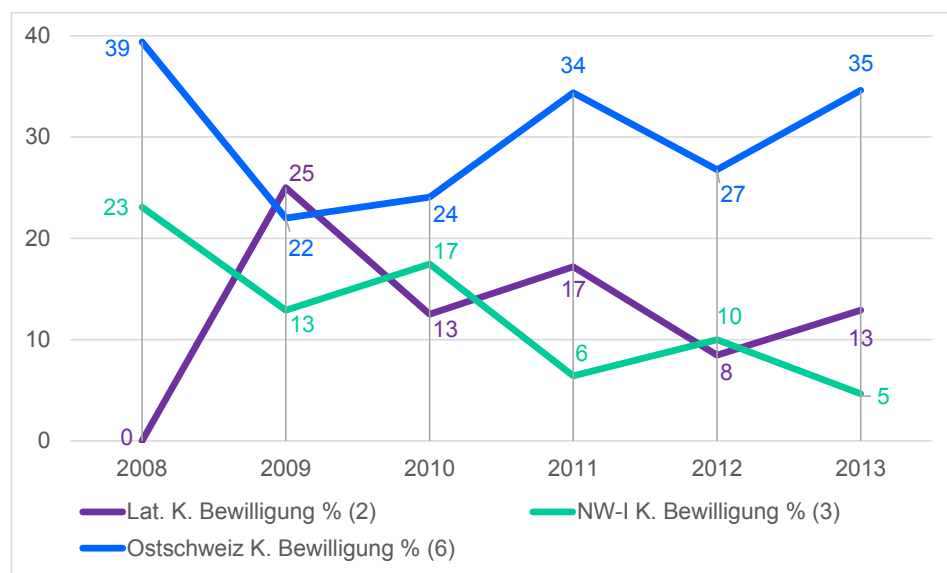


Abbildung 2: Bedingte Entlassung aus einer stationären therapeutischen Massnahme (2008–2013)

auch ein Hinweis darauf sein, dass je nach Kanton bzw. Konkordat mehr oder weniger Ressourcen zur Verfügung stehen. Denn der Rahmen des Massnahmenvollzugs (z. B. eine forensisch-psychiatrische Klinik oder eine spezifische Anstalt für den Massnahmenvollzug anstatt eine Strafanstalt) und die Mittel für die allgemeine Betreuung einschliesslich der Vorbereitung auf die Resozialisierung können Ausdruck einer tendenziell positiveren Einstellung gegenüber der bedingten Entlassung sein.

Gemäss unseren Ergebnissen besteht zwischen den drei Konkordaten auch im Zeitraum 2009–2013 ein deutlicher Unterschied (über 50 %) betreffend die Quote der bedingten Entlassungen aus einer Freiheitsstrafe und aus einer stationären therapeutischen Massnahme. Dies lässt sich mit mehreren Faktoren erklären. Zunächst muss für die bedingte Entlassung aus einer Massnahme eine gute Prognose gestellt werden, während es für die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe genügt, dass keine schlechte Prognose gestellt wird, was einfacher ist. Dann erfolgt die Prüfung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme mindestens einmal jährlich, während sie bei der Freiheitsstrafe nach zwei Dritteln der Strafe vorgenommen wird. Ausserdem leidet die Mehrheit der zu einer Massnahme verurteilten Täter an einer psychischen Krankheit (psychische Störungen, eventuell in Verbindung mit psychoaktiven Substanzen) und muss in der Regel mehrere

Jahre behandelt werden. Es kann folglich davon ausgegangen werden, dass eine Behörde generell mehr negative Entscheide gefällt hat, bevor sie eine Person im Vollzug einer stationären therapeutischen Massnahme entlässt, als dies bei einer Person im Freiheitsentzug der Fall ist.

Bessere Harmonisierung

Trotz den Grenzen unserer Studie (wir verfügen nicht über sämtliche Daten aller Kantone, der Aufbau unserer Studie ermöglicht es nicht, die straffällige Bevölkerung jedes Kantons anhand ihrer Merkmale genauer zu untersuchen) bleiben einige Diskrepanzen schwer nachvollziehbar. Daher wäre eine bessere Harmonisierung der Praxis im Bereich der bedingten Entlassung wünschenswert. So könnten eine gewisse Vereinheitlichung des Straf- und Massnahmenvollzugs sichergestellt werden – wie dies der Gesetzgeber fordert (Art. 372 Abs. 3 StGB) und der Bericht «Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzugs in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats Amherd 11.4072 als notwendig bezeichnet – sowie die Gleichbehandlung gewährleistet werden.

«Die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe wird in der Westschweiz weniger oft bewilligt als in der Deutschschweiz»



Aimée H. Zermatten und Thomas Freytag.

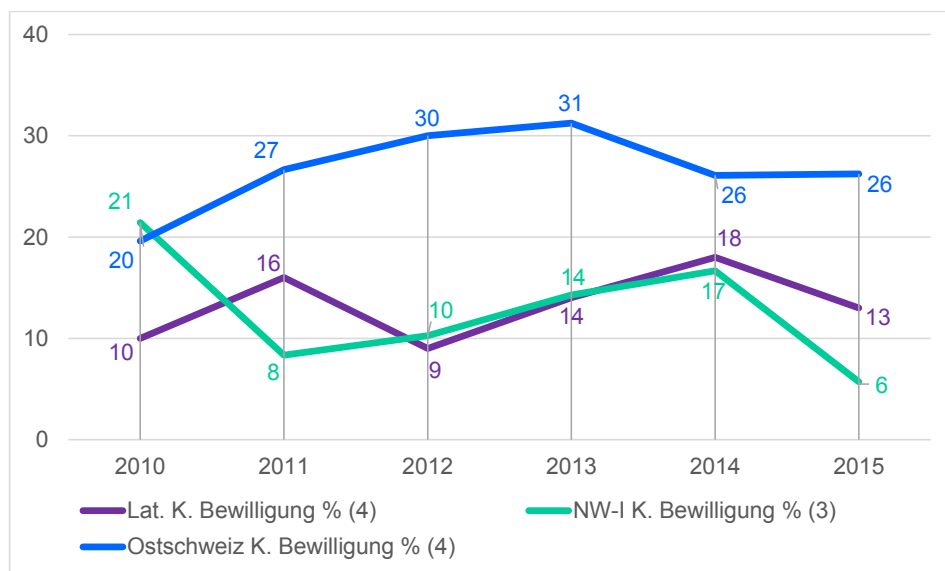


Abbildung 3: Bedingte Entlassung aus einer stationären therapeutischen Massnahme (2010–2015)

Studie in zwei Teilen

Aimée H. Zermatten, Universität Freiburg, und Thomas Freytag, Vorsteher des Amtes für Justizvollzug des Kantons Bern, haben bei den kantonalen Strafvollzugsbehörden eine Studie durchgeführt. Der erste Teil der Studie zu den Freiheitsstrafen wurde im November 2016 anlässlich der Freiburger Strafvollzugstage vorgestellt. Die hier dargelegten Ergebnisse entsprechen nicht genau den Zahlen, die bei dieser Gelegenheit kommuniziert und in der Presse veröffentlicht worden sind, weil ein Kanton in den übermittelten Daten zu den Jahren 2014 und 2015 einen Fehler bemerkt hat. Die Zahlen wurden demnach korrigiert. Für die genauen Ergebnisse zu den Freiheitsstrafen wird auf den Artikel in den demnächst erscheinenden Akten der Strafvollzugstage verwiesen. Die im zweiten Teil der Studie behandelten Massnahmen (einschliesslich Verwahrung) werden im Verlauf des Jahres 2018 Gegenstand einer vertieften Untersuchung mit aktuelleren Zahlen sein.

Pädosexuelle Straftäter besser erkennen

Erfolgreicher Abschluss eines Modellversuchs

Bisher stützt sich die Beurteilung von Sexualstraftätern mit einer pädophilen Präferenz auf deren subjektive Angaben und klinische Beurteilungen, da messbare Merkmale weitgehend fehlen. Mit dem Abschluss eines vierjährigen Modellversuchs der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel liegen nun differenzierte und zuverlässigere Grundlagen für die Diagnostik, Risikoeinschätzung und Behandlung dieser Personen vor. Viele Fragen müssen allerdings noch im Rahmen weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen geklärt werden.

«Sexualdelinquenz ist nicht nur Ausdruck einer abweichenden Präferenz, sondern auch das Resultat verschiedener Defizite»

In dem vom Bundesamt für Justiz (BJ) finanziell unterstützten Modellversuch «Prognostisch und therapeutisch relevante messbare Indikatoren bei pädosexuellen Sexualstraftätern» (MIPS) hat ein Projektteam nach Merkmalen gesucht, um die sexuelle Präferenz (Neigung) von drei bestimmten Gruppen unterscheiden zu können: pädophile Sexualstraftäter, Konsumenten von Internetkinderpornographie und eine heterosexuelle Kontrollgruppe. Dazu hat das Projektteam der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel unter der Leitung von Prof. Marc Graf je rund 20 Probanden umfassend psychiatrisch, neuropsychologisch und neurophysiologisch untersucht.

Neben den gängigen Verfahren wurden auch sogenannte implizite Verfahren angewendet. Diese beruhen auf Messungen, die dem Bewusstsein des Probanden weniger zugänglich sind und damit auch weniger verfälscht werden können. Zudem wurde eigens ein virtueller «Strandspaziergang» entwickelt, auf dem der Proband nackten oder leicht bekleideten Kindern und Erwachsenen begegnete. Während dieses Spaziergangs

wurden physiologische Daten des Probanden (wie Blickbewegungen, Schwitzen oder Veränderungen der Hirnaktivität) erhoben, um dessen Reaktionen zu erfassen. Der Modellversuch zeigt, dass der Einsatz virtueller Szenen eine grosse Chance bietet, um die pädosexuelle Präferenz und das Risikoverhalten besser erfassen zu können.

Kein Pädophilen-Detektor

Durch einen voreiligen Medienbericht unter dem sinnwidrigen Schlagwort «Pädophilendetektor» wurden die Rekrutierung der Probanden und die Gewinnung ihres Vertrauens erschwert. Das Wort Detektor suggeriert, dass etwas mechanistisch und mit Bestimmtheit nachgewiesen werden kann, wie etwa mit einem Metalldetektor am Flughafen. Demgegenüber lassen sich mit den im Modellversuch entwickelten Verfahren lediglich Hinweise für das Vorliegen von Pädosexualität erbringen. Auf diese Weise erhobene Merkmale ergänzen die fachliche Beurteilung durch einen forensischen Psychiater oder eine Rechtspsychologin, ersetzen diese aber keineswegs.

Für den Modellversuch wurde ein virtueller «Strandspaziergang» entwickelt, auf dem der Proband nackten oder leicht bekleideten Kindern und Erwachsenen begegnete.
Bilder: Screenshots von sog. Not-Real People



Die Ergebnisse des Modellversuchs sind für die Diagnostik und Behandlung von Sexualstraftätern bedeutsam, wie das Projektteam in seinem Abschlussbericht festhält. Die Frage nach der sexuellen Präferenz bereitet nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten, weil sich der weitaus grösste Teil der Sexualität auf eine Weise äussert, die nicht einmal der betreffenden Person vollständig bewusst, geschweige denn an ihrem Verhalten sichtbar ist. In einem Strafverfahren kommen zusätzliche Verzerrungen in Form von gesteuerten Aussagen hinzu. Bisher stützte sich die Beurteilung der Störung der sexuellen Präferenzen auf die Angaben des Patienten, die Analyse der Tat sowie auf indirekte Rückschlüsse aus der Beobachtung seines Verhaltens in der Therapie.

Neue Ansätze

Aus dem Modellversuch ergeben sich neue klinisch verwendbare Ansätze, wozu insbesondere implizite Tests gehören. Diese Tests erfassen jenes Verhalten, das weitgehend automatisiert erfolgt und in der Regel nicht bewusst gesteuert wird. Zudem werden dabei häufig indirekte Reaktionen erfasst, was es für die getestete Person schwierig macht, den Test zu durchschauen und in der Folge möglicherweise zu verfälschen. Zu den impliziten Tests gehören etwa Assoziationstests und bestimmte Distractionsaufgaben. Bei den ersteren wird das Reaktionszeitmuster von Assoziationen zwischen Erwachsenen- und Kinderbildern und sexuellen Begriffen untersucht. Bei letzteren ist eine einfache

Aufgabe zu lösen, währenddessen Bilder nackter Erwachsener und Kinder als ablenkende Reize eingeblendet werden. Eine starke Assoziation von Kinderbildern mit sexuellen Begriffen wie auch eine stärkere Ablenkbarkeit durch Bilder von nackten Kindern (als durch Bilder von Erwachsenen) können als Indiz für Pädosexualität gewertet werden. Implizite Verfahren als neuer Ansatz allein erlauben allerdings keine sichere Diagnose einer Pädophilie. Diese Verfahren stellen aber ein Arbeitsinstrument dar, um im Rahmen einer Therapie einen Einstieg in die oft unklare sexuelle Präferenz anbieten und in der gutachterlichen Beurteilung eine verlässlichere Prognose über die Rückfälligkeit abgeben zu können.

Dies erleichtert auch die Unterscheidung zwischen «echten Pädophilen», die eine ausschliessliche, dominante sexuelle Präferenz für Kinder haben, und Personen mit einer «pädophilen Nebenströmung» oder opportunistischen Tätern, die kein oder nur ein sehr geringes sexuelles Interesse an Kindern haben und Delikte aus anderen Gründen begehen (etwa aufgrund einer günstigen Gelegenheit oder aus finanziellem Interesse). Die Befunde des Modellversuchs stützen die in Fachkreisen diskutierte Hypothese, dass Sexualdelinquenz nicht nur Ausdruck einer abweichenden Präferenz, sondern das Resultat verschiedener Defizite ist.

Angesichts der Komplexität und Menge der erhobenen Daten waren bisher nur erste Auswertungen möglich. Das Projektteam erwartet von weiteren Analysen und dem

Abgleich mit Resultaten anderer Forschungsgruppen neue aufschlussreiche Erkenntnisse. Es will insbesondere die verwendeten Instrumente verbessern und auf tragbare Systeme reduzieren, um auch gefährliche pädosexuelle Straftäter im Straf- und Massnahmenvollzug untersuchen zu können.

Rückgang der pädophilen Präferenz möglich

Wie notwendig Instrumente sind, um den Verlauf abweichenden sexuellen Verhaltens zu messen, belegen auch die jüngsten Erkenntnisse renommierter Sexualmediziner. Mittlerweile ist es wissenschaftlich erwiesen, dass Störungen der sexuellen Präferenz wie die Pädophilie – im Gegensatz zur sexuellen Orientierung (Hetero-, Homo- oder Bisexualität) – bei vielen Betroffenen nicht lebenslang dauern. Diese Wissenschaftler fordern deshalb die Einführung der Spezifikation «in remission» (Rückgang von Krankheitssymptomen) wie dies bei anderen Formen abweichenden sexuellen Verhaltens sowie bei schizophrenen oder affektiven Störungen schon lange üblich ist.

Das Projektteam ist überzeugt, dass diese neuen Instrumente und Verfahren die bisherige Beurteilung von pädosexuellen Straftätern ergänzen werden. Sie erachten eine fortlaufende wissenschaftliche Evaluation dieser zusätzlichen Verfahren sowie weitere wissenschaftliche Untersuchungen als notwendig. Besonders bedeutsam im Hinblick auf Entscheide über Lockerungen oder Verlängerungen von Massnahmen ist nach Ansicht des Projektteams namentlich die Beurteilung des Verlaufs der Therapie von Sexualstraftätern. Mögliche Anwendungsbeispiele sind etwa die Untersuchung von Sexualstraftätern vor und während einer antiandrogenen (die männlichen Sexualhormone hemmenden) Behandlung, allenfalls im Vergleich zu psychotherapeutisch behandelten Tätern, oder die Evaluation von unterschiedlichen Programmen zur Behandlung von Sexualstraftätern. (gal)

Link: Der Abschlussbericht des Modellversuchs MIPS vom 17. Januar 2017 ist auf der Website der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (www.upkbs.ch) und des Bundesamtes für Justiz (www.bj.admin.ch) abrufbar.



Traumatisierten Jugendlichen eine optimale Erziehung bieten

Modellversuch mit guten Ergebnissen

Selbstsichere und starke Pädagoginnen und Pädagogen sind die Voraussetzung für eine optimale Begleitung von traumatisierten Kindern und Jugendlichen. Diese These wird durch einen fünfjährigen Modellversuch der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel bestätigt. Der Fokus in sozialpädagogischen Einrichtungen ist folglich künftig auch auf die Begleitung und Schulung des Personals zu richten.

Ingrid Ryser

Die Begleitung von Kindern und Jugendlichen, die mit traumatisierenden Lebensereignissen zu kämpfen haben, ist für die Bezugspersonen oft eine schwierige Aufgabe. Besonders in sozialpädagogischen Einrichtungen ist das «Miteinander» von schwierigen Interaktionen geprägt und führt zu häufigen Wechseln sowohl im Betreuerteam als auch bei den Bewohnern. Für die Kinder und Jugendlichen wird es schwierig, tragfähige Beziehungen zu anderen Menschen aufzubauen, was wiederum die Entwicklung der eigenen Stärken, Stabilität und Selbstregulationsfähigkeiten erschwert. Nicht wenige der sozialpädagogischen Fachkräfte fühlen sich erschöpft, leiden unter Burnout-Symptomen und fühlen sich psychisch belastet.

Diese Tatsachen zeigen, dass zum einen traumatisierte Kinder und Jugendliche einen höheren und ganz spezifischen pädagogischen Bedarf aufweisen und zum anderen auch die Pädagoginnen und Pädagogen ein spezielles Arbeitsinstrument und eine traumasensible Haltung benötigen. Die Traumapädagogik bietet beides. Das Konzept beruht auf der Zusammenarbeit von Therapie und Pädagogik und basiert namentlich auf den Erkenntnissen der Erziehungswissenschaften und der Psychotraumatologie.

Die Jugendlichen sollen erleben, dass es einen «sicheren Ort» gibt, der ihnen selbst dann Halt bieten kann, wenn sie gegen die Regeln der Gesellschaft oder des Heims verstossen haben, ist Agron Tatari, Gruppenleiter in der Jugendstätte Burghof Pestalozzi in Dielsdorf, überzeugt. Dies ermöglicht es, die aufgrund der traumatisierenden Ereignisse erlernten, oft destruktiven Überlebensstrategien aufzugeben und alternative Verhaltensweisen zu verinnerlichen. Der «sichere Ort» ist zum einen in einem strukturellen Sinn auf ein gemütliches Zuhause bezogen, das freundlich eingerichtet ist und Geborgenheit ausstrahlt. Ein «sicherer Ort» bedeutet zum anderen aber auch das Erleben von tragfähigen Beziehungen zu Bezugspersonen, die von gegenseitigem Respekt und Verlässlich-

keit geprägt sind. Trotz der unzähligen Konfliktsituationen solche Beziehungen aufzubauen, stellt die Mitarbeitenden vor grosse Herausforderungen. Der «sichere Ort» muss ebenso für die Mitarbeitenden gewährleistet sein, sagt Nicole Wolschendorf, Leiterin der Sozialpädagogischen Wohngruppe «rose» in Heiden. Alternative Arbeitsinstrumente zur herkömmlichen Sozialpädagogik seien notwendig.

Bei der Betreuungsperson ansetzen

Traumapädagogik zielt somit primär auf das Verhalten des Pädagogen ab, weshalb die administrative, fachliche und vor allem die emotionale Unterstützung der Mitarbeitenden ein zentraler Bestandteil des Konzepts ist. Mit dem vom Bundesamt für Justiz (BJ) finanziell unterstützten Modellversuch «Traumapädagogik» wurden in fünf sozialpädagogischen Institutionen Strukturen geschaffen, die eine solche Arbeitsweise ermöglichen. Das Projektteam der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel, unter der Leitung von Dr. Marc Schmid, hat den fünfjährigen Modellversuch begleitet und evaluiert. Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Reduktion der Stressbelastung und Verbesserungen bei der Arbeitszufriedenheit der Pädagoginnen und Pädagogen, was wiederum einen positiven Einfluss auf die Kontinuität im pädagogischen Alltag mit sich bringt und die psychische und soziale Entwicklung der Jugendlichen mit guten Erfahrungen prägt.

Gestärkt wurde im Modellversuch deshalb vor allem die innere Sicherheit der Pädagogen. Zentral seien dabei regelmässige Sitzungen, an denen in aller Ruhe ganz spezifische Konfliktsituationen aus dem Alltag diskutiert und analysiert werden. Nicole Wolschendorf präzisiert, dass es in diesen Diskussionen nicht nur darum geht, wie Mitarbeitende in einem ähnlichen Fall handeln könnten, sondern darum, was die Situation mit dem Mitarbeitenden selbst macht. Die Versorgung der Mitarbeitenden und die eigene psychische Weiterentwicklung, die im Resultat dann

«Die Jugendlichen sollen erleben, dass es einen sicheren Ort gibt»



Ampelsystem mit Beschrieb: «Im Ampelsystem werden Gefühle sichtbar». Foto: Agron Tatari

eine ausgeglichene und starke Haltung gegenüber den Kindern und Jugendlichen ermöglicht, muss am Arbeitsplatz eine wichtige Rolle einnehmen.

Die Betreuungsperson muss genug innere Kraft besitzen, um das Verhalten der Kinder und Jugendlichen zu verstehen, einzuordnen und gemeinsam mit ihnen zu reflektieren, erklärt Agron Tatari. Dazu gehöre auch eine authentische Kommunikation, in der sich die Betreuer nicht scheuen, die eigenen Gefühle zu artikulieren und so den Heimbewohnern wiederum ein Vorbild sind, fügt Nicole Wolschendorf hinzu. Es gehe nicht darum, mit dem Verhalten der Kinder und Jugendlichen einverstanden zu sein. Vielmehr gehe es darum, die Verhaltensweisen der Kinder und Jugendlichen zu verstehen, ohne damit einverstanden sein zu müssen. Die Betreuungsperson darf sich nicht davor fürchten, den Kindern und Jugendlichen Grenzen aufzuzeigen, sondern muss sagen, «was Sache ist», ergänzt Tatari. Dies geschieht in häufigem Austausch mittels eines sogenannten «Ampelsystems». Jeder Teilnehmer der Sitzung, also Klienten und Betreuer, ordnen ihre Gefühle für bestimmte Situationen in grün gleich gut, gelb gleich mittelmässig und orange gleich schlecht ein und begründet die jeweilige Farbwahl.

Traumapädagogik in weiteren Handlungsfeldern

Um den Betreuerinnen und Betreuern von sozialpädagogischen Einrichtungen die Arbeitsinstrumente der Traumapädagogik zu vermitteln, wurden im Rahmen des Modellversuchs für die Mitarbeitenden Schulungsangebote geschaffen. Das Feedback war sehr positiv. Agron Tatari und Nicole Wolschendorf wünschen sich, dass bereits die Grundausbildung im sozialpädagogischen Bereich stärker auf die Selbsterfahrung der Pädagoginnen und Pädagogen ausgerichtet wird. Grundsätzlich würden sich die Teilnehmenden des Modellversuchs weitere Veranstaltungen und externe Begleitungen von Fachspezialisten wünschen. Interessant wären solche Weiterbildungsangebote eventuell auch im Verbund mit anderen psychosozialen Handlungsfeldern, in denen das Betreuungspersonal ebenfalls häufig mit traumatisierten Menschen konfrontiert ist. Zu denken wäre beispielsweise an die Flüchtlingshilfe, die Drogenarbeit oder den Pflegekinderbereich.

Link: Der Abschlussbericht des Modellversuchs Traumapädagogik vom 31. März 2017 ist auf der Website der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (www.upkbs.ch) und des Bundesamtes für Justiz (www.bj.admin.ch) abrufbar.

JAE – Aus Erfahrung lernen

Im Bereich der sozialpädagogischen Einrichtungen finanziert das BJ einen neuen Modellversuch der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel. Im Modellversuch «JAE – Jugendhilfeverläufe: aus Erfahrung lernen» werden in einem ersten Schritt die Indikatoren für erfolgreiche und weniger erfolgreiche Langzeitverläufe in der stationären Jugendhilfe und dem Übergang in die Verselbständigung analysiert, um daraus in einem zweiten Schritt ein E-Learning-Modul zur besseren Beachtung von Schutz- und Risikofaktoren zu entwickeln.

Junge Erwachsene, die bis 2012 am Modellversuch Abklärung und Zielerreichung in stationären Massnahmen (MAZ) teilgenommen haben und in ihrer Jugend aus zivil- oder strafrechtlichen Gründen fremdplatziert wurden oder sich freiwillig in der Heimerziehung befanden, werden im Modellversuch JAE erneut befragt. Dies soll es ermöglichen, die pädagogischen Ziele, die beim Eintritt in die stationäre Massnahme vereinbart wurden, mit den tatsächlich eingetretenen objektiven Veränderungen zu vergleichen und so gewisse Risiko- und Schutzfaktoren zu erkennen. Daraus lassen sich dann gegebenenfalls konkrete Massnahmen zur Ausgestaltung der Heimerziehung ableiten, welche die positive Wirkung der stationären Massnahmen wiederum weiter optimieren sollen. Die aufgrund des Modellversuchs JAE gewonnenen Erkenntnisse sollen in einem E-Learning-Programm den Angestellten von sozialpädagogischen Einrichtungen als Weiterbildungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden. Der fünfjährige Modellversuch dauert voraussichtlich bis Ende September 2021. (RYI)

Aus dem Parlament

Einheitlicher Strafvollzug für gefährliche Täter

Das Parlament hat den Bundesrat aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Berücksichtigung der Strafvollzugskonkordate Kriterien und Mindeststandards für einen einheitlichen Vollzug der Strafen von gefährlichen Tätern festzulegen. Es hat in der Frühjahrssession (Nationalrat) bzw. in der Herbstsession 2016 (Ständerat) die Motion «Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern» (16.3002) angenommen.

Das Parlament folgte damit der Argumentation der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats, wonach es im Strafvollzug gewisse Defizite gibt und unterschiedliche Praktiken vorherrschen. Dies betreffe namentlich das Risikomanagement bei gefährlichen Straftätern, obwohl gerade hier eine Vereinheitlichung sowie Grundsätze und Mindeststandards für alle Kantone und Strafanstalten angestrebt werden sollten. Der Bundesrat hatte die Ablehnung der Motion beantragt. Er verwies darauf, dass die Kantone bereits Schritte zur Harmonisierung im Straf- und Massnahmenvollzug eingeleitet haben und sie damit ihre Verantwortung hinsichtlich des Umgangs mit gefährlichen Straftätern wahrnehmen.

Konsequenzen des neuen Ausschaffungsrechts

Bereits heute erfolgt bei der Erstellung des individuellen Vollzugsplans eine Differenzierung zwischen Personen, die nach dem Vollzug in der Schweiz bleiben, und solchen, die ausgewiesen werden. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass Insassen, die nach dem Vollzug ausgewiesen werden, in der Betreuung vernachlässigt werden, wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Interpellation «Neues Ausschaffungsrecht. Konsequenzen für den Strafvollzug?» (16.3645) von Ständerätin Karin Keller-Sutter festhält.

Der Bundesrat weist ferner darauf hin, dass mit therapeutischen Massnahmen nach

Artikel 59 StGB die Gefahr weiterer Delikte verhindert oder vermindert werden soll. Dieses Ziel sei auch bei Ausländern, welche die Schweiz verlassen müssen, anzustreben. Es sei Aufgabe der Gerichte zu entscheiden, ob der Täter einer Behandlung zugänglich sei. Dabei sei zu berücksichtigen, dass auch gefährliche Straftäter nach Artikel 59 StGB behandelt werden können, die andernfalls verwahrt werden müssten. Durch eine erfolgreiche Behandlung liessen sich die Kosten einer langjährigen Verwahrung vermeiden.

Bericht über Electronic Monitoring

Der Bundesrat wird die Erfahrungen mit dem Electronic Monitoring (EM) während der ersten drei Jahre nach Inkraftsetzung des Sanktionenrechts evaluieren und anschliessend einen Bericht vorlegen. Dabei wird er insbesondere prüfen, ob der Einsatzbereich des elektronisch überwachten Vollzugs ausserhalb der Strafanstalt ausgeweitet werden soll. Der Ständerat hat in der Wintersession 2016 das Postulat «Evaluation des Electronic Monitoring» (16.3632) seiner Rechtskommission angenommen.

Am 1. Januar 2018 werden die Änderungen des Sanktionenrechts in Kraft treten. Damit wird EM, das bisher in sieben Kantonen versuchsweise zum Einsatz kommt, definitiv als Vollzugsform für Freiheitsstrafen zwischen 20 Tagen und 12 Monaten gesetzlich verankert. EM kann zusätzlich gegen Ende der Verbüsung langer Freiheitsstrafen als Alternative zum Arbeits- und Wohnexternat für eine Dauer von 3 bis 12 Monaten angeordnet werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates steht dem Einsatz des EM grundsätzlich positiv gegenüber und teilt die Haltung des Kantons Basel-Landschaft, der in seiner Standesinitiative (15.315) eine Ausweitung des Anwendungsbereichs fordert. Wie die Kommission in der Begründung ihres Postulats schreibt, möchte sie diese Frage jedoch erst vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem geänderten Sanktionenrecht prüfen.

Platzmangel hat sich entschärft

Die Belegungssituation im Justizvollzug ist zwar temporär und regional unterschiedlich angespannt, was die Arbeit der Behörden in den betroffenen Kantonen erschweren kann. Der Platzmangel hat sich allerdings im Vergleich zu den Vorjahren entschärft, wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Interpellation «Kriminelle wegen Platzmangels in Schweizer Gefängnissen auf freiem Fuss?» (16.3728) von Nationalrat Jean-Luc Addor schreibt.

Er führt weiter aus, dass gemäss dem im Auftrag der KKJPD erstellten Bericht der Fachgruppe «Kapazitätsmonitoring Freiheitsentzug» einzig die Kantone Waadt und Genf einen offenkundigen Platzmangel und infolgedessen markant überbelegte Gefängnisse ausweisen. Laut Fachgruppe werde der Platzbedarf im Bereich des geschlossenen Strafvollzugs schweizweit nahezu gesichert sein, sofern die geplanten Plätze im Strafvollzugskonkordat lateinische Schweiz in den nächsten Jahren realisiert werden.

Menschenwürdiges Lebensende gewährleisten

Die geltenden gesetzlichen Grundlagen ermöglichen es den Kantonen, betagte oder kranke Gefangene angemessen unterzubringen, zu behandeln und den Umständen entsprechend bis an ihr Lebensende zu begleiten. Die Kantone haben das Problem der steigenden Zahl betagter, schwerkranker Gefangener erkannt und sind bereits aktiv geworden, unterstreicht der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Interpellation «Für ein menschenwürdiges Lebensende im Gefängnis und ausserhalb des Gefängnisses» (16.3736) von Nationalrätin Liliane Maury Pasquier. Er ist überzeugt, dass die Kantone dieser Thematik gebührend Rechnung tragen und das Nötige vorkehren, um einen den Empfehlungen der Nationalfondsstudie «Lebensende im Gefängnis» entsprechenden Straf- und Massnahmenvollzug zu gewährleisten.

Zugang zu sterilem Injektionsmaterial

Der Bundesrat geht davon aus, dass die Kantone und die Institutionen des Freiheitsentzugs den Verpflichtungen des am 1. Januar 2016 in Kraft getretenen Epidemiengesetz zügig nachkommen und allen Personen in ihrer Obhut geeignete Massnahmen zur Verhütung von Infektionskrankheiten anbieten, namentlich den Zugang zu sterilem Injektionsmaterial und zu einer betäubungsmittelgestützten Behandlung. Dies schreibt er in seiner Antwort auf die Interpellation «Politik der Schadensminderung im Gefängnis. Antrag auf Standortbestimmung» (16.3986) von Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle.

Beim Zugang zu schadenmindernden Massnahmen im Freiheitsentzug bestehen bedeutsame Unterschiede, wie der Antwort weiter zu entnehmen ist. So bieten in der Schweiz zurzeit nur 15 Institutionen des Freiheitsentzugs Zugang zu sterilem Injektionsmaterial für Drogenabhängige an. Massnahmen zur Verhinderung oder Verminderung von gesundheitlichen Schäden bei Personen mit suchtbedingten Störungen liegen in der Kompetenz der Kantone. Der Bund unterstützt sie bei dieser Aufgabe. Der Bundesrat erinnert daran, dass das Bundesamt für Gesundheit von 2008 bis 2013 mit dem Bundesamt für Justiz und der KKJPD das Projekt «Bekämpfung von Infektionskrankheiten im Freiheitsentzug» (BIG) durchgeführt hat.



Die Institutionen des Freiheitsentzugs müssen allen Personen in ihrer Obhut Zugang zu sterilem Injektionsmaterial und zu einer betäubungsmittelgestützten Behandlung anbieten.

Foto: Peter Schulthess

Haftprüfung: Bund sieht keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf

Schweiz hat EGMR-Urteil umgesetzt

Die Schweiz hat gemäss eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 10. Mai 2016 wegen übermässiger Dauer der Haftprüfung die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzt. In seinem Bericht vom 3. Februar 2017 zuhanden des Ministerkomitees erläutert das Bundesamt für Justiz (BJ), wie die Schweiz dieses Urteil umgesetzt hat. Um ähnliche Verletzungen der EMRK zu verhindern, ist nach Ansicht des BJ keine Gesetzesrevision auf Stufe Bund erforderlich.

Der Beschwerdeführer war 2002 vom Bezirksgericht Zürich wegen Fahrens in ange-trunkenem Zustand zu einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden (siehe info bulletin 2/2016). Gleichzeitig hatte das Gericht gestützt auf ein psychiatrisches Gutachten die Verwahrung angeordnet und den Vollzug der Gefängnisstrafe aufgeschoben. Das Obergericht Zürich reduzierte die Ge-

fängnisstrafe auf viereinhalb Monate, bestätigte aber die Verwahrung.

Im Jahr 2008 stellte der Beschwerdeführer ein Gesuch um Aufhebung der Verwahrung, das zunächst vom Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich, dann von der Justizdirektion des Kantons Zürich, in der Folge vom Verwaltungsgericht des Kantons Zürich und schliesslich vom Bundesgericht abgewiesen wurde. Vor dem EGMR rügte der Beschwerdeführer eine Verletzung des Rechts auf gerichtliche Überprüfung der Rechtmässigkeit der Haft innerhalb kurzer Frist (Artikel 5 Absatz 4 EMRK).

Der EGMR bejahte in seinem Urteil vom 10. Mai 2016 eine Verletzung der EMRK. Er erinnerte daran, dass die gerichtliche Haftprüfung innert kurzer Frist («à bref délai») erfolgen müsse. Dieses Beschleunigungsgebot gelte für alle Instanzen, die mit dem Entlassungsgesuch befasst sind. Der EGMR unterstrich, dass im vorliegenden Fall zwischen dem Haftentlassungsgesuch und der

Prüfung durch das Verwaltungsgericht fast elf Monate vergangen waren. Diese Dauer sei im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Kanton Zürich zunächst zwei nicht-richterliche Instanzen durchlaufen werden müssen, bevor das von der EMRK verlangte Gericht den Fall prüfen kann.

Beschwerdeführer entschädigt

In seinem Bericht vom 3. Februar 2017 informierte das BJ das Ministerkomitee, dass der Beschwerdeführer die vom EGMR zugesprochene Entschädigung in Höhe von 12 000 Euro erhalten hat. Auf eine Revision des Entscheides des Bundesgerichts im Lichte des Urteils des EGMR verzichtete der Beschwerdeführer.

Das BJ führte weiter aus, dass die schweizerischen Behörden und Gerichte – wie üblich – das Urteil des EGMR umsetzen werden. Mit Blick auf die Rechtsprechung des EGMR gehe das BJ davon aus, dass es sich beim vorliegenden Fall um einen Einzelfall handelt. Deshalb erübrigten sich weitere Massnahmen des Bundes (wie etwa eine Revision des Strafgesetzbuches oder der Strafprozessordnung). Die Behörden des Kantons Zürich hätten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Rekurswege in ähnlichen Situationen überprüfe und gegebenenfalls Gesetzesänderungen vorschlagen werde. (gal)



In den letzten zehn Jahren hat es nur zwei Fälle gegeben, bei denen die Schweiz laut EGMR (Bild) wegen übermässiger Dauer der Haftprüfung die EMRK verletzt hat.

Kurzinformationen

Etwas mehr Jugendliche fremdplatziert und Erwachsene inhaftiert

Am 7. September 2016 waren schweizweit 477 Minderjährige nach Begehung einer Straftat ausserhalb ihrer Familien platziert (+ 22 Personen mehr im Vergleich zum Vorjahr). Am gleichen Tag waren 6912 Erwachsene in den Justizvollzugsanstalten inhaftiert (+ 28 Personen). Dies geht aus der neusten Erhebung zum Freiheitsentzug und Jugendsanktionsvollzug des Bundesamts für Statistik (BFS) hervor.

Am Stichtag waren 262 Jugendliche vorsorglich – d.h. bereits während der Untersuchungsphase – und 215 nach einem Urteil ausserhalb ihrer Familien untergebracht. Die Jugendlichen werden überwiegend spezialisierten Einrichtungen anvertraut. Die alternative Unterbringung in einer Familie wird immer seltener genutzt.

Nur bei den vorsorglich fremdplatzierten Jugendlichen kam es zu einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Anstieg während der Untersuchungsphase kann sowohl durch eine vermehrte Straffälligkeit bei Jugendlichen, deren persönliche Umstände eine Fremdplatzierung nötig machen, als auch durch eine Praxisänderung der Jugendanwaltschaften zu mehr stationären Massnahmen erklärt werden.

Am Stichtag 2016 waren 6912 der 7493 Haftplätze in den 114 Justizvollzugsanstalten belegt. Mit 92 Prozent lag die Belegungsrate 2 Prozentpunkte tiefer als 2015. Der Grund liegt in den zusätzlichen 128 Plätzen in der lateinischen Schweiz. Etwas mehr als die Hälfte der Inhaftierten (3670 Personen) waren verurteilt, ein Viertel sass in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft (1745 Personen), 15 Prozent im vorzeitigen Strafvollzug (1032 Personen) und 7 Prozent waren aus einem anderen Haftgrund inhaftiert (465 Personen).

Link: www.bfs.admin.ch

Patrick Cotti wird Direktor des Schweizerischen Kompetenzzentrums Justizvollzug

Der von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) eingesetzte Stiftungsrat des Schweizerischen Kompetenzzentrums Justizvollzug (SKJV) hat am 5. Mai 2017 alt Regierungsrat Patrick Cotti (Foto) einstimmig zum Direktor des künftigen Kompetenzzentrums gewählt.



Foto: ZVG

Cotti wird ab 1. August 2017 den Aufbau des SKJV in Angriff nehmen und gleichzeitig die Leitung des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal (SAZ) übernehmen.

«Cotti empfahl sich aufgrund seiner Führungsqualitäten und seiner breiten Erfahrung mit umfangreichen Aufbau- und Reorganisationsprojekten sowohl im Justizvollzugs- wie auch im Bildungsbereich für diese anspruchsvolle Position», wie die KKJPD in einer Medienmitteilung schreibt. Er verfügt über fachliche Kenntnisse im Bereich des Justizvollzugs aus seiner Zeit als Direktor der Strafanstalt Zug wie auch im Bereich Erwachsenenbildung, mit der er sich zuletzt als Leiter des Laufbahnzentrums Zürich intensiv befasst hat. Als ehemaligem Regierungsrat des Kantons Zug sind ihm ausserdem die politischen Prozesse in den Kantonen bestens bekannt.

Der amtierende SAZ-Direktor Thomas Noll hat sich für die neue Leitungsposition nicht zur Verfügung gestellt. Er kehrt zu seinen beruflichen Wurzeln zurück und wird im September im Psychiatrisch-Psychologischen Dienst des Zürcher Amts für Justizvollzug eine Stelle als forensischer Psychiater antreten.

Plattform «Casadata» aufgeschaltet

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat im Januar 2017 «Casadata», die Plattform für Heimerziehung und Familienpflege, aufgeschaltet. Diese Plattform ist schweizweit der erste Ort (www.casadata.ch), wo alle Daten zu diesen beiden Themen gesammelt werden.

Die Informationssammlung über die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien gliedert sich in drei Hauptbereiche. Der erste Bereich umfasst Informationen über Projekte, Konzepte und politische Diskussionen. Geliefert werden die Inhalte von Einrichtungen, kantonalen Verwaltungen, Vereinigungen und Forschungsstätten. Der zweite Bereich vernetzt die relevanten Statistiken des Bundesamtes für Statistik und der Konferenz für Kindes und Erwachsenenschutz (KOKES). Der dritte Bereich erfasst Daten über das Angebot an Heimplätzen und Pflegefamilien sowie dessen Nutzung durch die Kinder und Jugendlichen. Die Daten werden direkt von den Heimen und Kantonen online eingegeben.

Seit Januar 2017 werden vorderhand die Daten aller vom BJ anerkannten Einrichtungen gesammelt und aufgeschaltet. Einige Kantone haben bereits begonnen, die Pflegefamilien und Pflegekinder zu erfassen. In einem nächsten Schritt sollen alle weiteren stationären Angebote möglichst lückenlos erhoben werden. Diese Datensammlung will mittelfristig einen Überblick über die schweizweite Sicht der stationären Angebote und die Pflegekinder in der Schweiz bieten sowie Grundlagen für Fachdiskussionen sowie für strategische Entscheide zur Verfügung stellen.

Ein ausführlicher Bericht über die Umsetzung und die ersten Auswertungsergebnisse folgt in #prison-info 2/2017. Kontakt: beatrice.kalbermatter@bj.admin.ch

Veranstaltungen

Subventionen auf dem Prüfstand

Im Rahmen der Staatsrechnung 2016 sind turnusgemäss die durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ausgerichteten Subventionen überprüft worden. Bei den Subventionen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs besteht nach Ansicht des Bundesrates möglicherweise Optimierungspotential in der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Bei einer Aufgabenentflechtung im Sinne einer Stärkung der Rolle der Kantone könnte sich der Bund von den Betriebsbeiträgen an Erziehungseinrichtungen und Baubeiträgen an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten gegebenenfalls entlasten, schreibt der Bundesrat in der Staatsrechnung 2016. Demgegenüber wäre zu prüfen, ob der Bund bei der Ausbildung des Strafvollzugspersonals (SAZ) sowie der Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Konzepte im Straf- und Massnahmenvollzug (Modellversuche) eine stärkere Rolle einnehmen soll.

Punktuelle Aufgabenentflechtungen sind allerdings schwierig zu bewerkstelligen. Zurzeit wird im Rahmen der Umsetzung der Motion 13.3363 «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» ein Bericht erarbeitet. Gestützt auf diesen Bericht werden der Bundesrat und die Kantonsregierungen prüfen, ob sie ein Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) 2» in Angriff nehmen wollen. In ein solches Projekt könnte auch die Aufgabenteilung im Straf- und Massnahmenvollzug integriert werden.

Ausstellung 2.0 im Schopf Bildungs | Gang – Das Interaktionserlebnis zwischen Fachreferat und Ausstellungsbesuch

Die Jubiläumsausstellung der Stiftung Gott hilft «Wenn es scheinbar nicht mehr weitergeht – 100 Jahre Kinder- und Jugendhilfe» wird neu bespielt. Im Mittelpunkt stehen die Fachreferate zu den verschiedenen Themen Spiritualität, Pädagogik und Biografiearbeit. Interessierte Gruppen oder Institutionen haben die Möglichkeit, die thematischen Referate durch Fachleute der Stiftung Gott hilft mit oder ohne Führung durch die Ausstellung zu erleben. Der Anlass kann auch mit einer internen Sitzung oder einem Ausflug in die nahe gelegene Bündner Herrschaft mit ihren Gasthöfen und Rebbergen kombiniert werden. Im Ambiente der Ausstellungsräumlichkeiten ist auch ein Besuch der «Box im Schopf – der etwas andere Laden» empfehlenswert. Mit der Ausstellung 2.0 im Schopf lädt die Stiftung Gott hilft zu einem spannenden Betriebsausflug oder Teamevent ein, wo das Erlebnis in der Interaktion zwischen Fachreferat und Ausstellungsbesuch kombiniert werden kann – ein Bildungs | Gang der besonderen Art.

Veranstalter

Stiftung Gott hilft, Zizers

Datum

nach Anfrage – Termine sind individuell und flexibel buchbar

Ort

«im Schopf», Kantonsstrasse 6, 7205 Zizers

Sprache

Deutsch, auf Wunsch Ausstellungsführung in Englisch möglich

Weitere Informationen

www.stiftung-gotthilft.ch/Ausstellung

Fürsorge oder Präventivhaft? Zum Zusammenwirken von strafrechtlichen Massnahmen und Erwachsenenschutz

Die Schnittstelle zwischen strafrechtlichen Massnahmen und Erwachsenenschutz wirft vermehrt ungeklärte Fragen auf. Auf den ersten Blick ist die Leitlinie im Erwachsenenschutz Fürsorge, während es bei strafrechtlichen Massnahmen um Rückfallprävention geht. Tatsächlich haben aber Erwachsenenschutz und strafrechtliche Massnahmen wohl mehr gemeinsam, als sich vermuten liesse. Auf beiden Seiten bedient sich das Recht psychosozialer Instrumente, setzt aber auch Zwangsmittel zur Durchsetzung der Massnahmen ein. Eine Reflexion ist daher unabdingbar. Denn gerade wohlmeinende Eingriffe müssen sich daran messen lassen, ob sie die Betroffenen als Verfahrenssubjekte ernst nehmen und nicht zu Verfahrensobjekten degradieren. Die Tagung betritt Neuland. Sie geht von aktuellen Praxisfragen aus und behandelt dann grundlegende Themen. Sie sucht nach Antworten, worin sich die beiden Systeme unterscheiden, aber auch wie sie optimal zusammenwirken könnten.

Organisation

Tagung der Fachgruppe «Reform im Strafwesen», Leitung: Hans-Peter von Däniken, Direktor Paulus Akademie, und Prof. Dr. Martino Mona, Universität Bern

Datum

7./8. September 2017

Ort

Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich

Sprachen

Deutsch und Französisch (mit Simultanübersetzung)

Weitere Informationen

www.paulusakademie.ch

Neuerscheinungen



Ruedi Beeler

Praktische Aspekte des formellen Untersuchungshaftrechts nach Schweizerischer Strafprozessordnung

223 Seiten – CHF 60.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-3077-6



Diego R. Gfeller | Adrian Bigler |
Duri Bonin (Autoren)

Untersuchungshaft. Ein Leitfaden für die Praxis

350 Seiten – CHF 128.00
Schulthess Verlag, Zürich
ISBN/ISSN 978-3-7255-7074-4



Daniel Fink | Stefan Keller |
Madleina Manetsch | Christian
Schwarzenegger (Herausgeber)

Evaluation, Kriminalpolitik und Strafrechtsreform / Evaluation, politique criminelle et réforme du droit pénal

(deutsch/französisch)
227 Seiten – CHF 62.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-8996-5



Daniel Fink

Kriminalstatistik. Studien zur Geschichte der Kriminal- und Strafrechtsstatistiken der Schweiz / Le compte du crime. Etudes d'histoire des statistiques de la criminalité et du droit pénal de la Suisse

(deutsch/französisch)
256 Seiten – CHF 68.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-3238-1



Marianne Heer | Elmar Habermeyer |
Bernard, Stephan (Herausgeber)

Erkenntnisse von Fachkommissionen – Chance einer umfassenden Überprüfung oder Instrument der Repression? Psychiatrische Gutachten im Fokus des Bundesgerichts – Gerechtfertigte Strenge oder zu hohe Anforderungen?

100 Seiten – CHF 49.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-8997-2



Mirjam Loewe-Baur

Der Risikoorientierte Sanktionenvollzug (ROS). Ergebnisse und Erkenntnisse einer Evaluation

178 Seiten – CHF 54.00
Dike Verlag, Zürich
ISBN: 978-3-03751-915-8

«Auch Gefängnisinsassen können Künstler sein»

Eine ehemalige Gefängnisdirektorin äussert sich über Kunst im Knast

Im Gefängnis sitzen Menschen, die durch ihre Taten Leid über andere Menschen gebracht haben. Während meiner Arbeit als Leiterin des Berner Regionalgefängnisses habe ich aber auch andere Facetten dieser Menschen kennengelernt. Es sind Menschen mit Gefühlen. Das künstlerische Schaffen hilft diese Gefühle auszudrücken. Ihre Bilder sind teilweise sehr beeindruckend und werden jetzt in einer Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Marlise Pfander



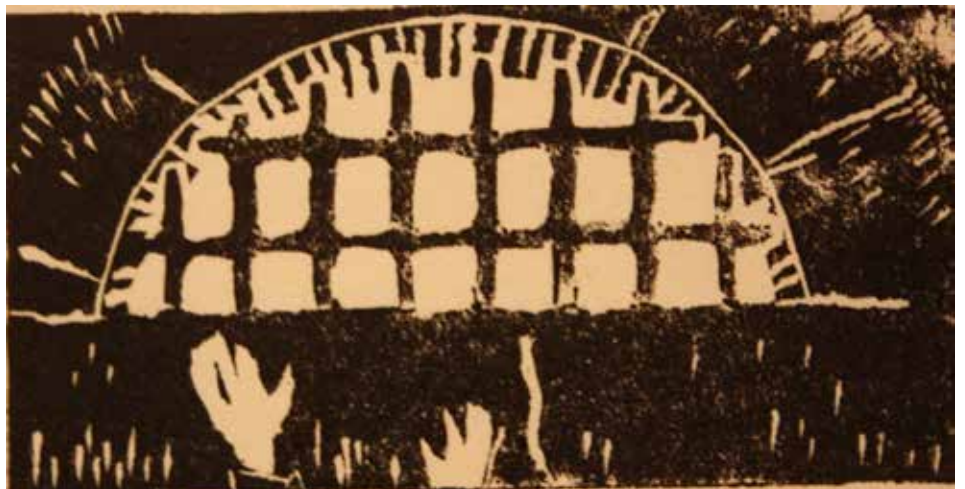
Marlise Pfander, ehemalige Leiterin des Berner Regionalgefängnisses und Präsidentin des Vereins «Kunst im Knast».

Malen, Töpfern, Schnitzen und die anderen künstlerischen Freizeitangebote im Gefängnis sind mehr als ein netter Zeitvertreib. Oftmals bieten sie den Insassen ein Ventil, um ihre Gefühle herauszulassen und ihnen Ausdruck zu verleihen. Gerade Menschen, denen es schwer fällt, die eigenen Gefühle überhaupt zu erkennen, bietet die künstlerische Tätigkeit einen Zugang zu sich selbst und unterstützt damit einen therapeutischen Prozess. Die Selbstreflexion, die durch das Kunstwerk bildlich dargestellt und offenbart wird, ist häufig sehr beeindruckend. So zeigt beispielsweise das Selbstporträt auf einer Spiegelscherbe das gebrochene «Ich» des Künstlers.

Es geht an dieser Stelle nicht darum, die Tat des Mannes zu beurteilen. Diese Aufgabe haben andere Instanzen bereits übernommen. Es geht viel mehr darum, das Bild an sich zu betrachten – egal ob der Künstler ein Straftäter ist oder nicht. Die intimen Gefühle

des Inhaftierten werden im übertragenen Sinn dargestellt. Es zeigt, wie er sich selbst sieht und vielleicht auch, was der Strafvollzug im besten Fall zu leisten vermag: die Verminderung der Rückfallquote und eine bessere Wiedereingliederung in die Gesellschaft dank der Entwicklung sozialer Kompetenzen. Neben Gefühlen wie Angst, Verzweiflung oder Einsamkeit zeigen die Werke auch Bilder aus dem Alltag hinter Gittern. Eindrücklich finde ich das Sujet eines Zellenfensters und der Hand, die das Fenster nicht zu ergreifen vermag. Es zeigt Verzweiflung. Trauer darüber, dass das Leben ohne einen selbst stattfindet.

Es gibt Bilder von Gefängnisinsassen, die sind so gut – ich würde sie sofort kaufen. Aktuell werden ausgewählte Kunstwerke in einer Ausstellung mit dem Namen «Knastkunst 2017» im Museum der Schweizer Heilsarmee in Bern gezeigt. Zu sehen sind 25 Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen von Gefangenen der Strafanstalten Lenzburg im Kanton



Aargau und Saxerriet im Kanton St. Gallen. Organisiert wird die Ausstellung vom Verein «Kunst im Knast». Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, das künstlerische Schaffen der Gefängnisinsassen zu fördern. Geplant ist neben weiteren Ausstellungen in der ganzen Schweiz die Verleihung des sogenannten «Knastkunstpreises». Mit diesem Preis sollen künftig die besten Werke von Strafgefangenen prämiert werden. Weiter soll es auch eine Auszeichnung für Vollzugsanstalten geben, die das Kunstschaffen hinter ihren Mauern besonders fördern.

«Es gibt Bilder, die würde ich sofort kaufen»



Links: Fenster und Hand;
Rechts: Spiegelscherbe.
Fotos: Dominique Boillat

«Nur wenige kennen wirklich das dunkle Gesicht des Menschen. Im Gefängnis sieht man es jeden Tag, oft mit Schrecken. Umso mehr schätzt man dann die schönen Dinge, die schönen Landschaften, die Bücher. Kurz, die Freiheit.»

Constantin Franziskakis,
Direktor des Gefängnisses von Champ-Dollon
von 2008 bis 2017 (Tribune de Genève, 11. Mai 2017)

Berichtigung

In der Ausgabe 2/2016 hat sich bei der Redaktion des Interviews mit Olivier Rogivue («Lebensende in Haft», S. 17) leider ein Fehler eingeschlichen. Seine Antwort lautet richtig: «Der Dienst für Medizin und Psychiatrie in den Strafanstalten (SMPP) kann Inhaftierte mit speziellen medizinischen Bedürfnissen intern mit Hilfe der angestellten Ärzte und Psychiater und des Pflegedienstes betreuen. Möglich ist auch

eine externe Betreuung über das Universitätsspital des Kantons Waadt (CHUV) bzw. die Unité hospitalière de psychiatrie pénitentiaire (UHPP) [nicht: die Kinderpsychiatrische und Pädiatrische Station (UHPP)] von Curabilis, wo Inhaftierte für ein paar Tage bis zu ein paar Wochen verlegt werden können. Diese Einrichtungen befriedigen dringende und zwingende Gesundheitsbedürfnisse der einzelnen Inhaftierten.»

20 Jahre «info-bulletin» als PDF im Internet



Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Dr. Ronald Gramigna, ronald.gramigna@bj.admin.ch

Redaktion: Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Nathalie Buthey (nathalie.buthey@bj.admin.ch), Charlotte Spindler, Journalistin BR, Zürich
Übersetzung: Raffaella Marra

Administration und Logistik: Andrea Stämpfli (andrea.staempfli@bj.admin.ch)

Layout, Druck und Versand: BBL – MediaCenter Bund, Bern

Bestellung, Anfragen und Adressänderungen
Printversion: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern, +41 58 462 41 28 (andrea.staempfli@bj.admin.ch)

Internetversion: www.prison-info.ch

Copyright/Abdruck: © Bundesamt für Justiz
(Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

Titelbild: Curabilis, GE. Foto: Peter Schulthess

42. Jahrgang, 2017 / ISSN 1661-2612

Seit 1997 wird das vom Bundesamt für Justiz herausgegebene «info-bulletin» auch im Internet veröffentlicht. Unter www.prison-info.ch sind 49 Ausgaben, 3 Sonderausgaben sowie 13 Inhaltsverzeichnisse abrufbar. Diese Sammlung gibt einen Einblick in die jüngste Geschichte des Straf- und Massnahmenvollzugs in der Schweiz und kann zudem von den Fachleuten sowie von der interessierten Öffentlichkeit auch als Nachschlagewerk genutzt werden. Wie breit die Themenvielfalt ist, zeigt eine Auswahl der letzten Jahre: Jugendliche in U-Haft, Neue Strafvollzugsgrundsätze, Ausländer im Gefängnis, Neuer Wind in der Bewährungshilfe, Architektur und Freiheitsentzug, Jugendeinrichtungen – Gegen Gewalt, Arbeit im Gefängnis, Strafanstalt statt Klinik, Der individuelle Vollzugsplan, Sexualität, Plätze gesucht, Die Mitarbeitenden im Brennpunkt, Geschlossene Erziehungseinrichtungen, Modellversuche, Gesundheitsversorgung, Frauenvollzug, Untersuchungshaft, Lebensende im Justizvollzug.

Die erste Ausgabe dieser Publikation erschien 1976 unter dem heute verstaubt anmutenden Titel «Informationen der Eidgenössischen Justizabteilung an die Organe des Straf- und Massnahmenvollzugs». Im Verlauf der Jahre mauserte sich das schlichte Informationsblatt ohne redaktionelle Beiträge zu einer modernen Fachzeitschrift, die seit 2017 neu #prison-info heisst. Auch wenn sich Titel, Aufmachung und Inhalt in den letzten vier Jahrzehnten stark gewandelt haben, ist doch der Informationsauftrag der gleiche geblieben und angesichts seiner Bedeutung überdies gesetzlich verankert worden (siehe Art. 17 LSMG).

#prison-info

Die letzte Seite

Blick über die Grenze. Zwölf-Bett-Zelle in der portugiesischen Strafanstalt Estabelecimento Prisional de Izeda, nahe der Grenze zu Spanien. Die ursprünglich als Kinderheim des weltweit tätigen Ordens «Salesianer Don Boscos» (SDB) gebaute Anlage wurde später vom Staat übernommen und umgebaut. Seit 1995 wird sie als Vollzugsanstalt mit einer Kapazität von 300 Plätzen genutzt. Die ehemaligen hohen Schulräume dienen heute als Zellen. Izeda ist eines der wenigen nicht überfüllten Gefängnisse Portugals. Foto: Peter Schulthess für die Ausstellung «the portuguese prison photo project» in Porto (9. September bis 3. Dezember 2017, www.prisonphotoproject.pt).



#prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

1/2017



Traitement institutionnel des délinquants souffrant de troubles mentaux

4 – 31

**Un partenaire dans la lutte
anti-terroriste**
34

**Différentes pratiques
en matière de libération
conditionnelle**
35



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ



Ronald Gramigna,
éditeur de #prison-info

Chère lectrice, cher lecteur,

Vous tenez entre vos mains le nouveau numéro de ce qui était anciennement notre «**bulletin info**». Vous l'avez en effet forcément remarqué: notre magazine a fait peau neuve, avec un changement de nom et de mise en page. Après nous être inscrits dans la continuité pendant de longues années, nous avons décidé de revoir son visuel. Le nouveau titre «**#prison-info**» se veut plus clair et plus concis, tandis que la nouvelle présentation apporte plus de contraste, rendant la lecture plus attrayante. Je me réjouis de voir que nous avons su faire preuve d'innovation tout en conservant les éléments qui ont fait le succès de ce magazine qui, soit dit en passant, est la seule publication de l'Office fédéral de la justice (OFJ).

Sur le plan du contenu, notre magazine reste naturellement fidèle au domaine de l'exécution des peines et mesures. Dans ce numéro, nous nous sommes plus particulièrement intéressés aux mesures institutionnelles, c'est-à-dire au traitement des délinquants souffrant de troubles psychiques qui, pour différentes raisons, donne toujours lieu à des débats techniques mais aussi politiques. Comme toujours, nous avons essayé d'aborder ce sujet sous tous ses aspects et sous différents angles. Nous avons également décidé d'informer nos lecteurs de façon plus complète et plus continue sur les nouveautés, développements et défis que connaît le domaine de l'exécution des peines et mesures en Suisse.

Je tiens encore une fois à remercier les auteurs qui, par leurs articles, contribuent dans une large mesure à ce que notre magazine puisse paraître sous cette forme. J'adresse également mes remerciements à notre nouveau rédacteur, Folco Galli, le chef de l'information de l'OFJ, qui a accéléré le processus de refonte du magazine avec enthousiasme et détermination, ainsi qu'à Peter Schulthess, dont nous découvrons pour la première fois les impressionnants clichés en couleur. Bonne lecture !

Version en ligne:



Sommaire

Coup de projecteur: Traitement institutionnel des délinquants souffrant de troubles mentaux



Photo: Peter Schulthess

Le traitement institutionnel des délinquants souffrant de troubles mentaux a fait l'objet d'une étude et de recommandations de la Commission nationale de prévention de la torture. Dans notre coup de projecteur, nous présentons également la situation du point de vue des tribunaux, des experts et des commissions spécialisées et nous intéressons aux modalités concrètes d'exécution des mesures institutionnelles.

- 4 Gros plan sur le traitement institutionnel des délinquants souffrant de troubles mentaux
- 11 Améliorer l'exécution des mesures thérapeutiques
- 14 «Nous ne ressentons aucune pression quant à la manière dont nous devons rendre nos jugements»
- 18 L'expertise psychiatrique: «un outil à l'usage de la justice pénale»
- 21 Tenir davantage compte du risque pour prévenir la récidive
- 24 De nombreuses personnes ne sont pas au bon endroit
- 25 Tout fait partie de la thérapie
- 29 Des possibilités d'amélioration dans un domaine professionnel difficile
- 33 Cinq questions à Roland Zurkirchen
- 34 «Un partenaire dans la lutte anti-terroriste»
- 35 Libération conditionnelle: Code pénal versus pratique(s)

Mieux détecter les délinquants pédosexuels



Image: Screenshot Not-Real People

La Clinique de psychiatrie légale de Bâle vient d'achever un projet pilote qui a permis de mettre au point des bases de diagnostic, d'évaluation des risques et de traitement plus nuancées et plus fiables. D'autres recherches scientifiques sont toutefois nécessaires pour répondre aux nombreuses questions qui subsistent.

- 38 Mieux détecter les délinquants pédosexuels
- 40 Offrir la meilleure des éducations aux jeunes traumatisés
- 42 En direct du Parlement
- 44 Contrôle de la légalité de la détention: la Confédération ne juge pas utile de légiférer
- 45 Brèves
- 46 Manifestations
- 47 Nouveautés

Art en prison



Photo: Dominique Boillat

L'association «Art en prison» a pour but de promouvoir la créativité artistique des personnes détenues. L'art permet à ces dernières d'accéder à elles-mêmes, venant s'inscrire en soutien d'un processus thérapeutique. Une sélection de tableaux, dessins et sculptures est actuellement exposée au musée de l'Armée du Salut à Berne.

- 48 «Les détenus peuvent, eux aussi, être des artistes»



L'étude prend en considération les Etablissements de la plaine de l'Orbe (photo) ainsi que douze autres institutions.

Photo: Peter Schulthess

Gros plan sur le traitement institutionnel des délinquants souffrant de troubles mentaux

Résultats d'une étude destinée à la CNPT

Une équipe de recherche de l'Université de Berne a analysé, sur mandat de la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT), le prononcé et l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles au sens de l'art. 59 al. 3 du Code pénal (CP). Elle a cherché, au travers d'une analyse de dossiers, à en savoir plus sur les détenus et sur les raisons pour lesquelles ils avaient été condamnés à une mesure. Elle s'est également intéressée au déroulement de cette mesure et à ses modalités d'exécution. Les praticiens interrogés à la suite de cette analyse jugent en particulier problématiques les séjours parfois très longs dans les sections fermées et le manque de motivation de certains détenus à se soumettre à un traitement. Ils estiment par ailleurs qu'il sera à l'avenir de plus en plus difficile de recruter du personnel bien formé.

Jonas Weber

Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), le nombre de personnes placées dans un établissement pénitentiaire après avoir été condamnées à une mesure thérapeutique institutionnelle au sens de l'art. 59 CP n'a cessé d'augmenter à l'échelle nationale depuis l'entrée en vigueur du nouveau droit des sanctions, passant de 186 en 2007 à 449 en 2014. Il convient de préciser que les personnes placées à la suite d'une condamnation dans une unité de médecine légale d'un hôpital de psychiatrie générale ne sont pas prises en compte ici. Parallèlement, la proportion de personnes condamnées à une mesure institutionnelle au sens de l'art. 59 CP parmi les personnes condamnées à une mesure institutionnelle (art. 59, 60, 61 et 64 CP) a grimpé de 32 % en 2007 à 57 % en 2014. Cette hausse s'explique, tout d'abord, par le plus grand nombre de mesures ordonnées en application de l'art. 59 CP et par la transformation

des mesures d'internement prononcées en vertu de l'ancien droit. Elle est en outre due au fait que la durée du placement jusqu'à la libération conditionnelle a quasiment doublé durant cette période.

Dans ce contexte, la CNPT a chargé, au printemps 2014, l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne de réaliser une étude sur le prononcé et l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles en application de l'art. 59 al. 3 CP, en se concentrant sur les établissements d'exécution des mesures fermés et les établissements pénitentiaires fermés.

Mandat et conditions-cadres

L'Institut de droit pénal et de criminologie était notamment chargé de recueillir et de traiter des données relatives au prononcé et à l'exécution de mesures thérapeutiques au sens de l'art. 59 al. 3 CP.



Jonas Weber, professeur à l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne

«Le nombre de personnes condamnées à une mesure au sens de l'art. 59 CP est passé de 186 en 2007 à 449 en 2014.»

Le but était ici que la CNPT dispose d'informations complémentaires – par rapport à celles déjà obtenues dans le cadre de ses visites effectuées dans différents établissements pénitentiaires – pour pouvoir formuler une appréciation et des recommandations.

L'enveloppe budgétaire de CHF 20 000.– prévue pour cette étude était relativement restreinte. Les possibilités de collecte et d'analyse des données mais aussi de compte rendu, qui étaient fonction de cette enveloppe, ont au fur et à mesure été quelque peu étendues grâce à un travail de master – rédigé dans le cadre d'une formation continue à l'Université de Berne – qui a été intégré à l'étude.

Structure de l'étude

L'étude comprend quatre parties. La première contient une analyse d'ouvrages doctrinaux et de travaux préparatoires relatifs aux art. 56 et 59 CP. On s'est ici intéressé à l'esquisse d'acte normatif sur laquelle le législateur s'est fondé pour élaborer ces dispositions et à l'intention qui animait celui-ci. Il a également fallu prendre en considération les différentes révisions partielles ayant amené, à plusieurs reprises, à modifier les dispositions initialement proposées par le Conseil fédéral. Compte tenu du budget à disposition, l'équipe en charge de l'étude a dû renoncer à l'analyse de la jurisprudence du Tribunal fédéral. Dans la deuxième partie, sont présentés les résultats de l'analyse quantitative des dossiers, auxquels la suite de cet article sera essentiellement consacrée.

Il est ressorti de l'étude des dossiers qu'une simple analyse quantitative n'était pas suffisante pour se faire une idée des nombreux problèmes qui apparaissaient au cas par cas. C'est pourquoi, les dossiers ont, dans un second temps, fait l'objet d'une analyse qualitative qui a consisté à rechercher d'éventuelles failles à la lumière des connaissances préalables documentées dans la première partie, pour les soumettre ensuite à une analyse critique. Cette troisième partie avait pour but de passer en revue les aspects qui paraissent problématiques dans certains dossiers.

Enfin, dans la quatrième partie de l'étude, sont présentés les résultats de l'analyse des entretiens menés avec des directeurs et des responsables de huit institutions. Il s'agissait ici de connaître le point de vue des établissements sur différents aspects de l'exécution des mesures en milieu fermé.

Méthodologie utilisée pour l'analyse des dossiers

La CNPT a demandé que l'étude prenne en compte les treize établissements suivants: Etablissement d'exécution des peines de Bellevue (NE), Etablissement pénitentiaire fermé de Curabilis (GE), Etablissements pénitentiaires de la plaine de l'Orbe

(VD), Massnahmenzentrum Bitzi (SG), Etablissement pénitentiaire de Hindelbank (BE), Justizvollzugsanstalt Lenzburg (AG), Psychiatrische Klinik Münsterlingen (TG), Justizvollzugsanstalt Pöschwies (ZH), Justizvollzugsanstalt Solothurn (SO), Zentrum für stationäre forensische Therapie Rheinau (ZH), Etablissement pénitentiaire de St-Jean (BE), Etablissement pénitentiaire de Thorberg (BE), Strafanstalt Bostadel (ZG).

D'après les informations fournies par ces treize établissements, 288 personnes faisaient l'objet d'une mesure au sens de l'art. 59 al. 3 CP au jour du relevé, effectué fin septembre 2014. 20 cantons de placement étaient représentés dans cette population de base (AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, UR, VD, VS, ZG, ZH). Un échantillon aléatoire de 72 personnes, correspondant à 25 % de cette dernière, a été constitué. Cet échantillon a ensuite été complété – toujours par le biais d'une sélection aléatoire – de façon à ce que chaque institution et chaque canton de placement soient représentés par au moins un cas, ce qui a permis d'aboutir à un échantillon de 83 personnes.

Une première analyse a révélé que huit personnes exécutaient leur mesure de manière anticipée, c'est-à-dire que le jugement n'était, en l'espèce, pas encore exécutoire. Comme le mandat d'étude portait sur l'analyse du prononcé des mesures, ces huit cas ont été exclus de l'échantillon. C'est ainsi que l'on a obtenu un total de 75 cas, dont le dossier a par la suite été passé en revue.

Sur les 75 personnes qui composaient l'échantillon, seize étaient placées aux EP de la plaine de l'Orbe, onze au JVA Pöschwies, onze au Zentrum Rheinau, dix au MZ Bitzi, six à l'EP de Curabilis, six au JVA Solothurn, cinq à l'EP de Thorberg, trois à la Klinik Münsterlingen, deux à l'EP de Hindelbank, deux au JVA de Lenzburg, un à l'EP de Bellevue, un au SA Bostadel et un à l'EP de St-Jean.

L'analyse de dossiers a notamment porté sur les jugements pénaux dans lesquels la mesure était ordonnée, sur les jugements prononçant une prolongation de mesure, sur les décisions de placement, sur les expertises psychiatriques, sur les plans d'exécution, sur les décisions disciplinaires, sur les procès-verbaux relatifs aux mesures de contrainte et sur les recommandations des commissions spécialisées cantonales ou concordataires. Les dossiers ont été mis à la disposition de l'équipe de recherche par les autorités de placement. Il a fallu renoncer à l'analyse des procès-verbaux relatifs aux mesures de contrainte car leur contenu était trop différent et probablement souvent incomplet, si bien que les données recueillies n'ont pas paru pertinentes aux yeux de l'équipe en charge de l'étude.

Pour analyser les dossiers, ont été mis au point un questionnaire contenant 50 variables et une méthode de codage indiquant comment évaluer chaque variable. Les données obtenues ont ensuite été soumises au logiciel d'analyse statistique SPSS, qui a notamment permis de calculer les fréquences et les recoupements.

Données sociodémographiques

L'échantillon était constitué de 72 hommes et de trois femmes, dont la moyenne d'âge était de 39,8 ans. Le plus jeune avait 21 ans tandis que le plus âgé en avait 65. Trois personnes appartenaient à la tranche 18-24 ans, 28 personnes à la tranche 25-34 ans, 21 personnes à la tranche 35-44 ans et 17 personnes à la tranche 45-59 ans. Six personnes avaient 60 ans ou plus.

S'élevant à 28 % (n=21), la proportion d'étrangers (personnes n'ayant pas la nationalité suisse) dans l'échantillon était largement inférieure à la proportion d'étrangers dans la population carcérale. Parmi les 21 personnes qui n'avaient pas la nationalité suisse, neuf étaient titulaires d'une autorisation d'établissement et trois possédaient une autorisation de séjour. Dans deux cas, le dossier faisait mention d'un séjour illégal en Suisse et, dans sept cas, il ne comportait aucune indication relative au statut de séjour; seule la mention de la nationalité étrangère y figurait. La moyenne d'âge des étrangers de l'échantillon (34,7 ans) était inférieure à celle des Suisses (41,7 ans).

La grande majorité des personnes formant l'échantillon étaient célibataires (n=54, 72 %). Seize personnes (21,3 %) étaient séparées, trois (4 %) étaient mariées et deux (2,7 %) étaient veuves. Par ailleurs, 17 personnes (23 %) avaient au moins un enfant d'après les informations figurant dans leur dossier.

Avant cette incarcération, ils étaient huit (10,7 %) à exercer une activité à plein temps, trois (4 %) à occuper un emploi à temps partiel et cinq (6,7 %) à travailler de manière occasionnelle. En outre, 37 personnes (49,3 %) étaient sans emploi ou au chômage et seize personnes (21,3 %) bénéficiaient d'une rente-invalidité. Cinq personnes (6,7 %) étaient en cours de reconversion et une personne (1,3 %) travaillait dans un environnement protégé.

Troubles mentaux

Afin de recueillir des données sur les troubles mentaux, on a utilisé les expertises de psychiatrie légale sur lesquelles les juges s'étaient appuyés pour ordonner la mesure institutionnelle. 39 des 75 personnes qui composaient l'échantillon (52 %) faisaient l'objet de plusieurs diagnostics principaux. Ainsi, 35 d'entre elles présentaient deux pathologies principales tandis que les quatre autres souffraient

de trois pathologies principales. Des diagnostics secondaires avaient été posés chez deux personnes mais ils n'ont pas été pris en considération.

Les données sur les troubles mentaux ont été recueillies en procédant, lorsque c'était possible, c'est-à-dire dans 73 cas sur 75, à un relevé des codes CIM-10. Les troubles de la personnalité et du comportement (CIM-10, F60-69) (n=43; 35 %), les troubles mentaux et du comportement liés à l'utilisation de psychotropes (CIM-10, F10-19) (n=35; 29 %) ainsi que la schizophrénie, les troubles schizotypiques et les troubles délirants (CIM-10, F20-29) (n=29; 24 %) étaient les plus représentés dans l'échantillon. Venaient ensuite les troubles de l'humeur (affectifs) (CIM-10, F30-39) (n=7; 6 %), les retards mentaux (CIM-10, F70-79) (n=5; 4 %) ainsi que les troubles névrotiques, les troubles liés à des facteurs de stress et les troubles somatoformes (CIM-10, F40-48) (n=2; 2 %). Les diagnostics multiples ont été classés dans plusieurs catégories de troubles et non dans une seule et même catégorie.

Dans l'échantillon, personne ne souffrait de troubles mentaux organiques, y compris de troubles symptomatiques (CIM-10, F00-F09) ni de syndromes comportementaux associés à des perturbations physiologiques et à des facteurs physiques (CIM-10, F50-F59). Parmi les 39 personnes présentant des diagnostics multiples (comorbidité), le tableau clinique le plus fréquent était le double diagnostic F1 et F6 (14 personnes), suivi du double diagnostic F1 et F2 (8 personnes), puis du double diagnostic F2 et F6 (trois personnes).

L'analyse des expertises de psychiatrie légale a permis de mettre en évidence des différences considérables, notamment en ce qui concerne leur volume. On a ainsi pu observer une barrière du «rösti» entre la Suisse alémanique, où les expertises comportaient en règle générale une trentaine à une centaine de pages, et la Suisse romande, où les expertises n'excédaient pas dix à 20 pages. Cette disparité importante concernant le volume se reflétait également dans le contenu: les diagnostics étaient généralement beaucoup moins étayés dans les expertises romandes que dans les expertises alémaniques.

Responsabilité

On s'est par ailleurs penché, dans le cadre de l'analyse des expertises de psychiatrie légale, sur la responsabilité pénale de l'intéressé au moment des infractions ayant conduit le juge à ordonner une mesure thérapeutique institutionnelle. On a ainsi distingué trois types de cas: ceux dans lesquels l'auteur n'était pas responsable de ses actes, ceux dans lesquels il avait une responsabilité restreinte et ceux dans lesquels il était pleinement responsable. Lorsque plusieurs infractions avaient

«Pour analyser les dossiers, un questionnaire contenant 50 variables a été mis au point.»

«On a pu observer une «barrière du rösti» entre la Suisse alémanique et la Suisse romande pour ce qui est des expertises.»

«Les personnes qui composaient l'échantillon étaient privées de liberté depuis six ans et huit mois en moyenne.»

conduit le juge à ordonner un traitement institutionnel, on a regardé si la responsabilité était de la même nature pour toutes les infractions à l'origine de la mesure ou si elle était différente pour chacune d'entre elles. Les cas dans lesquels la responsabilité était différente ont été regroupés dans une seule et même catégorie.

Dans 64 cas (ici considérés comme 100 %), la responsabilité (ou l'irresponsabilité) portait sur l'ensemble des infractions commises. Douze personnes (19 %) avaient été jugées irresponsables, 38 (59 %) avaient une responsabilité restreinte et quatorze (22 %) étaient pleinement responsables. Dans dix cas, la responsabilité (ou l'irresponsabilité) lors des différentes infractions à l'origine de la mesure n'était pas la même.

Dans les douze cas où la personne avait été jugée irresponsable, le diagnostic de schizophrénie, troubles schizotypiques et troubles délirants (CIM-10, F20-29) était le plus fréquent (83 %). Dans les quatorze cas où la personne avait été jugée pleinement responsable, c'était, en revanche, les troubles de la personnalité et du comportement (CIM-10, F60-69) qui revenaient le plus souvent (79 %).

Type d'infractions commises

Ont été relevées toutes les infractions ayant, d'après les jugements pénaux analysés, été déterminantes dans la décision du juge d'ordonner une mesure thérapeutique institutionnelle. 23 personnes sur les 75 qui composaient l'échantillon avaient été condamnées à une telle mesure à la suite de plusieurs actes punissables. 25 infractions différentes ont été recensées dans l'échantillon. La

plus fréquente, avec 19 cas, était les lésions corporelles simples (art. 123 CP), suivie de l'homicide/meurtre (art. 111 CP) avec quatorze cas et des menaces (art. 180 CP) avec douze cas. Venaient ensuite les actes d'ordre sexuel avec des enfants (art. 187 CP) avec onze cas, puis le vol (art. 139 CP) et la contrainte (art. 181 CP), avec dix cas chacun.

Quotité de la peine

Sur les 75 personnes que comptait l'échantillon, 61 (81 %) avaient été condamnées à une peine en plus de la mesure thérapeutique institutionnelle au sens de l'art. 59 CP. Aucune peine n'avait été prononcée dans quatorze cas. Sur les 61 personnes condamnées à une peine, 60 avaient été condamnées à une peine privative de liberté de dix jours au minimum. La durée de cette peine était de quatre ans et quatre mois en moyenne, la plus longue étant de quatorze ans. La durée de la peine privative de liberté infligée était de moins d'un an dans neuf cas (15 %), comprise entre un an et trois ans dans 18 cas (30 %), comprise entre trois et six ans dans treize cas (22 %), comprise entre cinq et dix ans dans seize cas (27 %) et de plus de dix ans dans quatre cas (7 %).

Trois personnes avaient été condamnées à une peine pécuniaire: dans un cas, il s'agissait de la seule peine prononcée tandis que, dans les deux autres, elle venait s'ajouter à la peine privative de liberté. La peine pécuniaire s'élevait pour ces trois personnes à respectivement trois jours-amende, 20 jours-amende et 40 jours-amende. 23 personnes avaient, par ailleurs, été condamnées à une amende dont le montant allait de CHF 50.- à CHF 1500.-, avec une moyenne située à CHF 448.-.



Les lésions corporelles simples étaient l'infraction la plus fréquemment commise par les délinquants qui composaient l'échantillon.

Photo: Keystone

Jugement de récidive et recondamnation

La mesure thérapeutique qui était en cours d'exécution constituait la première condamnation pertinente pour 37 personnes (49 %). Six personnes (8 %) avaient auparavant fait l'objet d'une seule condamnation et les 32 restantes (43 %) avaient déjà été condamnées à plusieurs reprises pour des infractions du même type.

Autres mesures exécutées

Sur les 75 personnes que comptait l'échantillon, 43 n'avaient encore jamais été condamnées à une mesure de droit pénal avant cette mesure. 17 personnes avaient déjà fait l'objet d'un traitement ambulatoire (art. 63 CP, art. 43 ch. 1 aCP). Quatre personnes s'étaient, par le passé, vu infliger une mesure applicable aux jeunes adultes (art. 61 CP) ou un placement dans une maison d'éducation au travail (art. 100bis aCP). Par ailleurs, un renvoi dans un hôpital ou un hospice (art. 43 ch. 1 aCP) et un traitement institutionnel des alcooliques et des toxicomanes (art. 44 aCP) avaient été ordonnés dans, respectivement, cinq et deux cas. Une mesure d'internement avait déjà été prononcée à l'encontre de sept personnes en application de l'art. 43 ch. 1 al. 2 aCP et à l'encontre de cinq personnes en application de l'art. 64 CP.

Type de prononcé

La mesure thérapeutique institutionnelle avait été ordonnée directement en application de l'art. 59 CP dans 50 cas (67 %). Elle résultait d'une transformation d'une ancienne mesure d'internement en application de l'art. 42 ou 43 ch. 1 al. 2 aCP dans 13 cas (17 %), d'une transformation en application de l'art. 65 al. 1 CP d'une peine privative de liberté ou d'une mesure d'internement prononcée en vertu du nouveau droit dans cinq cas chacun (7 % chacun) et d'une transformation d'une mesure ambulatoire en application de l'art. 63b al. 5 CP ou de l'art. 43 ch. 1 aCP dans deux cas (3 %).

Jugement pénal explicitement fondé sur l'art. 59, al. 3, CP

Sur les 75 mesures thérapeutiques analysées, l'exécution dans un établissement fermé avait été ordonnée par le juge dans 23 cas (31 %), c'est-à-dire que le jugement pénal était explicitement fondé sur l'art. 59 al. 3 CP. Dans les 52 autres cas (69 %), le jugement mentionnait uniquement la condamnation à une mesure au sens de l'art. 59 CP ou de l'art. 59 al. 1 CP sans fournir d'autres précisions; l'exécution de cette mesure dans un établissement fermé au sens de l'art. 59 al. 3 CP avait donc été ordonnée (uniquement) par les autorités d'exécution. Il existe sur ce point des disparités régionales importantes.

En effet, 52 % des jugements prononcés en Suisse romande étaient explicitement fondés sur l'art. 59 al. 3 CP, contre 21 % seulement des jugements rendus en Suisse alémanique.

Motivation écrite du jugement

Conformément à l'art. 82 du Code de procédure pénale suisse (CPP), le tribunal de première instance renonce à une motivation écrite du jugement prononçant une mesure au sens de l'art. 59 CP si ce jugement n'est pas fondé sur l'alinéa 3 de cette disposition, autrement dit s'il ordonne une mesure au sens de l'art. 59 al. 1 ou 2 CP ou tout simplement une mesure au sens de l'art. 59 CP. Il faut par ailleurs qu'aucun recours n'ait été formé contre la décision ou qu'aucune partie n'ait demandé de motivation écrite et que le juge n'ait pas prononcé, en plus de la mesure, une peine privative de liberté supérieure à deux ans. Sur les 52 cas de l'échantillon où la décision ne reposait pas sur l'alinéa 3, figuraient dix cas (19 %) dans lesquels la décision du juge de soumettre l'auteur à un traitement institutionnel en application de l'art. 59 CP ne faisait l'objet d'aucune motivation écrite.

Durée de la mesure jusqu'au jour du relevé

La durée de la mesure jusqu'au jour du relevé (30 septembre 2014) a été calculée en se référant à la date d'arrivée dans l'établissement inscrite dans le dossier. La durée des internements ordonnés en application de l'art. 64 CP et des mesures institutionnelles prononcées en vertu de l'ancien droit qui précédaient immédiatement cette mesure a été prise en compte; il en va de même de la durée des mesures au sens des art. 60 et 61 CP qui ont été levées et à la suite desquelles une mesure au sens de l'art. 59 CP ordonnée en parallèle a été exécutée immédiatement. Dans tous les cas, l'exécution anticipée de la mesure a été prise en compte à compter de la date d'arrivée effective dans l'établissement.

Ainsi, au jour du relevé, la durée des traitements institutionnels oscillait entre sept mois environ et près de 20 ans, la moyenne se situant à cinq ans et sept mois. Elle était de moins de cinq ans dans 39 cas (53 %), comprise entre cinq et dix ans dans 23 cas (31 %), comprise entre dix et quinze ans dans huit cas (11 %) et comprise entre quinze et 20 ans dans quatre cas (5 %). La durée moyenne de l'exécution anticipée de la mesure était de 77 jours.

Avant de commencer à exécuter leur mesure (de manière anticipée), les personnes qui composaient l'échantillon avaient en moyenne passé 396 jours en détention avant jugement ou en détention pour motifs de sûreté. Au jour du relevé, elles étaient donc privées de liberté depuis six ans et huit mois en moyenne.

«Un plan d'exécution existait dans 92 % des cas.»

«Le manque de solutions transitoires pourrait accentuer encore plus la pénurie de places de thérapie.»

Informations concernant l'étude:

Weber Jonas / Schaub Jann / Bumann Corinna / Sacher Kevin: Anordnung und Vollzug stationärer therapeutischer Massnahmen gemäss Art. 59 StGB mit Fokus auf geschlossene Strafanstalten bzw. geschlossene Massnahmeneinrichtungen. Studie zuhanden der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF), Berne, 28 août 2015, disponible sur www.nkvf.admin.ch ou sur www.krim.unibe.ch (département du professeur Weber).

Plan d'exécution

Au jour du relevé, un plan d'exécution existait dans 69 cas (92 %) et faisait défaut dans six cas (8 %). La date de son élaboration était indiquée dans 67 cas. Il datait ainsi d'un peu moins d'un an dans 36 cas (54 %), d'un à deux ans dans 15 cas (22 %), de deux à trois ans dans quatre cas (6 %) et de plus de trois ans dans douze cas (12 %). Le plan d'exécution le plus ancien avait plus de neuf ans.

Le contenu du plan d'exécution a pu être évalué dans 67 cas également. Les données relevées concernaient les aspects suivants: les allègements dans l'exécution (56 plans en mentionnaient), les relations avec le monde extérieur (53), les ressources personnelles (52), le type d'hébergement (50), le travail/l'occupation (42), le déroulement de la mesure (40), le traitement/la thérapie (36), les contrôles (32), les médicaments (29), la formation (23), la réinsertion économique (10).

Allègements dans l'exécution

Au jour du relevé, 47 personnes (63 %) avaient déjà bénéficié, en vertu de l'art. 75a al. 2 CP, d'un ou plusieurs allègements dans l'exécution de leur mesure, alors que ce n'était pas encore le cas pour les 28 autres (37 %).

Parmi les allègements octroyés figuraient des sorties accompagnées (40), des transferts en établissement ouvert (16), des sorties non accompagnées (13), des congés (12), des autorisations de travailler (3) ou de loger (3) à l'extérieur et des libérations conditionnelles (2). Les personnes qui avaient bénéficié d'un transfert en établissement ouvert, d'une autorisation de travailler ou de loger à l'extérieur ou encore d'une libération conditionnelle se trouvaient (à nouveau) en milieu fermé au jour du relevé car la décision d'allègement avait été révoquée.

Trois problèmes plus particulièrement pointés du doigt par les experts

A la suite de l'analyse de dossiers, des entretiens ont été menés avec dix directeurs et responsables de huit établissements sélectionnés par la CNPT (MZ Bitzi, EP de St-Jean, JVA Solothurn, JVA Lenzburg, EP de la plaine de l'Orbe, JVA Pöschwies, JVA Thorberg, Zentrum Rheinau). L'analyse de ces entretiens a permis d'identifier trois principaux domaines qui étaient source de difficultés et dans lesquels des améliorations étaient nécessaires aux yeux des établissements.

Placement trop long en milieu fermé

Un premier problème concernait la durée de placement trop longue en milieu fermé. La plupart des personnes interrogées avaient l'impression que de nombreux détenus restaient plus longtemps en

milieu fermé que cela s'avérerait nécessaire d'un point de vue thérapeutique. Cette situation s'explique, d'une part, par la difficulté à trouver des places en établissement ouvert et, d'autre part, par le délai parfois très long qui s'écoule avant que l'autorité de placement n'accepte un transfert en établissement ouvert ou une autre forme d'allègement dans l'exécution.

Le problème concernerait aussi bien le transfert d'un établissement fermé à un établissement ouvert que le passage d'un établissement ouvert au logement externe ou à une autre forme de logement protégé après une libération conditionnelle. Les places dans les établissements fermés restent par conséquent occupées plus longtemps, ce qui aggrave la pénurie déjà existante. La plupart des personnes interrogées craignaient que le manque de solutions transitoires ne vienne à l'avenir accentuer encore plus la pénurie de places de thérapie. De l'avis de la grande majorité des personnes interrogées, un renforcement de la collaboration entre les institutions pourrait avoir des effets positifs sur la durée de séjour des détenus.

Manque de motivation à suivre une thérapie

Un autre problème qui a souvent été relevé lors des entretiens concernait le manque, voire l'absence, de motivation des détenus à suivre une thérapie ou leur non-coopération au quotidien. De nombreux établissements considèrent ici que la balle est dans le camp des juges et des autorités de placement. La majorité des personnes interrogées souhaiteraient que les évaluations soient améliorées et que l'on se montre plus restrictif lorsqu'il s'agit d'ordonner une mesure au sens de l'art. 59 CP ou de prolonger la mesure après cinq ans.

Préoccupations concernant les effectifs

Le troisième problème pointé du doigt par les personnes interrogées concernait la préoccupation des établissements d'avoir suffisamment de personnel bien formé. Même si tous les représentants interrogés ont indiqué avoir pour l'instant assez de collaborateurs qualifiés à disposition, ils étaient une majorité à considérer qu'en raison de la complexification des tâches il serait à l'avenir nécessaire de revoir les effectifs à la hausse et qu'il deviendrait de plus en plus difficile pour les établissements d'exécution des mesures de recruter du personnel qualifié. Les personnes interrogées ont en effet, à plusieurs reprises, attiré l'attention sur le fait que les possibilités de formation dans le domaine de la psychiatrie légale, mais aussi dans le domaine médical et dans celui des soins et de l'encadrement, étaient limitées en Suisse.

Améliorer l'exécution des mesures thérapeutiques

Recommandations de la Commission nationale de prévention de la torture

La Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) a inspecté, entre 2013 et 2016, huit établissements accueillant des personnes condamnées à une mesure thérapeutique institutionnelle conformément à l'art. 59 du Code pénal (CP). Dans le rapport qu'elle a rédigé à la suite de ces inspections, elle formule différentes recommandations à l'attention des directions des établissements et des autorités compétentes dans le but d'améliorer les modalités d'exécution des mesures thérapeutiques.

Lors de ses visites, la CNPT a prêté une attention particulière aux conditions d'exécution et au respect des règles de procédure lors de l'application de mesures restreignant la liberté de mouvement. Le contrôle de l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles a mis en lumière toute une série de questions qui l'ont conduite à lancer des clarifications à l'échelle nationale. La Commission a en outre chargé l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne de réaliser une étude sur le prononcé et l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles en application de l'art. 59 CP, en se concentrant sur les établissements d'exécution des mesures fermés et les établissements pénitentiaires fermés (voir p. 4 s.). Voici les principales constatations et recommandations figurant dans son rapport:

Des bases conceptuelles le plus uniformes possible

Les modèles d'exécution des mesures se fondent généralement sur une approche de communauté thérapeutique. La CNPT a toutefois observé des différences notables dans la conceptualisation de l'exécution des mesures et la mise en œuvre, ce qui peut avoir une influence négative sur le déroulement du traitement en cas de changement fréquent d'institution. Elle préconise dès lors un modèle

d'exécution des mesures qui se fonde sur au moins trois piliers et qui met l'accent non seulement sur le traitement psychiatrique, mais aussi sur le groupe thérapeutique, l'encadrement socioprofessionnel et la sécurité. Si des formes de thérapies différenciées sont sans doute utiles pour répondre aux différents besoins des détenus, la Commission encourage les concordats d'exécution pénale et les directions des établissements à créer des bases conceptuelles aussi uniformes que possible.

Combiner thérapie de groupe et thérapie individuelle

La CNPT a également constaté des différences considérables dans les modalités de l'offre thérapeutique. Alors qu'en Suisse alémanique, la plupart des établissements privilégient la thérapie de groupe, centrée sur les groupes thérapeutiques et les activités occupationnelles, la Suisse romande met l'accent sur la thérapie individuelle, l'offre de thérapies de groupe étant plutôt modeste. La Commission encourage les institutions à opter pour une combinaison équilibrée de thérapies individuelles et de thérapies de groupe, qui tienne compte des besoins des personnes placées.

«Le modèle d'exécution des mesures doit se fonder sur au moins trois piliers.»

«Les placements inadéquats se traduisent souvent par une interruption anticipée de la mesure ou par sa prolongation.»

Elaborer les plans d'exécution dans les trois mois suivant l'arrivée

Dans les établissements inspectés, les plans d'exécution faisaient – mis à part dans quelques rares établissements où ils pouvaient être qualifiés d'exemplaires – souvent défaut. La CNPT demande aux directions des établissements et aux autorités d'exécution d'élaborer les plans d'exécution ensemble avec les intéressés, au plus tard trois mois après leur arrivée, et de les mettre à jour régulièrement. Il faut ici veiller tout particulièrement à formuler des objectifs concrets et compréhensibles.

Garantir le traitement dès le début

Dans les établissements d'exécution des peines visités, la CNPT a rencontré à plusieurs reprises des personnes condamnées à une mesure qui étaient placées en régime d'exécution normal ou dans un établissement de détention avant jugement, parfois pendant une longue période, car les possibilités de suivre une thérapie étaient restreintes. Ces placements sont, selon elle, contraires à une exécution de la mesure conforme à la loi. En effet, ils retardent le début du traitement thérapeutique, ce qui peut nuire au succès de la mesure. La Commission recommande donc aux autorités d'exécution de veiller, même dans un cadre normal d'exécution des peines, à garantir dès le début l'accès à un traitement thérapeutique adapté au trouble mental de l'intéressé.

Des sanctions basées sur des décisions formelles

La CNPT recommande aux établissements de tenir compte du trouble psychique des intéressés lorsqu'ils imposent des sanctions et de peser soigneusement les conséquences des arrêts du point de vue thérapeutique. Les sanctions doivent en outre faire l'objet dans tous les cas d'une décision formelle. La Commission juge problématique que des personnes exécutant une mesure soient placées dans une cellule de sécurité ou un quartier de haute sécurité suite à des incidents avec des membres du personnel. Un placement de plusieurs mois, voire de plusieurs années, dans une cellule ou une unité de ce type constitue une entrave à l'exécution de la mesure. La dangerosité des intéressés devrait être

traitée par des moyens thérapeutiques et non par des mesures de sûreté.

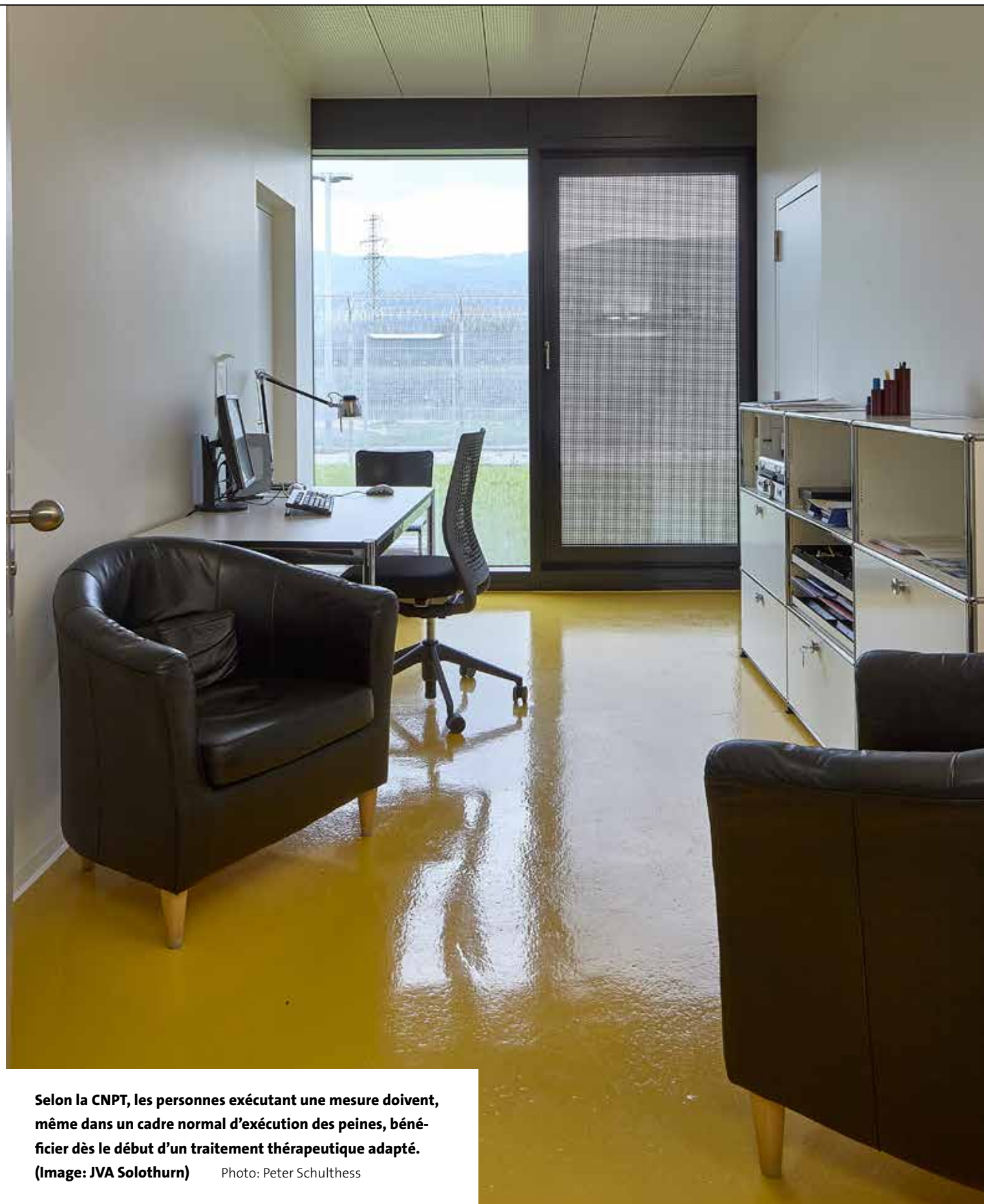
Les placements inadéquats jugés problématiques

La CNPT a relevé des différences importantes dans l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles en application de l'art. 59 al. 3 CP. Celles-ci concernent tant les modalités de mise en œuvre proprement dites que les priorités thérapeutiques. Pour la Commission, ces différences laissent apparaître qu'en fonction de son orientation thérapeutique et du trouble psychique de l'intéressé, un établissement peut s'avérer plus ou moins adapté à l'exécution de mesures thérapeutiques. Elle juge problématiques les placements inadéquats constatés, qui se traduisent souvent par une interruption anticipée de la mesure ou par sa prolongation perpétuelle.

Importance des allègements dans l'exécution

La Commission qualifie de préoccupantes les pratiques restrictives observées en matière d'octroi d'allègements dans l'exécution. De tels allègements sont souvent refusés par les autorités d'exécution pour des motifs de sécurité – malgré des progrès thérapeutiques attestés –, ce qui induit une spirale négative qui se répercute sur l'évolution de la thérapie et prive bien souvent les intéressés de réelles perspectives. La CNPT souligne toutefois leur importance pour la réinsertion sociale future des patients. (réd)

Lien: Le rapport thématique sur l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles en Suisse peut être téléchargé sur le site Internet de la Commission nationale de prévention de la torture (www.nkvf.admin.ch).



Selon la CNPT, les personnes exécutant une mesure doivent, même dans un cadre normal d'exécution des peines, bénéficier dès le début d'un traitement thérapeutique adapté.
(Image: JVA Solothurn)

Photo: Peter Schulthess

«Nous ne ressentons aucune pression quant à la manière dont nous devons rendre nos jugements»

Entretien avec Hanspeter Kiener, juge à la Cour suprême du canton de Berne

Si le nombre de condamnations à une mesure thérapeutique institutionnelle au sens de l'art. 59 CP a explosé au cours des dernières années, les mesures d'internement sont, elles, désormais rares. Cette évolution s'explique notamment par le fait que, depuis l'entrée en vigueur du nouveau droit des sanctions en 2007, un internement ne peut être ordonné que si une mesure au sens de l'art. 59 CP semble vouée à l'échec. Hanspeter Kiener, juge à la Cour suprême du canton de Berne, dément toute influence du besoin accru de sécurité de la société sur les jugements avant de souligner: «Nous examinons systématiquement avec soin la proportionnalité de la mesure».



Hanspeter Kiener a été élu en 2011 juge à la Cour suprême du canton de Berne (Sections civile et pénale). Dans son travail quotidien, il est souvent amené à statuer sur des recours contre des décisions de première instance dans lesquelles une mesure institutionnelle ou une (non-)prolongation de mesure a été ordonnée.

#prison-info: Comment les condamnations à une mesure ont-elles évolué dans le temps?

Hanspeter Kiener: Il est frappant de voir que, pour toutes sortes de raisons, le nombre de mesures a diminué de moitié, voire de deux tiers, depuis les années 1990. Le fort recul du nombre de traitements institutionnels des addictions est dû, semble-t-il, au fait que la toxicodépendance est de plus en plus souvent traitée en ambulatoire ou comme une affection secondaire s'inscrivant dans d'autres pathologies plus importantes. Autre fait étonnant: le nombre de traitements ambulatoires a, lui aussi, considérablement reculé, ce qui pourrait s'expliquer par l'apparition sur le marché de nouvelles offres, telles que les traitements de substitution (par exemple à la méthadone) ou la distribution d'héroïne sous contrôle médical.

Et pourquoi les mesures d'internement sont-elles désormais rares?

Conformément au nouveau droit des sanctions, une mesure d'internement ne peut être ordonnée que si une mesure thérapeutique institutionnelle au sens de l'art. 59 CP est vouée à l'échec. Les médecins partent du principe qu'ils pourront soigner la plupart des délinquants et qu'une thérapie n'est pas vaine. C'est la raison pour laquelle, contrairement à la tendance

générale, le nombre de mesures au sens de l'art. 59 CP a explosé. Et cette évolution n'est pas sans conséquences: nous manquons aujourd'hui de places et les intéressés doivent attendre longtemps avant d'être pris en charge dans un établissement adapté.

Une mesure thérapeutique institutionnelle ne peut être ordonnée que si elle respecte le principe de proportionnalité. Que répondez-vous à ceux qui affirment que, bien souvent, les juges n'examinent pas si ce principe est respecté, se contentant de déterminer si l'intéressé a besoin d'un traitement et s'il est amendable?

Mon expérience et mes observations ne vont pas dans ce sens. C'est à l'expert en psychiatrie forensique de dire si le délinquant a besoin d'un traitement et s'il peut être traité. C'est une question de fait. Le juge, quant à lui, doit répondre à la question de droit suivante: une mesure thérapeutique institutionnelle est-elle proportionnée dans le cas d'espèce? Cet aspect revêt une plus grande importance encore lorsque, par exemple, l'infraction commise ne peut être considérée comme grave, comme c'est le cas d'une «simple» menace. Compte tenu de la durée que peut avoir un traitement institutionnel ordonné en application de l'art. 59 CP, il est incon-

cevable qu'un juge n'examine pas cette question cruciale avec soin.

Que pensez-vous de l'idée selon laquelle il faudrait que tous les jugements fassent l'objet d'une motivation écrite pour des raisons tenant aux principes de l'Etat de droit?

Le juge est généralement tenu de motiver sa décision par écrit. Il n'est cependant pas soumis à cette obligation légale si une peine privative de liberté de moins de deux ans est prononcée et si les parties n'exigent pas de motivation écrite ou ne font pas appel de la décision. Rares devraient toutefois être les cas dans lesquels ces conditions sont remplies. Un bref sondage auprès de douze collègues juges de première instance du canton de Berne révèle que ce cas de figure ne s'est produit que dans certains cas d'espèce où la défense souhaitait, elle aussi, ouvertement une mesure au sens de l'art. 59 CP et où l'infraction commise n'était pas considérée comme grave. Une motivation écrite du jugement est, à mes yeux, indispensable pour pouvoir par la suite, en connaissance de cause, décider d'une éventuelle prolongation de la mesure ou clarifier certaines questions en rapport avec l'exécution de la mesure.

Les conditions auxquelles une mesure de placement dans un établissement fermé peut être ordonnée et une mesure être prolongée conduisent-elles à une application extensive des dispositions en question par les juges?

Le Tribunal fédéral a considéré que la question de savoir si un traitement institutionnel au sens de l'art. 59 CP devait être effectué en milieu ouvert ou fermé était une question qui concernait l'exécution, raison pour laquelle les juges ne peuvent pas (ou plus) ordonner une mesure au sens de l'art. 59 al. 3 CP. Ils peuvent toutefois recommander une exécution en milieu fermé dans la motivation écrite de leur jugement. Cette possibilité est particulièrement importante dans les cas où une infraction grave a été commise et où il existe un risque de récidive et de fuite élevé, mais où les conditions d'un internement ne sont pas réunies. La seule autre possibilité serait de prononcer une simple peine qui, certes, présenterait l'avantage d'être limitée dans le temps mais ne tiendrait pas compte du risque de récidive. Une condamnation à une mesure au sens de l'art. 59 CP est, quoi qu'il en soit, une décision lourde de conséquences, qui génère des coûts élevés. C'est pourquoi le juge examine de manière approfondie si une telle mesure est justifiée.

Le risque de récidive est quantifié dans la plupart des jugements prononcés en Suisse alémanique alors qu'il ne l'est que très rarement en

Suisse romande. En quoi cette quantification est-elle importante et comment expliquez-vous cette disparité régionale?

Le jugement doit contenir des indications plus précises en ce qui concerne le risque de récidive. L'expert en psychiatrie forensique doit déterminer si d'autres infractions sont à prévoir en raison de la maladie du détenu et, le cas échéant, de quelle nature elles seront. Le juge décide ensuite, sur la base de ces éléments et en tenant compte du principe de proportionnalité, s'il doit ordonner une mesure institutionnelle ou – dans les cas où une telle mesure a déjà été ordonnée depuis un certain temps – prononcer une libération conditionnelle ou une prolongation du traitement institutionnel. Il est indispensable que le risque soit quantifié. La disparité régionale pourrait s'expliquer par le fait que la Suisse romande est manifestement moins bien dotée en experts qualifiés. Par ailleurs, les échanges entre les juges et les experts en psychiatrie forensique – par exemple sous la forme d'une formation continue commune – sont de relativement bonne qualité en Suisse alémanique. Chacun sait ce qui est important pour l'autre et ce qu'il peut en attendre.

Est-il vrai que les prolongations de mesures thérapeutiques institutionnelles sont souvent considérées par les juges comme des affaires de routine et que les jugements s'y rapportant ne sont la plupart du temps motivés que de façon sommaire?

Cette affirmation ne date pas d'aujourd'hui mais elle n'a plus lieu d'être. Les jugements ordonnant la prolongation d'un traitement institutionnel sont rendus dans le cadre d'une procédure ultérieure et un recours peut être formé contre la décision de première instance. Ce type de procédure est très long, en particulier car il faut souvent auditionner des experts ainsi que les principaux intéressés et se procurer des rapports. Et surtout, la question de la proportionnalité de la mesure se pose avec de plus en plus d'acuité à chaque prolongation. D'après mon expérience mais aussi celle des collègues que j'ai interrogés à ce sujet, on ne peut pas dire qu'il s'agit d'affaires de routine et que les jugements sont motivés uniquement de façon sommaire.

On dit souvent que les experts en psychiatrie forensique sont des «juges à la place du juge» car leurs expertises anticipent parfois la décision de ces derniers. Cette critique est-elle fondée?

Une expertise est demandée lorsqu'un juge manque de connaissances spécialisées dans un domaine important autre que celui du droit. Nous sommes, par exemple, incapables de dire si l'auteur d'une infraction souffre de graves troubles mentaux ou s'il présente juste une accentuation de certains

« Une motivation écrite du jugement est, à mes yeux, indispensable. »

« Les experts en psychiatrie forensique sont des auxiliaires des tribunaux: ils les aident à répondre à des questions techniques. »

«D'après mon expérience, les experts en psychiatrie forensique ne prennent pas trop de risques.»

traits de sa personnalité. Les experts en psychiatrie forensique sont des auxiliaires des tribunaux, c'est-à-dire qu'ils les aident à répondre à ces questions techniques grâce à leurs expertises. Si le juge répondait par lui-même à ces questions, le jugement serait cassé au motif qu'il se serait arrogé un savoir qu'il n'a pas. Le rôle d'un expert est de fournir des informations techniques, c'est-à-dire de répondre aux questions de fait. Mais c'est au juge qu'il revient de statuer et de répondre aux questions de droit. Il convient de distinguer clairement ces deux rôles.

Mais les expertises ne mettent-elles pas en quelque sorte sur la piste de la décision que prendra le juge?

Il est bien entendu important de préparer la documentation nécessaire. L'expertise est un moyen de preuve décisif, qui influence naturellement la décision du juge. Le juge ne peut faire abstraction d'une expertise détaillée et claire, faute de quoi son jugement sera cassé. Si l'expert recommande un traitement institutionnel, car l'auteur de l'infraction a des tendances suicidaires et présente un risque élevé de récidive, il doit en tenir compte. Il ne doit par exemple pas se fier à la «bonne» impression que lui a faite l'intéressé lors de l'audience. S'il estime toutefois que l'expertise est lacunaire, il peut ne pas suivre l'avis de l'expert. C'est au juge qu'il incombe d'apprécier la qualité d'une expertise et de juger si ses conclusions sont plausibles, complètes et compréhensibles.

De nombreuses expertises ne se bornent pas à cerner la personnalité de l'auteur mais contiennent aussi des recommandations sur le type de mesure que le juge doit ordonner. Les experts en psychiatrie forensique ont-ils tendance à outrepasser leurs compétences?

Lorsqu'on demande à un expert de donner son point de vue sur une maladie ou sur un trouble, cela implique qu'il se prononce aussi sur la nature du traitement, c'est-à-dire non seulement sur les médicaments qui doivent être pris mais également sur le lieu du traitement. C'est en tout cas ce que j'attends de la part du psychiatre. D'après mon expérience, les psychiatres ne prennent pas trop de risques et ne recommandent, par exemple, pas forcément qu'une mesure au sens de l'art. 59 CP soit exécutée en milieu fermé. Ils y sont plutôt réticents. Par ailleurs, ils ne s'expriment pas du tout sur la question de la proportionnalité, ce qu'ils n'ont d'ailleurs pas à faire dans la mesure où il s'agit d'une question de droit à laquelle seul le juge est habilité à répondre.

Que pensez-vous de l'idée selon laquelle les psychiatres devraient venir justifier plus souvent les conclusions de leurs expertises devant les juges?

C'est une idée intéressante mais qui est compliquée à mettre en œuvre. Eu égard aux difficultés pratiques posées par la consignation au procès-verbal, il serait impossible de procéder à une analyse

complète devant le juge. L'expert ne reconnaîtrait plus ses propos. Il apparaît plus judicieux que le psychiatre rédige dans un premier temps son expertise par écrit, puis qu'il vienne à l'audience en expliquer le contenu et apporter des compléments d'information. Une consignation au procès-verbal est dans ces conditions possible. L'expert doit se présenter devant le tribunal car ses connaissances techniques permettent, dans une large mesure, de poser les bases du jugement. Le juge est, de son côté, tenu de lui poser des questions critiques.

Comment les juges peuvent-ils acquérir les connaissances requises pour pouvoir poser des questions critiques aux experts?

Grâce à une formation continue ciblée et aux différents outils existants, tels que les listes de contrôle, nous avons bien avancé depuis 20 ans. Avant, on se contentait d'écouter ce que le médecin avait à dire sans faire d'objection critique. On pourrait cependant aller encore plus loin.

Est-il fréquent que, dans le doute, un juge demande une autre expertise?

Lorsqu'une expertise semble complète, cohérente et claire, le juge peut demander des précisions pour lever toute ambiguïté éventuelle. D'où l'importance que les psychiatres soient présents à l'audience afin qu'ils puissent fournir les explications requises. Il est rare que nous demandions une contre-expertise. Nous le faisons, par exemple lorsqu'il existe des incohérences. Le facteur temps joue également un rôle car la réalisation d'une nouvelle expertise peut prendre quatre à huit mois.

Dans quelle mesure le besoin accru de sécurité de la société influence-t-il les jugements?

De mon point de vue, le besoin accru de sécurité de la société n'influence en rien les jugements. La crainte d'être sanctionné lors de la réélection, voire de ne pas être réélu, n'est pas présente chez moi ni chez mes collègues de la Cour suprême du canton de Berne. Nous traitons chaque dossier au cas par cas et en toute impartialité. Nous ne ressentons à cet égard aucune pression politique ou sociale quant à la manière dont nous devons rendre nos jugements. Notre appartenance politique n'influe, elle non plus, en rien sur nos décisions. Ce que je considère en revanche comme problématique, ce sont les réactions excessives auxquelles on assiste dans le milieu de l'exécution des peines et qui se traduisent par la suppression des allègements octroyés à tous les délinquants lorsqu'un incident s'est produit durant un congé. Conséquence pour les intéressés: ils ne peuvent, malgré les progrès réalisés lors de leur thérapie, prouver leur non-dangereux et devront s'attendre non pas à une libération conditionnelle mais à une prolongation de leur mesure. (gal)

«Nous traitons chaque dossier au cas par cas et en toute impartialité.»



«De mon point de vue, le besoin accru de sécurité de la société n’influence en rien les jugements», dit Hanspeter Kiener, juge à la Cour suprême du canton de Berne. «Nous traitons chaque dossier au cas par cas et en toute impartialité.» (Photo: L’Établissement pénitentiaire de St-Jean accueille des personnes souffrant de troubles psychologiques et de dépendances.)

Photo: Peter Schulthess

L'expertise psychiatrique: «un outil à l'usage de la justice pénale»

Entretien avec le Dr. Ariel Eytan

Selon les cas, l'expertise psychiatrique a un rôle central ou périphérique, mais n'est jamais le seul élément à prendre en compte. Dans cet entretien, le psychiatre Ariel Eytan relève qu'il s'agit d'un outil de la justice pénale. Selon lui, les juges devraient continuer d'assumer leurs responsabilités et les experts faire preuve de modestie.



Le Dr. Ariel Eytan est spécialiste FMH en psychiatrie et psychothérapie et détenteur des titres de formation approfondie en psychiatrie de consultation et de liaison et en psychiatrie et psychothérapie forensiques. Il est médecin adjoint agrégé au service des mesures institutionnelles des Hôpitaux Universitaires de Genève (HUG) et chargé de cours à la Faculté de médecine de l'Université de Genève.

#prison-info: Monsieur Eytan, dans quelles situations les instances judiciaires pénales ordonnent-elles un mandat d'expertise psychiatrique d'adulte?

Ariel Eytan: Durant une procédure pénale, l'autorité d'instruction ou le juge ordonne une expertise s'il existe une raison sérieuse de douter de la responsabilité de l'auteur en raison d'un trouble mental. Une expertise peut aussi être demandée lorsque l'autorité envisage un changement de sanction ou un allègement dans l'exécution d'une mesure thérapeutique, comme par exemple le passage du milieu fermé au milieu ouvert.

En quoi consiste le travail de l'expert dans le cadre de ce mandat?

L'expertise doit être claire et cohérente. Il s'agit de répondre de manière argumentée aux questions posées par l'autorité. Ces questions concernent en général la responsabilité et la dangerosité de l'intéressé, ainsi que la possibilité d'améliorer le pronostic légal par un traitement approprié. Pratiquement, l'expert reçoit le mandat de l'autorité puis prend connaissance du dossier et recherche les éléments pertinents. Pour cela, il doit disposer d'un dossier complet incluant d'éventuelles condamnations ou expertises antérieures. Il est en effet important de connaître le parcours criminologique de l'expertisé,

notamment le nombre et le type d'infractions commises dans le passé, ainsi que d'éventuels antécédents de délinquance juvénile. Ce sont des éléments essentiels qui doivent être pris en considération.

Que fait l'expert après l'analyse du dossier?

L'expert rencontre ensuite la personne concernée. Il commence par s'assurer que celle-ci a compris le contexte de l'expertise et accepte de répondre, tout en sachant que les informations divulguées pourront figurer dans le rapport. On lui demandera aussi son autorisation pour contacter ses médecins traitants. Il s'agira alors de prendre une anamnèse auprès de l'expertisé, ainsi que de réaliser un examen mental. La confrontation du sujet aux faits qui lui sont reprochés et sa manière de les aborder en entretien est un moment clé. Si nécessaire, on demandera un bilan complémentaire, comme par exemple un quotient intellectuel ou un examen neuropsychologique. Ces rencontres sont essentielles dans le processus et leur nombre peut varier selon les cas. Il est à mon avis utile d'avoir au minimum deux entretiens avec un expertisé, afin de pouvoir apprécier sa capacité à amener de nouveaux éléments suite au premier contact.

Et comment l'expert achève-t-il son travail?

L'expert fera une synthèse des informations obtenues, ce qui lui permettra, le cas échéant, de poser un ou plusieurs diagnostics psychiatriques. On veillera à s'appuyer sur une classification couramment utilisée, soit le DSM-5 (système américain), soit la CIM-10 (classification de l'OMS). Les critères diagnostiques seront énumérés et explicités si besoin. Enfin, l'expert répondra de manière argumentée aux questions posées.

A qui les mandats d'expertise sont-ils confiés?

L'attribution des mandats d'expertise varie d'un canton à l'autre. Dans la pratique, on constate logiquement que les magistrats s'adressent en priorité aux institutions qu'ils connaissent le mieux, dans leur canton ou dans un canton voisin. A Genève, les expertises sont généralement confiées au Centre universitaire romand de médecine légale (CURML), qui en délègue une partie. L'expertise, pour les cas les moins graves, peut être réalisée par un médecin qui n'a pas achevé sa formation, sous la supervision d'un cadre senior. Dans ces cas, le superviseur doit rencontrer personnellement l'expertisé au moins une fois. L'expert doit se récuser s'il connaît la personne expertisée ou s'il s'en est déjà occupé en tant que thérapeute, ce qui peut limiter les possibilités d'attribution.

On constate que les expertises psychiatriques relatives à une mesure thérapeutique institutionnelle sont souvent plus volumineuses et plus transparentes en Suisse alémanique, qu'en Romandie. Les exigences des tribunaux ou le travail des experts sont-ils différents selon les régions?

On observe effectivement d'importantes différences entre les expertises. Toutefois, certains experts romands rédigent également de très longues expertises. Les disparités découlent autant de différences interindividuelles que de différences régionales. Les expertises les plus volumineuses ne sont pas forcément les meilleures. Faire un «copier – coller» de toute la procédure, ou citer un grand nombre de références bibliographiques peut être source de confusion plutôt que de clarté. Il est important de cibler l'essentiel pour répondre aux questions. Il faut garder présent à l'esprit que l'expertise sera lue par de nombreuses personnes et que certains détails ne sont pas forcément pertinents. Enfin, il serait naïf de croire qu'on peut tout connaître d'une personne et la rendre totalement transparente en la passant au prisme de l'expertise.

Quelles qualifications professionnelles un expert doit-il réunir?

Depuis 2014, la FMH délivre un titre de formation approfondie en psychiatrie et psychothérapie forensique. Il s'agit d'un cursus qui inclut des expertises, des thérapies, des supervisions et une activité professionnelle dans un centre reconnu. Les exigences de la FMH correspondent aux critères de certification de la Société Suisse de Psychiatrie Forensique (SSPF). Etre porteur du titre va certainement devenir une exigence incontournable pour les experts dans les années à venir. On peut donc s'attendre à une amélioration globale de la qualité des expertises au niveau national. Les disparités devraient diminuer.

Les experts psychiatriques sont souvent considérés comme des «juges à la place du juge». Certaines expertises recommandent directement la mesure du catalogue des sanctions du Code pénal et les juges suivent majoritairement l'avis des experts. Selon vous, l'expertise ne devrait-elle pas rester un outil à l'usage de la justice?

Il faut distinguer l'expertise de la procédure pénale dans sa totalité. L'expertise est un élément parmi d'autres, une pièce du puzzle. Selon les dossiers, elle occupera une place périphérique ou centrale, mais l'expertise ne sera jamais le seul élément à prendre en compte. Les juges devraient continuer d'assumer leurs responsabilités et les experts faire preuve de modestie. Rappelons ici que la dangerosité est une notion difficile à appréhender et que rien ne prouve qu'une action sur le psychisme suffise à elle seule à abolir tout risque. Une bonne expertise devrait être un outil à l'usage de la justice. L'expert n'est pas là pour conduire l'instruction ou l'enquête, mais pour apporter des éléments pertinents sur l'état mental du justiciable.

Parfois les juges manquent de connaissances médico-légales spécialisées. Les experts ne devraient-ils pas mieux argumenter leurs expertises devant les tribunaux?

L'expert doit tenir compte du fait que son rapport sera lu par des non-médecins. Il doit utiliser un langage clair et expliciter les termes techniques afin d'être compris des magistrats et des avocats. Si tel n'est pas le cas, le juge peut tout à fait demander des précisions et des compléments. Les mêmes recommandations s'appliquent quand l'expert est appelé à la barre. Il doit pouvoir expliquer son raisonnement et justifier ses conclusions.

«L'expertise doit être claire et cohérente»

«Il est à mon avis utile d'avoir au minimum deux entretiens avec un expertisé»

«Il faut pouvoir faire suffisamment confiance aux experts pour les laisser conduire leur mission de façon autonome»

La transparence est importante dans le travail quotidien avec les détenus. Quelle est votre position sur le secret médical et la confidentialité?

Il faut différencier trois situations. Dans le cadre d'une expertise, le secret médical n'existe pas. Par définition, les informations récoltées seront utilisées pour rédiger le rapport d'expertise. Le psychiatre doit s'assurer que l'expertisé comprend le contexte et qu'il l'accepte. Lorsque le psychiatre soigne un détenu et que celui-ci n'est pas soumis à une mesure (détenu avant jugement ou condamné à une peine), le secret médical, qui vise à préserver la confiance que les patients sont en droit d'avoir en leur médecin, s'applique. Est réservé le cas où le thérapeute repère un danger imminent. Il devra alors réaliser une pesée d'intérêts, passer outre le secret médical si besoin et signaler le cas. Cette situation est comparable à celle d'un thérapeute exerçant des soins en ville ou à l'hôpital. Certains cantons ont pris des dispositions légales spécifiques concernant le secret médical en prison.

Et la troisième situation?

Dans le cadre des mesures thérapeutiques, la question du secret médical est plus ambiguë. Le psychiatre traite la personne, mais il doit également rendre des comptes à l'autorité de placement sur la progression de la thérapie. Cette relation triangulaire fait partie du contrat de soins. Dès lors, le patient devra délier son thérapeute du secret médical afin de lui permettre de communiquer à l'autorité compétente les informations requises en vue des réévaluations périodiques de la mesure. Si le patient refuse durablement de délier ses soignants, la mesure devient inapplicable.

Pensez-vous que les discussions entre le psychiatre et l'expertisé devraient être retranscrites et que la défense devrait pouvoir être présente lorsque le client est examiné par l'expert?

A première vue, cela peut paraître légitime, mais je pense que c'est une mauvaise idée. En effet, la relation intersubjective qui s'instaure entre les deux protagonistes de l'expertise au cours des entretiens est un élément capital de l'évaluation. La présence d'un avocat, comme d'ailleurs d'un procureur, annihilerait cette dimension. Il faut pouvoir faire suf-

fisamment confiance aux experts pour les laisser conduire leur mission de façon autonome.

Selon vous, l'expertisé devrait-il pouvoir donner un «feedback» sur son expertise?

Etre soumis à une expertise constitue une expérience singulière, qui suscite légitimement des réactions. Certains vont se reconnaître à la lecture du rapport, d'autres vont le contester et se sentir incompris. Il peut arriver que l'expertise provoque une remise en question et ait un effet thérapeutique, quand bien même cela n'est pas sa fonction première. Une expertise bien faite, qui ne devrait être ni à charge ni à décharge de l'expertisé, permettra de contenir ces réactions. (FON)

**L'expertise est un élément
parmi d'autres, une pièce du
puzzle** Photo: Peter Schulthess

Tenir davantage compte du risque pour prévenir la récidive

Entretien avec le président de la KoFako, Dominik Lehner

Dominik Lehner, président de la commission spécialisée instituée par le concordat de la Suisse du Nord-Ouest et de la Suisse centrale sur l'exécution des peines et mesures, en est convaincu: les commissions spécialisées chargées d'apprécier le caractère dangereux des détenus pour la collectivité contribuent à prévenir la récidive grâce à un examen approfondi des dossiers tenant compte des risques et à une évaluation très structurée de ces risques. Il prévient toutefois qu'une croyance aveugle dans l'infailibilité du pronostic légal pourrait avoir de lourdes conséquences.

#prison-info: Comment sont composées les commissions spécialisées chargées d'apprécier le caractère dangereux des détenus pour la collectivité et quel profil leurs membres doivent-ils avoir?

Dominik Lehner: Dominik Lehner: Ces commissions sont composées de représentants des autorités de poursuite pénale, des autorités d'exécution des peines et des mesures et des milieux de la psychiatrie. Les membres de la commission concordataire (KoFako) sont élus par la conférence concordataire pour une durée de quatre ans à chaque fois. Le règlement de la KoFako exige que les experts en psychiatrie légale soient titulaires du titre délivré par la Société suisse de psychiatrie forensique (SSPF). Quant aux représentants des autorités de poursuite pénale et des autorités d'exécution des peines, ils doivent justifier d'une certaine expérience avec les délinquants représentant un danger pour la collectivité (c'est-à-dire qui ont notamment commis un meurtre ou un acte impliquant une atteinte à l'intégrité sexuelle). Ils doivent en outre posséder une expérience professionnelle de plusieurs années et avoir, si possible, suivi une formation complémentaire (CAS ou MAS) en criminologie ou dans le domaine médico-légal.

Comment travaille votre commission?

La procédure devant la KoFako est similaire à celle devant un tribunal, mis à part que l'on ne retrouve pas cette opposition entre la défense et l'accusation. La commission compte 30 membres et possède plusieurs chambres, dont le calendrier des séances est fixé pour toute l'année. Les dossiers sont au préalable transmis aux membres de la commission sous format papier ou par voie électronique. Une chambre est constituée d'un président, d'un procureur, d'un expert en psychiatrie légale, d'un représentant des autorités d'exécution (établissements pénitentiaires, services de probation ou autorités de placement) et d'une secrétaire juridique. La KoFako est libre de choisir sa méthode de travail, mais se fonde généralement sur les critères définis par le professeur Volker Dittmann.

La commission concordataire auditionne-t-elle également les intéressés?

Conformément au règlement de la KoFako, l'intéressé peut être entendu en personne s'il le demande. Il peut également faire appel à une personne de confiance ou à un avocat pour l'assister. Les auditions ont généralement lieu juste avant les débats. En pratique, il est cependant rare que les intéressés fassent usage de cette possibilité.



Dominik Lehner est président de la commission spécialisée instituée par le concordat de la Suisse du Nord-Ouest et de la Suisse centrale sur l'exécution des peines et mesures (KoFako) depuis 2009. Il travaille dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales depuis 1993, ayant entre autres été chef de la Division principale Privation de liberté et service social du Département de Justice du canton de Bâle-Ville. Il est en outre membre du Conseil de coopération pénologique au Conseil européen à Strasbourg.

«La qualité des évaluations ne tient pas à leur volume mais à leur concision et à leur proximité avec la pratique.»

L'intéressé peut-il demander la récusation d'un membre de la commission pour cause de partialité? Ce dernier est-il alors dans l'obligation de s'exécuter?

Oui, tout à fait et nous sommes très stricts à ce sujet. Un membre de la commission qui a déjà eu affaire à l'auteur de l'infraction à un autre titre, par exemple dans le cadre de l'instruction pénale, de l'expertise, de la thérapie ou de l'exécution de la peine, ou à l'égard duquel existe un autre motif de récusation a l'obligation de se récuser. Les éventuels motifs de récusation sont pris en compte d'office et les dossiers répartis en conséquence, ce qui demande un effort d'organisation considérable.

Combien de cas la commission examine-t-elle chaque année? La tendance est-elle plutôt à la hausse ou à la baisse?

La KoFako procède à une centaine d'évaluations par an, ce chiffre étant relativement stable. Il reste à voir si l'introduction du modèle d'exécution des sanctions orientées vers les risques (ROS) dans le concordat de la Suisse du Nord-Ouest et de la Suisse centrale à partir de 2018 entraînera une hausse.

Comment les cas se répartissent-ils?

En 2016, les dossiers examinés concernaient une condamnation à une peine privative de liberté pour 22 d'entre eux, une mesure thérapeutique institutionnelle au sens de l'art. 59 CP pour 65 d'entre eux, des traitements des addictions pour deux d'entre eux, une mesure pour jeunes adultes pour cinq d'entre eux, un traitement ambulatoire pour treize d'entre eux et un internement pour trois d'entre eux.

Comment la commission concordataire procède-t-elle pour traiter les dossiers?

La KoFako passe en revue tous les aspects du dossier (parcours de l'intéressé, infraction commise, condamnation et exécution de la sanction) en se focalisant uniquement sur le risque de commission de nouvelles infractions. En s'appuyant sur les critères définis par le professeur Volker Dittmann, elle met en évidence les éléments pertinents pour évaluer le risque et formule des recommandations concernant l'exécution de la sanction. Ce procédé s'apparente à un examen interdisciplinaire par des pairs, fondé sur l'approche du jugement professionnel structuré («structured professional judgement»).

Quel est le degré de détail des recommandations de la commission concordataire?

Les évaluations de la KoFako sont brèves; en règle générale, elles n'excèdent pas dix pages, page de couverture et dispositif compris. Leur qualité ne tient pas à leur volume mais à leur concision et à

leur proximité avec la pratique, ce qui signifie qu'il faut avoir une parfaite connaissance du dossier pour comprendre l'évaluation.

Dans leurs recommandations, les commissions spécialisées de la Suisse romande proposent souvent la réalisation d'une nouvelle expertise psychiatrique, encouragent l'intéressé à participer à une thérapie et donnent des indications concernant le traitement. Comment expliquez-vous ces disparités régionales?

Je me contenterai ici de parler de notre manière de procéder. Nous estimons qu'il est important que chacun joue son rôle. Le fait que plusieurs autorités participent à la planification de l'exécution ne la rend pas forcément meilleure. L'exécution des sanctions requiert une ligne de conduite et donc des compétences claires. Les autorités d'exécution sont des spécialistes dans leur domaine; l'appréciation de la KoFako ne vaut pas mieux que la leur. L'avantage de la commission concordataire, c'est qu'elle n'est pas impliquée dans la gestion des cas et qu'elle peut donc les appréhender avec davantage de distance; c'est peut-être aussi qu'elle jouit d'une plus grande représentativité et que son travail se limite dans une large mesure à répondre à la question de savoir s'il est à prévoir que l'intéressé commettra d'autres infractions et, le cas échéant, de quelle nature.

Comment peut-on garantir une évaluation uniforme de la dangerosité potentielle des auteurs d'infraction à l'échelle nationale?

Il ne me paraît pas opportun de dire qu'une procédure ou une méthode d'évaluation est meilleure qu'une autre. Une harmonisation serait certes pratique, mais ce n'est, à mon avis, pas le principal objectif, car on peut arriver à réduire le risque de récidive de différentes façons. Ce qui est important, c'est que ce risque soit pris en compte dès le début et qu'en cas d'infraction grave ou d'éléments laissant présager une infraction de ce type, les autorités d'exécution fassent preuve de diligence et de professionnalisme. Les commissions spécialisées remplissent la même fonction que la deuxième couture d'une veste imperméable, qui sert à éviter qu'on «prenne l'eau» même si un violent orage éclate ou si la première couture vient à lâcher pour une quelconque raison.

Votre commission émet-elle davantage de recommandations favorables ou défavorables?

Souvent, on propose tout un ensemble de mesures visant une progression dans l'exécution. Une recommandation doit-elle être qualifiée de favorable ou de défavorable lorsqu'elle préconise que certains des allègements proposés soient octroyés, mais que d'autres soient subordonnés à des progrès ou des conditions spécifiques ou que d'autres encore

«L'exécution des sanctions requiert une ligne de conduite mais aussi des compétences claires.»

ne soient pas accordés du tout? Il est difficile de le dire, raison pour laquelle nous ne tranchons pas.

Les autorités d'exécution suivent-elles en règle générale l'avis de votre commission?

La KoFako n'est pas une autorité chargée de surveiller les cantons. Si un dossier ne nous est pas à nouveau soumis par la suite, il est fréquent que nous ne sachions pas si nos recommandations ont été prises en compte. Nous nous sommes déjà aperçus, en nous penchant à nouveau sur un dossier traité, qu'une partie du moins de nos recommandations n'étaient pas mises en œuvre. Il s'agit en règle générale de recommandations de moindre importance, portant par exemple sur la réalisation de nouveaux examens médicaux.

L'activité des commissions spécialisées a, à plusieurs reprises, fait l'objet de la critique suivante: l'évaluation serait réalisée dans le cadre d'une procédure sommaire et peu transparente, dans laquelle le droit de participation de l'intéressé ne serait pas pris en compte. Que répondez-vous à cette critique?

En effet, la procédure n'est pas conçue de manière dialectique. Le droit de participation se limite au droit d'être entendu, comme l'a voulu le législateur. D'autres modèles auraient pu être envisagés. On aurait pu mettre sur pied de véritables tribunaux d'application des peines et mesures et confronter, selon le principe de l'immédiateté, les délinquants concernés, assistés de leur avocat, à l'autorité d'exécution; le juge aurait alors eu à statuer sur la planification d'exécution. Cela demanderait cependant un travail d'organisation plus important. Je doute que les droits de l'intéressé ou le besoin de sécurité de la société seraient mieux pris en compte.

L'intéressé n'aurait pas la possibilité de contester votre évaluation par la voie judiciaire. Des voix se sont également élevées pour dénoncer le fait que les commissions spécialisées qualifient souvent, à tort, les délinquants de dangereux pour la collectivité sous la pression de l'opinion publique.

Comme le prévoit le droit en vigueur, l'intéressé peut bien évidemment recourir contre toutes les décisions

des autorités d'exécution. Il a ainsi la possibilité de faire examiner toutes ces décisions par un juge. Il en va de même d'une évaluation défavorable réalisée par une commission spécialisée. Cela fait déjà quelques années que la KoFako a arrêté de considérer systématiquement les délinquants comme dangereux pour la collectivité. Nous sommes beaucoup plus nuancés dans nos évaluations et décrivons – en tenant compte du parcours de l'intéressé, de son délit et de sa personnalité (plus particulièrement, des éventuels diagnostics psychiatriques) – les différents facteurs de risque et leur évolution. A partir de là, nous formulons des recommandations quant à la manière de lutter au mieux contre ces facteurs de risque.

Quel bilan tirez-vous? Dans quelle mesure les commissions spécialisées peuvent-elles contribuer à prévenir la commission de nouvelles infractions graves?

Je suis convaincu que les commissions spécialisées contribuent à prévenir la récidive grâce à un examen approfondi des dossiers tenant compte des risques et à une évaluation très structurée de ces risques sur la base de toutes les informations disponibles. Les procédures d'évaluation du risque suivies par les experts en psychiatrie légale sont de plus en plus sophistiquées et les méthodes thérapeutiques constamment adaptées aux besoins de chacun. Comme pour tout, il faut trouver le juste dosage pour qu'un remède ne devienne pas un poison, autrement dit que quelque chose censé faire du bien devienne néfaste. Le fait de se focaliser à l'excès sur la sécurité par la prévention et de croire aveuglément en l'infailibilité du pronostic légal pourrait avoir de lourdes conséquences. On ne pourra jamais prédire avec certitude le comportement futur de l'être humain, raison pour laquelle il existera toujours un risque résiduel. Le risque de la prévention à outrance, c'est d'aboutir à de trop nombreuses évaluations «faussement positives», c'est-à-dire de qualifier à tort les délinquants de dangereux pour la collectivité et de ne leur accorder aucun allègement dans l'exécution. L'Etat de droit pourrait ainsi devenir un Etat de non droit. (gal)

«Cela fait déjà quelques années que la KoFako a arrêté de considérer systématiquement les délinquants comme dangereux pour la collectivité.»

Le rôle central des commissions spécialisées

Lorsqu'un délinquant a commis une infraction particulièrement grave au sens de l'art. 64 al. 1 CP et que la levée de la mesure thérapeutique institutionnelle doit être examinée, l'autorité d'exécution prend sa décision sur la base d'une expertise indépendante, après avoir entendu une commission spécialisée. Cette dernière évalue la dangerosité de l'auteur, en vue éventuellement d'un placement dans un établissement ouvert ou de l'octroi d'un allègement dans l'exécution, lorsque l'autorité d'exécution n'est pas en mesure de trancher clairement la question. Les commissions spécialisées des deux concordats alémaniques sur l'exécution des peines mais aussi des cantons latins jouent donc un rôle central dans l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles pour de nombreuses personnes placées.

De nombreuses personnes ne sont pas au bon endroit

Etat des lieux du groupe technique «Monitoring des capacités de privation de liberté»

La pénurie de places dans les cliniques de psychiatrie forensique entraîne des retards dans l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles. Selon les derniers relevés effectués, il manque 147 places.



Peter Fähr, président du groupe technique «Monitoring des capacités de privation de liberté»

Le groupe technique «Monitoring des capacités de privation de liberté» est chargé, sur mandat de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), de procéder à un relevé annuel des données relatives à l'offre de places dans les établissements suisses de privation de liberté. La situation actuelle en matière d'occupation des établissements d'exécution des sanctions pénales en Suisse latine (notamment dans les cantons de Genève et de Vaud) reste très tendue et continuera probablement de l'être tant que les projets planifiés n'auront pas été mis en œuvre. La situation est également très tendue dans le concordat latin s'agissant de l'exécution en milieu fermé. Il faut là aussi que les places planifiées soient créées le plus rapidement possible. Dans les deux concordats alémaniques, la situation se détendra dès que le nouvel établissement pénitentiaire de Realta ouvrira ses portes. Il continue par ailleurs de manquer de places pour la prise en charge des délinquants souffrant de troubles psychiques dans toutes les régions du pays.

904 délinquants présentant des troubles psychiques

Les derniers relevés effectués révèlent qu'à la date de référence du 7 septembre 2016, 904 délinquants souffrant de troubles psychiques exécutaient une mesure au sens de l'art. 59 CP suite à une condamnation entrée en force. Parmi eux, 211 se trouvaient sous le régime du travail et/ou du logement externes et 24 autres bénéficiaient d'une libération conditionnelle. 669 personnes au total étaient donc prises en charge en milieu institutionnel.

Il ressort des analyses effectuées par le groupe technique que près de la moitié de ces personnes

seraient mieux prises en charge dans une clinique forensique en raison de leurs troubles psychiatriques, comme l'explique Peter Fähr, président du groupe technique. Alors que 334 places seraient nécessaires en Suisse, on n'en dispose que de 187; il manque donc 147 places dans des cliniques forensiques pour l'exécution des mesures au sens de l'art. 59 CP. La création prévue pour 2018 de 39 nouvelles places dans la clinique de Rheinau permettra de réduire légèrement ce besoin. «De nombreuses personnes ne sont pas au bon endroit», selon Peter Fähr, qui considère que ces personnes devraient être placées dans une section d'exécution ordinaire ou en détention avant jugement jusqu'au début de leur mesure. Cette situation est problématique car le délai d'attente entre l'entrée en force de la mesure et l'entrée dans une institution adaptée retarde le début du traitement, ce qui peut entraîner une prolongation de la mesure.

Les spécialistes de l'exécution des peines qui participent au groupe technique sont chargés d'analyser l'offre existante des places de détention, son utilisation et les besoins en places. Dans leur rapport, ils formulent également des recommandations, concernant par exemple la création de places supplémentaires dans les cliniques de psychiatrie forensique. L'état des lieux dressé par le groupe technique sert de fondement au pilotage des capacités de privation de liberté par les concordats, les cantons et la Confédération. Les projets de construction dépendent d'une décision politique du canton concerné. Et le dernier mot revient au peuple, qui doit approuver ces projets coûteux (une place en établissement fermé coûte environ CHF 750 000.-). (gal)

Tout fait partie de la thérapie

Un concept d'exécution fondé sur quatre piliers: la «marque de fabrique» du centre d'exécution des mesures de Bitzi

Doté de quatre unités, le centre d'exécution des mesures de Bitzi propose une offre thérapeutique complète aux délinquants souffrant de troubles psychiques ou d'une addiction. Ce modèle unique se caractérise par le fait que les quatre piliers sur lesquels il repose (insertion sociale, insertion professionnelle, thérapie forensique et sécurité) sont d'égale importance, se complètent et prennent des décisions conjointes.

Folco Galli

Il y a un peu plus de dix ans, la prison de Mosnang (SG) devenait le centre d'exécution des mesures de Bitzi. Ce dernier dispose aujourd'hui de seize places en section fermée et de 36 places en section ouverte ainsi que de deux groupes d'habitation externes comptant trois places chacun. Servant principalement au traitement institutionnel des troubles mentaux au sens de l'art. 59 CP et des addictions au sens de l'art. 60 CP, il a pour objectif de diminuer le risque de récidive chez les détenus et de favoriser leur réinsertion dans la société, un objectif que poursuivent ensemble les quatre unités qui composent son offre thérapeutique, à savoir l'unité Insertion sociale, l'unité Insertion professionnelle, le service de sécurité et le service de thérapie forensique.

Quatre piliers d'égale importance

Aux yeux de la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT), qui a inspecté l'établissement en 2013, ce modèle fondé sur quatre piliers est un «modèle exemplaire en Suisse en matière d'exécution des mesures». Quelles sont ses caractéristiques? Le directeur de l'établissement, Claudio Vannini, explique que «les quatre piliers sont d'égale importance». Certes, un des piliers peut par moments, en fonction de l'évolution, jouer un rôle plus important qu'un autre mais aucun ne prend l'ascendant. Les responsables des quatre unités expriment leur point de vue dans le cadre d'un échange interdisciplinaire et prennent toutes les décisions d'un commun accord. En l'absence de consensus, c'est le directeur qui tranche, mais cette situation est rare. «Lorsque nous ne sommes pas d'accord, nous nous remémorons notre principale mission,

à savoir la diminution du risque de récidive et la réinsertion des détenus. Puis nous discutons jusqu'à ce que nous finissions par nous accorder sur le plus petit dénominateur commun.»

La mise sur un pied d'égalité des unités vaut également lors de l'élaboration du plan d'exécution et du compte rendu, une tâche qui revêt une grande importance dans le centre d'exécution des mesures de Bitzi. Un premier plan d'exécution est disponible douze à quinze semaines après l'arrivée du détenu dans l'établissement. Ce plan est ensuite revu chaque année et adapté en fonction des progrès réalisés. Chaque unité livre un rapport spécifique à son activité. «Ce faisant, il est tout à fait possible qu'il y ait des points de vue divergents dans le rapport commun. En conclusion, sont formulées des recommandations contraignantes destinées aux autorités ayant ordonné le placement», précise M. Vannini. Le rapport, qui contient 20 pages au minimum, se veut détaillé afin que les personnes auxquelles il s'adresse disposent d'éléments solides pour décider éventuellement d'un allègement dans l'exécution, d'une extension des droits de visite ou d'un retour en section fermée.

Accent mis sur la thérapie de groupe

Les prestations médico-légales proposées par le centre d'exécution des mesures de Bitzi sont fournies par la Clinique psychiatrique cantonale de Wil dans le cadre d'un contrat de prestations. Faute de personnel suffisant, la thérapie de groupe est la forme de thérapie qui est privilégiée. Claudio Vannini voit une autre raison tout aussi importante à ce choix: «Entre eux, les détenus ne peuvent pas se mentir. Ils

«Les quatre unités expriment leur point de vue dans le cadre d'un échange interdisciplinaire et prennent toutes les décisions d'un commun accord.»

«Entre eux, les détenus ne peuvent pas se mentir.»

«Nous ne pouvons accomplir notre travail au sein de la communauté que grâce au travail effectué dans l'ombre par le service de sécurité.»

«Le fait d'avoir un travail ou de suivre une formation offre aux détenus de nouvelles perspectives professionnelles à leur libération et permet de diminuer le risque de récidive.»

sont beaucoup plus critiques que ne le sera jamais un professionnel.» Le directeur considère qu'une thérapie individuelle n'est pas mieux qu'une thérapie de groupe mais qu'elle peut se révéler efficace dans certains cas, par exemple lorsqu'un détenu est incapable d'être en collectivité. Là encore, les quatre unités décident ensemble quelle thérapie est la plus adaptée à chaque détenu et dans quel groupe un détenu évoluera (groupe de psychothérapie général, groupe de traitement des addictions ou groupe de délinquants sexuels).

Patrick Dort, qui dirige l'unité Insertion sociale ajoute que «ce qui est important, ce n'est pas le type ni l'ampleur de la thérapie mais le fait de pouvoir mettre en pratique au sein du groupe d'habitation ou au travail ce sur quoi on a travaillé en groupe». C'est une différence essentielle avec certaines sections psychiatriques fermées, où les détenus retournent dans leur cellule ou leur groupe d'habitation après leur thérapie individuelle ou de groupe sans se voir proposer aucune activité occupationnelle. «Chez nous, les détenus peuvent montrer au quotidien les progrès qu'ils ont réalisés. C'est la raison pour laquelle il est essentiel qu'ils retrouvent autant que possible un semblant de normalité au sein de la communauté. Ici, les détenus doivent eux-mêmes laver leur linge, cuisiner, faire le ménage et accomplir d'autres tâches de la vie courante. C'est justement dans cette normalité que nous voyons comment la personne fonctionne, comment elle réagit face aux conflits et comment sa personnalité change. Ici, c'est la vraie vie !»

Effet thérapeutique du service de sécurité

Claudio Vannini explique que «la thérapie ne se résume pas aux entretiens individuels et aux discussions de groupe; tout fait partie de la thérapie dans l'établissement». La communauté thérapeutique doit permettre aux détenus d'apprendre à vivre ensemble et de développer des capacités d'empathie, ce qui suppose aussi qu'ils prennent conscience qu'ils ne sont pas seuls et que ce n'est pas la loi du plus fort qui règne. L'insertion professionnelle, qui contribue à structurer le quotidien, fait également partie de l'offre thérapeutique globale. Le service de sécurité a, lui aussi, un effet thérapeutique. «Il n'est cependant pas uniquement question pour ses membres d'assurer une présence en uniforme et de procéder à des contrôles», souligne Sascha Gees, le responsable, avant d'ajouter: «Le service de sécurité doit être considéré comme faisant partie intégrante d'une institution thérapeutique. Ce rôle est plus plaisant pour les collaborateurs, mais aussi plus difficile à assumer.»

Patrick Dort explique, à l'aide d'un exemple, les bienfaits thérapeutiques du service de sécurité: «L'approche basée sur la confrontation et orientée vers le

délit que nous utilisons lorsque nous travaillons avec les détenus au sein du groupe d'habitation peut parfois être douloureuse ou provoquer de la colère. En cas de divergences de points de vue, il se peut même que le ton monte.» Tant que le détenu est sous contrôle, ses collaborateurs peuvent uniquement intervenir pour désamorcer la situation. Lorsque ce n'est plus le cas, ils font appel aux membres du service de sécurité, qui portent un uniforme dans un but bien précis. En effet, le simple fait de les voir arriver permet aux détenus de comprendre qu'ils ont dépassé les limites et qu'ils doivent se ressaisir. C'est la raison pour laquelle les bagarres sont très rares. «Le service de sécurité n'a même pas besoin d'intervenir. Il suffit qu'il entre dans la pièce pour que l'ambiance au sein de la communauté change», explique M. Dort avant de préciser: «Nous ne pouvons accomplir notre travail au sein de la communauté que grâce au travail effectué dans l'ombre par le service de sécurité.»

Améliorer la situation professionnelle des détenus

De nombreux détenus ont interrompu leur scolarité ou leur formation et ne possèdent pas les bases requises pour subvenir à leurs besoins. Les responsables du centre d'exécution des mesures de Bitzi souhaitent donc améliorer leur situation professionnelle par le travail et la formation. «Nous mettons l'accent sur ce point depuis quelques années et exigeons qu'un maximum de détenus suivent une formation», explique le directeur. L'établissement ne formait auparavant que peu d'apprentis si bien que ce potentiel restait inexploité. Aujourd'hui, il peut proposer des apprentissages dans toutes les branches, par exemple dans l'horticulture, l'agriculture, la cuisine, la conciergerie, la menuiserie ou la serrurerie. L'investissement – des conseils en orientation professionnelle au suivi du détenu en passant par la recherche d'emploi et l'entretien du contact avec l'employeur – est certes important, mais c'est un gage de succès», fait remarquer Marcel Egger, qui dirige l'unité Insertion professionnelle. Les responsables du centre d'exécution des mesures de Bitzi sont convaincus que le fait d'avoir un travail ou de suivre une formation offre aux détenus de nouvelles perspectives professionnelles à leur libération et permet de réduire durablement le risque de récidive. Cela favorise en outre l'identité professionnelle et permet aux détenus de développer une saine estime d'eux-mêmes.

«Si l'on prend note de toutes les aspirations professionnelles des détenus, on tient également compte de leurs points forts et de leurs points faibles lors de l'élaboration du plan d'exécution», explique Marcel Egger. Il est ainsi possible qu'une formation soit exclue parce qu'un détenu est incapable de travailler en équipe. Par ailleurs, le centre d'exécution des



Ce qui est fondamental pour l'insertion sociale des détenus dans le centre d'exécution des mesures de Bitzi, c'est la vie en collectivité dans le groupe d'habitation, dont font partie les repas en commun.

Photo: Peter Schulthess

mesures de Bitzi ne soutient pas les détenus qui optent pour une formation professionnelle dans un secteur où le marché est saturé et où ils n'auront, au vu de leurs antécédents, aucune chance de trouver un poste. «C'est la hiérarchie qui prend la décision», déclare M. Vannini sans équivoque. Et cette stratégie résolument orientée vers l'acquisition d'une formation de base devant permettre aux détenus de subvenir à leurs besoins porte ses fruits à long terme. Le directeur évoque ainsi, non sans satisfaction, la réinsertion particulièrement impressionnante d'un détenu qui a passé plus de six ans à Bitzi et qui a dû effectuer un apprentissage contre son gré. A sa libération, il a trouvé du plaisir dans son travail et occupe aujourd'hui un poste à responsabilité dans le métier appris.

Un travail régulier et une thérapie exigeante

Il n'est possible de suivre une formation que dans la section ouverte. Les détenus de la section fermée peuvent cependant accomplir de menus travaux industriels. Le programme «formation dans l'exécution des peines» (Fep) leur permet, en outre, d'acquérir des connaissances de base dans la lecture, l'écriture, le calcul et l'utilisation d'un ordinateur mais aussi de déterminer s'ils ont des aptitudes pour une formation. La section fermée remplit également une autre fonction: «De nombreux détenus qui arrivent ici n'ont aucune idée de ce qu'est une mesure institutionnelle. Ils ont été attirés par certains allègements dans l'exécution – comme la durée d'enfermement moins longue – et pensent à tort qu'ils vont bénéficier de conditions de détention plus souples et plus agréables», explique le directeur. Ils doivent dans un premier temps s'habituer à évoluer dans une structure de jour, notamment en travaillant de manière régulière et en s'investissant dans un groupe thérapeutique.

La CNPT a qualifié de difficiles les conditions de détention dans la section fermée. Les responsables confirment en effet que les détenus, mais aussi les

collaborateurs, sont à l'étroit dans cette section initialement conçue pour des séjours d'une durée maximale de six mois. Les travaux prévus permettront de remédier à cette situation. Le transfert des postes de travail dans un bâtiment séparé permettra de libérer de la place pour créer, entre autres, une pièce destinée aux visites familiales et conjugales ainsi qu'une salle de fitness. L'installation d'une clôture permettra, par ailleurs, aux détenus d'avoir directement accès au terrain de sport et donc d'accroître considérablement leur liberté de mouvement. Grâce à ces aménagements, il sera possible d'envisager des séjours de plus d'un an dans cette section.

Aucun accès pour les détenus allophones

Compte tenu du succès rencontré, il n'est pas surprenant que la CNPT ait recommandé, après sa visite, d'ouvrir le centre d'exécution des mesures de Bitzi aux détenus allophones. Le directeur de l'établissement considère cependant que ce n'est pas faisable: «La maîtrise de la langue est indispensable pour que la thérapie soit efficace.» D'après lui, il est impossible de trouver du personnel qualifié, capable de mener des entretiens dans la langue maternelle des détenus. Dans la mesure où l'on travaille en groupe au sein de la communauté thérapeutique et dans le cadre de la thérapie forensique, les membres des groupes doivent également être en mesure de se comprendre entre eux.

Selon la CNPT, le grand professionnalisme et l'investissement du personnel méritent la «plus haute reconnaissance». Les responsables pensent que cette bonne culture d'entreprise est notamment due au fait que, contrairement à ce qui se passe dans d'autres établissements pénitentiaires, le personnel se rend compte des moindres progrès réalisés par les détenus. Il les voit passer de la section fermée à la section ouverte, puis au groupe d'habitation externe. Ces progrès visibles lui font prendre conscience de l'utilité de son travail, ce qui le motive énormément.



La thérapie forensique tient également compte des capacités individuelles de chaque détenu. Les détenus qui ont par exemple du mal à décrire leur situation sociale ou familiale avec des mots peuvent se servir de figurines en bois pour surmonter ce problème. Photo: Peter Schulthess

Des possibilités d'amélioration dans un domaine professionnel difficile

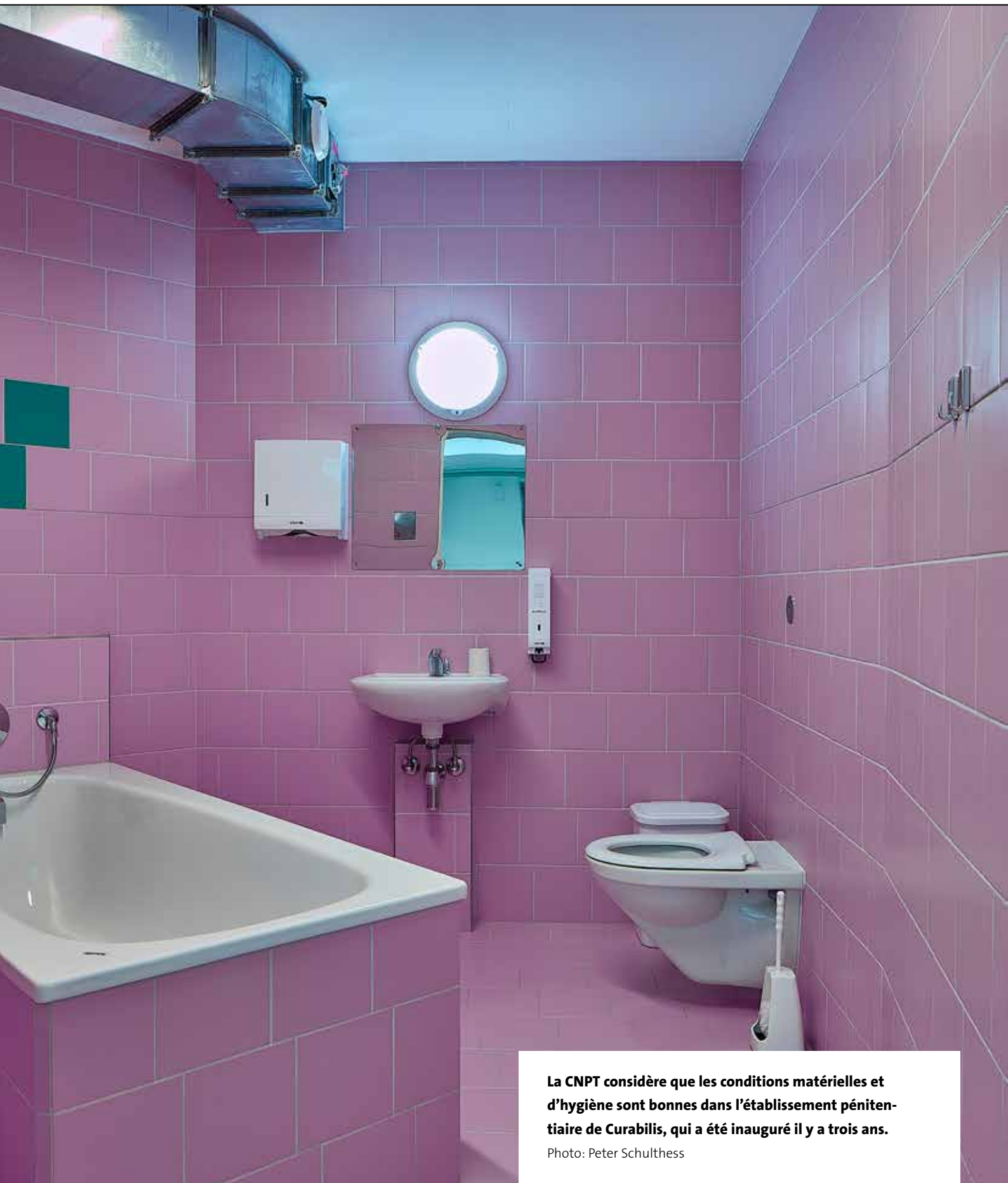
Rapport concernant la situation dans l'établissement pénitentiaire de Curabilis et prise de position y relative

Suite à sa visite de l'établissement pénitentiaire de Curabilis, la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) a salué l'offre et la qualité des soins thérapeutiques. Elle a cependant regretté la prédominance de la prise en charge individuelle au détriment de la thérapie de groupe ou sociothérapie et de la thérapie par le travail. Ces deux éléments doivent impérativement faire partie intégrante d'un concept de mesures thérapeutiques en vue de la réinsertion des personnes détenues. Dans sa prise de position relative au rapport de la CNPT, le Conseil d'Etat du canton de Genève se dit satisfait de voir que la commission reconnaît la qualité de l'engagement du personnel et du traitement réservé par celui-ci aux détenus.

Dans le cadre de ses visites régulières des lieux de détention, la CNPT s'est penchée les 14 et 15 mars 2016 sur la situation dans l'établissement pénitentiaire fermé de Curabilis en mettant l'accent sur l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles. Cet établissement moderne, inauguré en 2014, est composé de six pavillons, répartis autour d'une grande cour de promenade. La CNPT considère que les conditions matérielles et d'hygiène sont bonnes. Elle regrette uniquement que l'établissement ne dispose d'aucune salle permettant de développer de manière adéquate des activités occupationnelles. Selon elle, l'établissement de Curabilis propose un traitement psychiatrique de qualité et dispose d'un effectif de personnel médico-soignant élevé en comparaison avec d'autres établissements similaires de Suisse. Les soins somatiques sont assurés par les Hôpitaux universitaires de Genève (HUG).

Problèmes institutionnels

En ce qui concerne le rattachement institutionnel de Curabilis, la commission note une confusion qui a des répercussions négatives sur la prise en charge des détenus. L'établissement est en effet placé sous l'autorité de l'Office cantonal de la détention (OCD). Alors que la gestion pénitentiaire incombe au directeur de Curabilis, l'unité en charge des soins psychiatriques et la gestion des thérapies institutionnelles sont placées sous la responsabilité des HUG. Il en résulte une gestion parallèle de deux services qui répondent à des logiques institutionnelles différentes. La commission a ainsi relevé que les deux catégories de professionnels travaillaient en parallèle sans véritablement tenir compte de la dimension interdisciplinaire de leurs activités respectives. La coexistence de compétences parallèles porte préjudice au bon fonctionnement de l'établissement et mérite d'être clarifiée en toute urgence.



La CNPT considère que les conditions matérielles et d'hygiène sont bonnes dans l'établissement pénitentiaire de Curabilis, qui a été inauguré il y a trois ans.

Photo: Peter Schulthess

Comme l'écrit le conseiller d'Etat Pierre Maudet dans sa prise de position du 9 mars 2017, le Conseil d'Etat partage les préoccupations de la commission relatives à la question des familles professionnelles répondant à des logiques institutionnelles différentes dans un même établissement. Pour résoudre ce problème, il a décidé d'un double rattachement hiérarchique et fonctionnel des cadres du service des mesures institutionnelles. Le mode de fonctionnement de ce service, qui n'est effectif que depuis le début de l'année, est en cours d'élaboration.

Le concept de prise en charge de Curabilis repose sur la thérapie, le comportement, le travail, l'activité occupationnelle et la formation de la personne. Bien que la CNPT salue cette approche qui vise à favoriser la réinsertion sociale et professionnelle des détenus, elle note que dans la pratique, la prise en charge se limite à un suivi thérapeutique et que les aspects relatifs au travail et à la formation ne font pour l'instant l'objet d'aucune concrétisation. Elle recommande par conséquent de revoir la prise en charge des détenus sous cet angle et d'accorder une priorité accrue au développement des activités occupationnelles.

Des plans d'exécution qui font défaut

Selon la commission, les plans d'exécution des mesures sont bien construits mais peu concrets. Ils sont par ailleurs réalisés par des psycho-criminologues externes à l'établissement, qui ne suivent pas de près l'évolution du détenu. Il en résulte des plans d'exécution qui ne s'articulent aucunement aux plans thérapeutiques élaborés par les équipes médicales. La commission se montre préoccupée par le fait que, lors de sa visite, plusieurs détenus ne disposaient pas d'un plan d'exécution de la mesure, alors que certains séjournaient depuis deux ans au sein de l'établissement. Jugeant ces retards inacceptables, elle recommande d'accélérer l'élaboration de ces plans d'entente avec la personne détenue et de concrétiser les objectifs qui y sont formulés afin que les plans servent de réel instrument à tous les intervenants concernés.

Le Conseil d'Etat a pris les mesures qui s'imposaient pour combler les retards dans l'élaboration des plans d'exécution, comme il l'a indiqué dans sa prise de position. Une nouvelle directive est en outre entrée en application, clarifiant les processus et les rôles de chaque acteur et prévoyant différents modèles de plans d'exécution, calibrés en fonction de la typologie des détenus.

Plus d'occupations et d'offres de formations

Faute de locaux suffisants, Curabilis n'offre pas d'activités occupationnelles, ni d'ateliers de production. Seules des places dans la buanderie et l'inten-

dance ont pu être aménagées. Les détenus peuvent par ailleurs participer à des activités de cuisine, de pâtisserie ou de théâtre organisées dans le cadre de leur programme thérapeutique, mais l'offre est extrêmement limitée. En outre, des cours de français et de mathématiques sont dispensés aux détenus, qui ont aussi une salle de sport à leur disposition. La commission souligne l'importance des activités occupationnelles sous l'angle de la prise en charge thérapeutique des détenus sous mesures. Elle recommande par conséquent d'aménager des places de travail supplémentaires et d'élargir l'offre en matière de formation professionnelle.

Le Conseil d'Etat explique, dans sa prise de position, que la réalisation matérielle d'activités occupationnelles, de formation et de places de travail est possible à court terme dans la structure actuelle en réaffectant certains locaux. L'offre de formation a été étouffée depuis la dernière visite de la CNPT. L'évaluation des besoins en termes de formation est en cours au sein de l'OCD, au travers de l'élaboration d'un concept de réinsertion.

Davantage de personnel expérimenté requis

La CNPT a noté, lors de sa visite, que la majorité du personnel pénitentiaire était en cours de formation et, par ailleurs, peu expérimenté dans la gestion de détenus présentant des troubles psychiques. Elle a cependant aussi constaté que le personnel se montre engagé et attentif aux besoins des détenus. Afin de garantir le bon fonctionnement de l'établissement, elle recommande d'augmenter le nombre des agents pénitentiaires expérimentés au sein de l'équipe et de favoriser les formations axées sur la gestion des détenus avec troubles psychiques. Elle a par ailleurs pris note des difficultés en lien avec la coexistence de deux statuts du personnel divergents pour les agents de détention dans les établissements pénitentiaires genevois.

Dans sa prise de position, le Conseil d'Etat attire l'attention sur le fait que l'OCD a procédé à un recrutement conséquent et entrepris l'élaboration d'un concept de formation. Cette formation fait partie du dispositif visant à créer un statut unique du personnel pénitentiaire, qui encouragera la mobilité et par conséquent une meilleure répartition du personnel expérimenté entre les établissements. A Curabilis, la formation des agents de détention se poursuit en fonction des impératifs opérationnels et il est prévu de former l'ensemble des agents de détention à la gestion de détenus avec des troubles psychiques. (gal)

«Les plans d'exécution des mesures sont bien construits mais peu concrets.»

«Le personnel se montre engagé et attentif aux besoins des détenus.»



Cinq questions à Roland Zurkirchen

«Pour moi, la détention avant jugement constitue la première étape vers la réinsertion du détenu dans la société.»

Directeur des prisons préventives zurichoises depuis le 1^{er} juillet 2017, Roland Zurkirchen a auparavant été directeur de l'unité de prévention de la violence de la ville de Zurich, puis directeur de la prison de Limmattal.



#prison-info: Avant de prendre vos fonctions de directeur des prisons préventives zurichoises, vous aviez déjà fait part de votre volonté d'améliorer les conditions de la détention avant jugement. Dans quelle mesure est-il nécessaire d'agir?

Roland Zurkirchen: Respecter la présomption d'innocence tout en prenant en compte le fait qu'une enquête pénale est en cours est un défi de taille pour ceux qui travaillent au quotidien avec des personnes en détention avant jugement. Par ailleurs, les procédures, en grande partie standardisées, qui doivent être suivies dans une prison doivent pouvoir être respectées. Il faut donc composer avec la marge de manœuvre disponible. Le canton de Zurich, qui compte cinq prisons préventives, a la possibilité de proposer une offre plus ciblée dans ses établissements, ce qu'il fait d'ailleurs déjà, par exemple pour la prise en charge des jeunes et des femmes. L'unité d'intervention de crise qui doit prochainement ouvrir dans la prison de Limmattal est un autre exemple. Par ailleurs, nous réfléchissons à l'introduction du modèle en deux phases dans le système de la détention avant jugement, ce qui signifierait que les détenus ne présentant aucun risque de collusion pourraient bénéficier d'un régime plus ouvert.

Une unité d'intervention de crise, spécialement adaptée aux besoins des personnes en détention avant jugement qui ont des tendances suicidaires, doit prochainement ouvrir dans la prison de Limmattal. Quelles

sont les spécificités de cette unité et des unités similaires sont-elles prévues dans d'autres établissements?

Les détenus des prisons préventives zurichoises qui sont concernés seront pris en charge dans cette unité et suivis de manière intensive par des psychiatres. Nous espérons ainsi décharger les autres établissements. L'expérience acquise au sein de cette unité pourra par la suite servir aux autres institutions.

Quelles autres mesures envisagez-vous?

Les prisons préventives doivent être considérées comme une seule et même institution implantée sur cinq sites. Pour moi, la détention avant jugement constitue la première étape vers la réinsertion du détenu dans la société. Le détenu doit surmonter la crise personnelle causée par son arrestation afin d'être préparé au mieux à l'exécution de sa peine, puis à sa réinsertion. Notre but ultime est, en effet, que les détenus puissent à l'avenir vivre en liberté sans commettre de délits. Cet objectif commun détermine les mesures à prendre.

Lorsque vous étiez directeur de la prison de Limmattal, vous avez été aux premières loges de l'évasion d'Hassan Kiko et d'Angela Magdici. Quels sont les principaux enseignements qui ont été tirés de cet incident dans le canton de Zurich et à l'échelle nationale?

Les enseignements que nous en avons tirés nous ont finalement permis d'améliorer davantage les processus. N'oublions cepen-

dant pas qu'il s'agissait là d'un incident isolé qui n'était pas dû à une faille dans le système. Nous sommes très exigeants lorsque nous recrutons du personnel. En dépit de tous nos efforts, on ne pourra cependant jamais être dans la tête des gens. Entre autres choses, nous avons adapté nos installations techniques et mis davantage l'accent sur la question de la proximité et de la distance à adopter par les professionnels avec les détenus, y compris lors de la formation.

Quelles conséquences cette évasion a-t-elle eues sur le personnel pénitentiaire directement concerné et sur la profession dans son ensemble?

Cet incident a provoqué une déception et une consternation immenses au sein de l'équipe et fait l'objet d'une couverture médiatique importante. Grâce à des discussions et à de nombreuses réunions d'équipe, nous avons réussi à «digérer» ce qui s'était passé et à tirer un trait dessus tous ensemble. La cohésion d'équipe me paraît aujourd'hui plus forte que jamais. Nous devons cependant constamment garder à l'esprit que le travail que doivent quotidiennement accomplir nos collaborateurs est difficile et exigeant, ce qui requiert de leur part un degré élevé de professionnalisme. Je voudrais profiter de l'occasion pour remercier les surveillants et le personnel d'encadrement pour leur travail remarquable.

«Un partenaire dans la lutte anti-terroriste»

Le renforcement de l'échange d'informations est primordial

La lutte anti-terroriste est l'affaire de toute la société. Elle implique de nombreuses autorités à l'échelle locale, cantonale, fédérale et internationale, notamment aussi les autorités d'exécution des peines, comme le montre le troisième rapport de la task force TETRA (TErrorist TRAcking).

L'échange d'informations entre les différentes autorités est l'une des clés de l'efficacité des mesures anti-terroristes. Si cet échange d'informations a été renforcé grâce à TETRA, les expériences ont montré que l'échange d'informations entre les autorités d'exécution des peines et les autorités de poursuite pénale, de sécurité et de migration peut encore être amélioré.

Le rapport publié le 14 mars 2017 affirme que les autorités d'exécution des peines et mesures sont tributaires des informations des autorités de sécurité s'agissant des antécédents des détenus. Une réglementation claire de l'échange d'informations facilite l'évaluation correcte de la menace par les services compétents. En cas de menace persistante pour la sécurité au-delà de la détention, ceux-ci peuvent prendre en temps utile les mesures de police et de renseignement requises. Un classement central des informations pertinentes y concourrait. Selon le rapport, les réflexions avec les autorités chargées de l'exécution des peines vont continuer afin de favoriser la remontée d'informations vers les autorités de poursuite pénale, et vice versa. Elles devraient aboutir à une meilleure sensibilisation des différents acteurs et, si nécessaire, à la prise de mesures concrètes.

Interrogé par #prison-info, Blaise Péquignot, secrétaire général de la Conférence latine des chefs des Départements de justice et police (CLDJP), souligne: «Le domaine de l'exécution des peines est bien un partenaire dans la lutte anti-terroriste, tant par sa mission propre que par la collaboration nécessaire avec les autorités de sécurité. Le renforcement de l'échange d'informations

est donc primordial.» #prison-info lui a posé plusieurs autres questions:

Quelle est l'importance du plan d'exécution?

Pour chaque détenu, un plan d'exécution de la sanction doit être établi. Ceci se réalise sur la base d'une évaluation criminologique afin de cerner le risque de récidive que le détenu représente et de déterminer un programme de prise en charge psycho-socio-thérapeutique, et ce qu'une mesure ait été ordonnée ou non par le tribunal. Le but de l'exécution de la peine est d'aboutir à ce que la personne ne commette plus d'infractions une fois libérée.

Comment peut-on garantir que le plan d'exécution repose sur des fondements solides?

Il est important d'avoir le plus de renseignements sur le détenu. S'il a été condamné pour des infractions en lien avec des activités issues

de radicalisation ou d'extrémisme violent, cet aspect de sa personnalité sera évident. Mais une personne peut être condamnée pour des actes sans lien apparent avec une radicalisation ou un extrémisme violent. Il est donc essentiel, si elle est dans le radar des services de renseignement, que cette information soit donnée à l'autorité d'exécution.

Que se passe-t-il en cas de radicalisation d'une personne pendant sa détention?

De même, si une personne montre des signes de radicalisation durant l'exécution de sa peine, il est important que l'autorité d'exécution le signale aux services compétents afin que, là aussi, les mesures puissent être prises, que ce soit pendant l'exécution ou après. Et c'est donc toute l'importance de cet échange d'informations qui permet à chaque autorité de remplir sa mission. C'est le sens de l'art.

Le CSFPP participe au Plan d'action national

Le Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire (CSFPP) et le Réseau national de sécurité (RNS) veulent apporter à la lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent un souffle nouveau, la doter des toutes dernières connaissances techniques et lui faire bénéficier d'idées nouvelles ayant fait leurs preuves au niveau international. A cet effet, des responsables de l'exécution des peines participent, sous l'égide du comité des Neuf de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), à l'élaboration du Plan d'action national du RNS sous la forme d'un échange.

Ce plan d'action, qui sera élaboré en collaboration avec des représentants de la Confédération, des cantons, des villes et des communes d'ici à l'automne 2017, doit permettre de garantir une procédure coordonnée contre la radicalisation et l'extrémisme violent. Il prévoit principalement des mesures destinées à prévenir les tendances éventuelles à la radicalisation. Il s'agit ici de déterminer la nature et l'importance du risque ou le degré de vulnérabilité face à la radicalisation et à l'extrémisme violent. Le Plan d'action national a également pour but de mettre à disposition les outils nécessaires pour reconnaître suffisamment tôt les signes de radicalisation et d'extrémisme violent.

Selon la description de projet faite par le CSFPP, sont abordés dans le cadre de cette collaboration la gestion de la sécurité pendant l'exécution des peines ainsi que l'échange d'informations avec les autorités en charge de la sécurité. La question de savoir si des tests d'aptitude ainsi qu'une formation de base et continue doivent être mis en place pour les aumôniers de prison musulmans doit également être examinée. L'évaluation des risques doit en outre être renforcée et la pertinence de programmes d'intervention spécifiques destinés à la déradicalisation des délinquants extrémistes et à leur réinsertion dans la société doit être étudiée. Enfin, l'échange doit contribuer au développement des offres de formations initiales et continues dans le domaine de l'exécution des peines et mesures.

20 de la loi fédérale sur le renseignement qui donne une base légale claire à cet égard.

Comment les responsables de l'exécution des peines réagissent-ils face aux détenus radicalisés ou à la possible radicalisation d'une personne incarcérée?

Même si nos prisons sont loin d'être des foyers de radicalisation, cette problématique est bien évidemment prise très au sérieux par les instances cantonales concernées, que cette radicalisation soit avérée ou qu'elle naisse en détention. Il est donc important que les collaborateurs du domaine de l'exécution des peines y soient sensibilisés. C'est

notamment le rôle dévolu au Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire. Dans leur formation de base, les agents de détention sont instruits sur la problématique de la prise en charge de détenus de culture différente. Le centre propose également un cours de formation continue intitulé «Radicalisation en milieu pénitentiaire: profils, processus et mécanisme de gestion». Actuellement, le centre planche sur un projet intitulé «Lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent dans l'exécution des peines» qui devrait déboucher, dans un premier temps, sur des recommandations spécifiques. (gal)



Blaise Péquignot, secrétaire général de la CLDJP

Libération conditionnelle: Code pénal versus pratique(s)

Résultats d'une étude

La Suisse romande se montre bien plus restrictive que la Suisse alémanique dans l'octroi de la libération conditionnelle des peines privatives de liberté. En revanche, les écarts se révèlent moins importants entre les deux parties du pays concernant la libération conditionnelle des mesures thérapeutiques institutionnelles. Afin de garantir une certaine uniformisation dans l'exécution des sanctions pénales ainsi que l'égalité de traitement, une meilleure harmonisation des pratiques cantonales s'avère souhaitable.

Aimée H. Zermatten et Thomas Freytag

Toute personne privée de sa liberté en raison d'une condamnation pénale peut prétendre, après une certaine évolution dans l'exécution de sa peine, à la libération conditionnelle. Ainsi, s'agissant d'une peine privative de liberté, l'autorité compétente octroie la libération conditionnelle au détenu qui a subi les deux tiers de sa peine mais au moins trois mois de détention (art. 86 al. 1 CP). Encore faut-il que le pronostic d'ensemble, fondé notamment sur le comportement, les antécédents, la personnalité, l'amendement, les perspectives de réinsertion et le risque de

récidive, n'apparaisse pas défavorable. Enfin, d'après la jurisprudence fédérale, la libération conditionnelle représente la règle, son refus l'exception (ATF 133 IV 201, c. 2.2.).

Dans le cadre de l'exécution d'une mesure thérapeutique institutionnelle (art. 59 CP: traitement des troubles mentaux; art. 60 CP: traitement des addictions; ou art. 61 CP: mesures applicables aux jeunes adultes), l'autorité compétente accorde la libération conditionnelle de la mesure dès que l'état de l'auteur justifie de lui donner l'occasion de faire ses preuves en liberté (art. 62 al. 1 CP). A cet égard, la loi n'exige pas la guérison de l'auteur mais une évolution ayant permis une diminution suffisante du risque de récidive. L'autorité doit pouvoir émettre un pronostic favorable par rapport au comportement futur du condamné (ATF 137 IV 201, c. 1.2.).

Règles identiques pour tous ...

Bien que la procédure et les conditions relatives à la libération conditionnelle diffèrent s'il s'agit d'une peine ou d'une mesure, les règles fixées dans le Code pénal (art. 62 ss et 86 ss CP) et la jurisprudence fédérale sont identiques pour tous ceux qui purgent une sanction du même type (c'est-à-dire une peine privative de liberté ou une mesure thé-

rapeutique institutionnelle), peu importe le canton de condamnation dont ils dépendent. Notre étude s'intéressant aux pratiques cantonales en matière de libération conditionnelle sur une période de plus de dix ans (2004-2015) démontre toutefois des résultats divergents, en particulier pour les peines privatives de liberté.

... mais résultats divergents

En effet, en comparant les pratiques au sein des trois Concordats d'exécution des peines et mesures pour la période 2009-2013, les résultats montrent que la Suisse latine (FR, JU, NE, VD) accorde bien moins souvent la libération conditionnelle d'une peine privative de liberté que la Suisse alémanique (AG, AI, BE, GR, SG, SH, TG, ZG, ZH): 57 % d'octrois contre 83 %. Même constat pour 2014-2015 en analysant les décisions de 23 cantons, les autorités ont été plus sévères au sein du Concordat latin (FR, GE, JU, NE, VD, VS) avec 67 % d'octrois qu'au sein des deux Concordats alémaniques (AG, AR, BE, BL, BS, GL, GR, LU, NW, OW, UR, SG, SH, SO, SZ, ZG, ZH) avec 79 % d'octrois. Cette observation se confirme avec l'examen de cantons similaires (urbains et proches d'une frontière: Genève et Bâle-Ville; de taille similaire: Vaud et Zurich). En

2014 et 2015, les deux cantons romands ont octroyé moins de libérations conditionnelles d'une peine privative de liberté que les deux cantons au Nord de la Suisse (octrois: ZH 84 % – VD 54 %; BS 96 % – GE 70 %).

Les résultats pour les mesures thérapeutiques institutionnelles révèlent des pratiques plus uniformes entre les trois Concordats. Ainsi, pour les années 2008–2013, le Concordat latin (JU, VD) a accordé la libération conditionnelle dans 13 % des cas et les Concordats

alémaniques (AI, AG, AR, GR, SG, SH, SZ, TG, ZG) dans 21 %. A noter toutefois, à propos de ce dernier chiffre, que la moyenne est fortement influencée par le Concordat de la Suisse orientale (30 % d'octrois) et que le Concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest (12 % d'octrois) est très proche du Concordat latin (13 % d'octrois). Idem pour la période 2010–2015 où l'on retrouve des valeurs semblables mais avec d'autres cantons: 13 % d'octrois pour le Concordat latin (FR, JU, NE, VD) et

pour le Concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest (SO, SZ, ZG); 27 % d'octrois pour le Concordat de la Suisse orientale (AR, GR, SG, SH).

Hypothèses

Plusieurs hypothèses ont été avancées pour expliquer les écarts entre cantons latins et alémaniques en matière de libération conditionnelle des peines privatives de liberté. Il s'agit notamment: d'une possible pondération différente des critères établissant le pronostic global; de l'existence de deux systèmes concernant les commissions de dangerosité appelées à donner leur préavis sur les dossiers de condamnés réputés dangereux (les cantons latins possèdent chacun une commission cantonale tandis que les cantons alémaniques se sont dotés de deux commissions, une par Concordat); d'une présence plus importante de détenus étrangers en Suisse romande, pour lesquels un pronostic favorable de réinsertion (travail, logement, réseau social, etc.) peut être plus difficile à établir.

Au sujet des mesures thérapeutiques institutionnelles, il convient de préciser que l'échantillon examiné est bien plus restreint que celui des peines privatives de liberté. Ceci s'explique tout d'abord par l'effectif moyen des personnes en exécution d'une mesure thérapeutique institutionnelle, soit, pour la période 2004–2015, 470 personnes en moyenne contre 6'275 en exécution d'une peine privative de liberté. Ensuite, nous ne disposons pas de données aussi complètes que pour les peines privatives de liberté. Cet état de fait implique que la pratique de certains cantons, comptant davantage de condamnés à une mesure, influence les résultats. Les écarts peuvent également illustrer l'allocation de plus ou moins de ressources suivant les cantons, respectivement les Concordats. En effet, le cadre d'exécution de la mesure (par exemple, une clinique forensique ou une institution d'exécution de mesures spécialisée plutôt qu'un établissement pénitentiaire) et les moyens mis en œuvre pour la prise en charge globale, y compris la préparation à la réintégration dans la collectivité, peuvent rendre compte d'une tendance plus favorable envers la libération conditionnelle.

Nos résultats mettent également en exergue une différence marquante (plus de 50 %) entre les taux d'octroi de la libération conditionnelle d'une peine privative de liberté et ceux d'une mesure thérapeu-

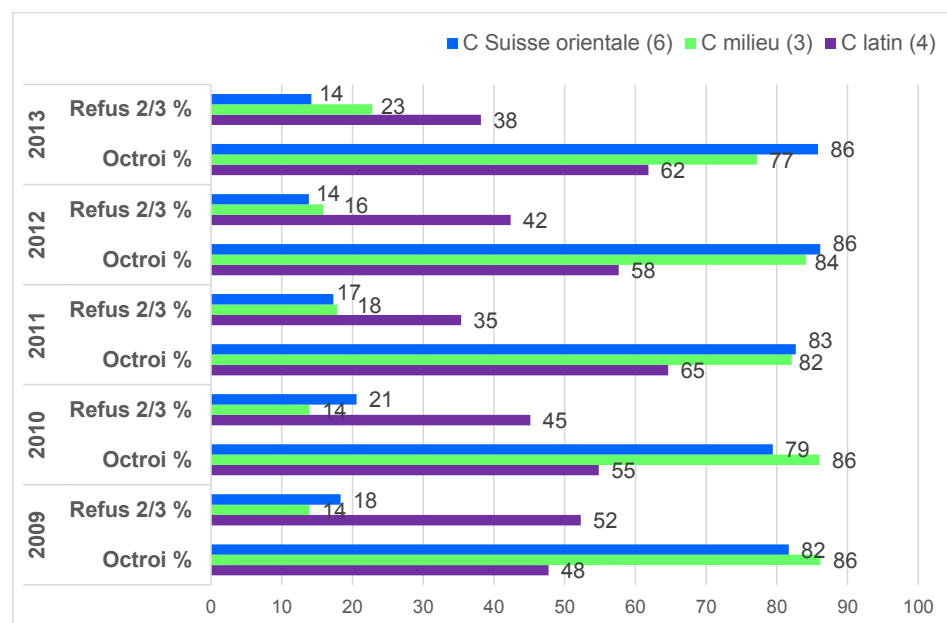


Illustration 1: Libération conditionnelle d'une peine privative de liberté (2009–2013)

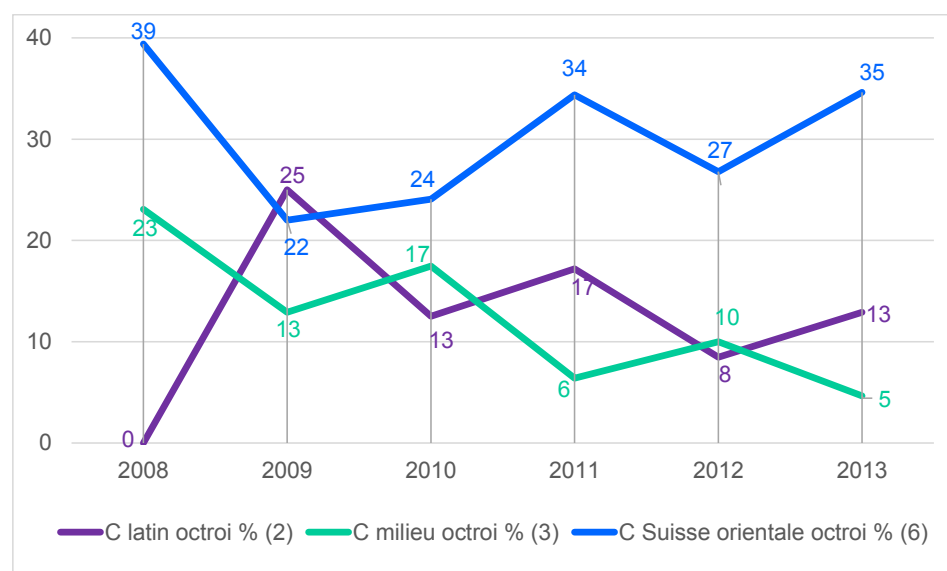


Illustration 2: Libération conditionnelle d'une mesure thérapeutique institutionnelle (2008–2013)

tique institutionnelle, pour la période 2009-2013, au sein des trois Concordats. Plusieurs facteurs peuvent l'expliquer. Tout d'abord, la libération conditionnelle d'une mesure suppose un pronostic favorable alors que l'absence d'un pronostic défavorable, plus aisé à poser, suffit pour accorder la libération conditionnelle d'une peine privative de liberté. Ensuite, l'examen de la libération conditionnelle d'une mesure doit s'effectuer au moins une fois par année alors qu'il intervient à l'échéance des deux tiers pour une peine privative de liberté. De plus, une large majorité d'auteurs condamnés à une mesure souffrent d'une maladie psychique (troubles mentaux, éventuellement liés à des substances psycho-actives) et nécessitent une prise en charge s'étendant généralement sur plusieurs années. Dès lors, il est raisonnable de considérer qu'avant de libérer une personne soumise à une mesure thérapeutique institutionnelle, l'autorité compétente aura généralement rendu davantage de décisions négatives que pour une personne purgeant une peine privative de liberté.

Travailler à une meilleure harmonisation

Malgré les limitations de notre recherche (nous ne disposons pas de l'intégralité des chiffres dans tous les cantons; la structure de notre étude ne permet pas une analyse plus fine tenant compte des caractéristiques de la population criminelle de chaque canton), certains écarts demeurent difficilement

compréhensibles. Dès lors, afin d'assurer une certaine uniformisation dans l'exécution des peines et mesures, comme voulu par le législateur (art. 372 al. 3 CP) et dont la nécessité a été relevée dans le rapport «Contrôle de l'exécution des peines et des mesures en Suisse» relatif au postulat Amherd (11.4072), ainsi que de garantir l'égalité de traitement, il serait souhaitable de travailler à une meilleure harmonisation des pratiques en matière de libération conditionnelle.

«La Suisse latine accorde bien moins souvent la libération conditionnelle d'une peine privative de liberté.»



Aimée H. Zermatten et Thomas Freytag

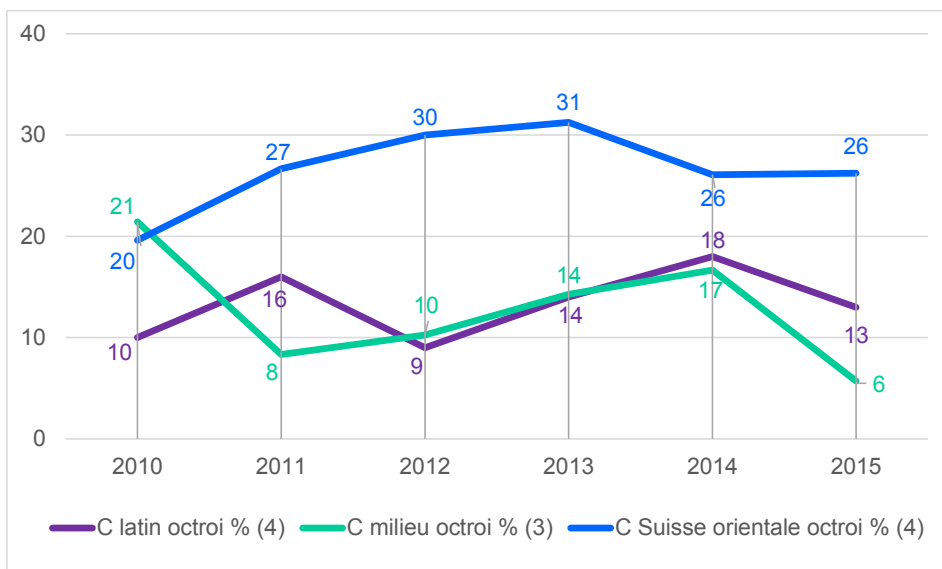


Illustration 3: Libération conditionnelle d'une mesure thérapeutique institutionnelle (2010–2015)

Etude en deux parties

Aimée H. Zermatten, Université de Fribourg, et Thomas Freytag, Chef de l'office de l'exécution judiciaire du canton de Berne, ont mené une étude auprès des autorités cantonales d'exécution des sanctions pénales. La première partie relative aux peines privatives de liberté a été présentée, en novembre 2016, lors des Journées pénitentiaires de Fribourg. Les résultats exposés dans cet article ne correspondent pas exactement aux chiffres communiqués à cette occasion et parus dans la presse, un canton ayant remarqué une erreur dans les données transmises pour 2014 et 2015. Les chiffres ont dès lors été corrigés. Pour les résultats détaillés concernant les peines privatives de liberté, on se référera à l'article y relatif dans les actes des Journées pénitentiaires, à paraître. La seconde partie de l'étude portant sur les mesures (y compris sur l'internement) fera l'objet d'une analyse plus détaillée, avec des données actualisées, dans le courant de l'année 2018.

Mieux détecter les délinquants pédosexuels

Bilan positif d'un projet pilote

Jusqu'à présent, l'évaluation des délinquants sexuels à tendance pédophile reposait, faute d'indicateurs mesurables, sur les informations subjectives que ceux-ci fournissaient et sur des évaluations cliniques. Le projet pilote de quatre ans que vient d'achever la Clinique de psychiatrie légale de Bâle a permis de mettre au point des bases de diagnostic, d'évaluation du risque et de traitement plus nuancées et plus fiables. D'autres recherches scientifiques sont toutefois nécessaires pour répondre aux nombreuses questions qui subsistent.

«La délinquance sexuelle n'est pas seulement l'expression d'une déviance sexuelle, mais aussi le résultat de plusieurs déficits.»

Le projet pilote «MIPS – indicateurs pronostiques et thérapeutiques permettant de mesurer le risque de récidive chez les délinquants pédophiles», soutenu financièrement par l'Office fédéral de la justice (OFJ), visait à identifier des indicateurs devant permettre de distinguer les préférences sexuelles (penchants sexuels) de trois groupes spécifiques: des délinquants pédophiles, des consommateurs de pornographie infantile sur Internet et des hétérosexuels (groupe de contrôle). Par ailleurs, l'équipe en charge du projet a procédé, sous la direction du professeur Marc Graf, à des analyses psychiatriques, neuropsychologiques et neurophysiologiques complètes sur ces groupes, composés de 20 membres chacun.

Outre des méthodes courantes, des méthodes dites «implicites» ont été utilisées. Ces méthodes reposent sur des paramètres qui sont moins accessibles à la conscience et qui sont donc moins susceptibles d'être faussés. Par ailleurs, un environnement virtuel de «promenade sur la plage», dans lequel les sujets étaient amenés à rencontrer des enfants et des adultes nus ou légèrement vêtus, a été spécialement créé. Durant cette promenade, les données physiologiques des sujets (par

exemple, les mouvements oculaires, la sueur et les modifications de l'activité cérébrale) ont été relevées afin d'enregistrer leurs réactions. Le projet pilote montre que l'emploi de processus virtuels permet de mieux cerner la préférence pédosexuelle et les comportements à risque.

Il ne s'agit pas d'une machine à détecter les pédophiles

La parution d'un article hâtif, portant le titre absurde de «machine à détecter les pédophiles», a compliqué la recherche de sujets et l'instauration d'un climat de confiance avec ces derniers. L'expression «machine à détecter» suggère en effet que l'on peut prouver quelque chose mécaniquement et avec certitude, comme c'est le cas avec les détecteurs de métaux installés dans les aéroports. Or, les processus mis au point dans le cadre du projet pilote permettent seulement de disposer d'éléments donnant à penser qu'une personne est pédophile. Les données ainsi obtenues viennent compléter les évaluations faites par les spécialistes en psychiatrie forensique et en psychologie légale mais ne sauraient en aucun cas les remplacer.

Les résultats de ce projet pilote sont déterminants pour le diagnostic et le traitement



Pour ce projet pilote, un environnement virtuel de «promenade sur la plage», dans lequel les sujets étaient amenés à rencontrer des enfants et des adultes nus ou légèrement vêtus, a été spécialement créé.
Images: Screenshot Not-Real People

des délinquants sexuels, comme le souligne l'équipe en charge du projet dans son rapport final. La question de la préférence sexuelle reste très problématique car la sexualité s'exprime, dans une très large mesure, d'une manière qui échappe même au principal intéressé et qui transparaît encore moins au travers de son comportement. Dans une procédure pénale, apparaissent des complications supplémentaires liées au fait que la personne concernée peut orienter ses déclarations. Jusqu'à présent, l'évaluation du trouble de la préférence sexuelle reposait sur les indications du patient, l'analyse de son délit et les conclusions indirectes tirées de l'observation de son comportement pendant la thérapie.

De nouvelles approches

Le projet pilote a permis d'expérimenter de nouvelles approches se prêtant à une utilisation clinique, dont notamment des tests implicites. Ces derniers permettent de recueillir des données sur les comportements qui sont en grande partie fondés sur des automatismes et que le sujet ne peut généralement pas influencer volontairement. Les réactions involontaires sont d'ailleurs, elles aussi, souvent enregistrées si bien qu'il est difficile pour la personne concernée de voir où l'on veut en venir avec le test et donc, éventuellement, de le fausser. Parmi ces tests implicites, figurent les tests d'association et certaines tâches distractives. Les premiers permettent de mesurer le temps de réaction de la personne pour associer des clichés d'adultes ou d'enfants avec des termes à connotation sexuelle. La tâche distractive consiste, quant à elle, en une tâche simple, qui doit être effectuée

par l'intéressé pendant que sont diffusées, dans le but de détourner son attention, des photographies d'adultes et d'enfants nus. L'association fréquente de clichés d'enfants avec des termes à connotation sexuelle ainsi qu'une plus forte propension à être distrait par des photographies d'enfants nus (que par des clichés d'adultes) peuvent être interprétées comme des indices de pédosexualité. Les tests implicites, qui constituent une nouvelle approche, ne peuvent permettre à eux seuls de diagnostiquer avec certitude une pédophilie. Ce sont toutefois des outils de travail qui permettent de disposer, dans le cadre d'une thérapie, de premiers éléments concernant la préférence sexuelle, qui est souvent floue, et d'établir un pronostic plus fiable concernant le risque de récidive lors de l'expertise.

Cette nouvelle approche permet en outre de distinguer plus facilement les «véritables pédophiles», qui ont une préférence sexuelle prédominante et exclusive pour les enfants, des personnes qui souffrent de «pédophilie secondaire» ou agissent par opportunisme. Ces dernières n'ont pas ou que très peu d'attraction sexuelle pour les enfants et commettent des délits pour d'autres raisons (par exemple, parce que les circonstances étaient favorables ou parce qu'elles avaient un intérêt financier). Les résultats du projet pilote viennent étayer une hypothèse qui fait débat au sein des milieux spécialisés, selon laquelle la délinquance sexuelle n'est pas seulement l'expression d'une déviance sexuelle, mais aussi le résultat de plusieurs déficits.

Compte tenu de la quantité de données relevées et de leur complexité, seules de premières évaluations ont jusqu'à présent pu

être effectuées. L'équipe en charge du projet espère obtenir de nouvelles informations utiles en procédant à d'autres analyses et en comparant les résultats obtenus avec ceux d'autres groupes de recherche. Elle souhaite notamment améliorer les outils utilisés et les limiter à des systèmes portables afin de pouvoir également procéder à cette analyse sur les délinquants pédosexuels dangereux qui exécutent une peine ou une mesure.

Un recul de la préférence pédophile possible

Les découvertes récentes de sexologues renommés montrent, elles aussi, l'importance des instruments destinés à mesurer l'évolution du comportement sexuel déviant. Il est désormais prouvé scientifiquement qu'un trouble de la préférence sexuelle tel que la pédophilie – contrairement à l'orientation sexuelle (hétérosexuelle, homosexuelle ou bisexuelle) – ne dure pas à vie dans nombre de cas. Ces scientifiques exigent donc l'introduction de la mention «en rémission» (recul des symptômes observés), comme c'est déjà le cas depuis longtemps pour d'autres formes de comportement sexuel déviant ainsi que pour les troubles schizophréniques ou affectifs.

L'équipe en charge du projet est convaincue que ces nouveaux outils et processus viendront compléter l'évaluation qui est habituellement faite dans le cas des délinquants pédosexuels. Elle estime nécessaire que ces processus complémentaires fassent l'objet d'une évaluation scientifique continue et que d'autres analyses scientifiques soient réalisées. Selon elle, l'évaluation du déroulement de la thérapie des délinquants sexuels est déterminante dans la décision d'assouplir ou de prolonger une mesure. On pourrait envisager d'examiner les délinquants sexuels avant et pendant un traitement anti-androgène (traitement ayant pour but d'inhiber les hormones mâles) et, éventuellement, de les comparer aux délinquants suivant un traitement psychothérapeutique, ou d'évaluer plusieurs programmes de traitement des délinquants sexuels. (gal)

Lien: Le rapport final du 17 janvier 2017 concernant le projet pilote MIPS est disponible sur le site Internet de la Clinique de psychiatrie légale de Bâle (www.upkbs.ch) et sur celui de l'OFJ (www.ofj.admin.ch) (version intégrale disponible uniquement en allemand avec un résumé en français).



Offrir la meilleure des éducations aux jeunes traumatisés

Un projet pilote au bilan positif

Il faut des éducateurs sûrs d'eux-mêmes et forts mentalement pour assurer un suivi optimal des enfants et des jeunes ayant subi un traumatisme. Cette thèse est confirmée par un projet pilote mené pendant cinq ans par la Clinique de psychiatrie légale de Bâle. L'accent devra donc à l'avenir également être mis sur l'accompagnement et la formation du personnel dans les établissements socio-éducatifs.

Ingrid Ryser

Assurer le suivi d'enfants et d'adolescents ayant à surmonter des expériences traumatisantes est souvent une tâche ardue pour les personnes de référence. Dans les établissements socio-éducatifs, notamment, la «cohabitation» est marquée par des interactions difficiles qui donnent lieu à de fréquents changements, que ce soit au sein du personnel d'encadrement ou parmi les pensionnaires. Dans ce contexte, il est difficile pour les enfants et les adolescents de nouer des relations durables avec les autres, ce qui complique par ailleurs le développement de leurs points forts, de leur équilibre personnel et de leurs capacités d'autorégulation. Quant au personnel pédagogique, il n'est pas rare qu'il soit épuisé, qu'il présente des symptômes de surmenage et qu'il évoque une souffrance psychologique.

Ces faits montrent non seulement que les enfants et les adolescents traumatisés ont des besoins éducatifs tout à fait spécifiques et plus importants que les autres, mais aussi qu'un outil de travail adapté et une attitude qui tient compte du traumatisme subi sont nécessaires aux éducateurs. La pédagogie du traumatisme répond aux besoins à la fois des uns et des autres. Fondé sur la collaboration entre les thérapeutes et les éducateurs, son concept réunit les connaissances issues des sciences de l'éducation et de la psychotraumatologie.

Agron Tatari, responsable d'un groupe de vie au sein du foyer Burghof Pestalozzi situé à Dielsdorf (ZH), est convaincu que les jeunes doivent réaliser qu'il existe un «endroit sûr» où ils savent qu'ils pourront trouver du soutien même lorsqu'ils enfreignent les règles de la société ou de l'établissement. C'est de cette façon qu'ils peuvent se distancer des stratégies de survie souvent destructrices qu'ils ont développées à la suite de leurs expériences traumatisantes et adopter d'autres comportements. Concrètement, cet «endroit sûr» est un lieu chaleureux, aménagé de façon conviviale et où ils se sentent en sécurité. C'est également un lieu où ils apprennent à

tisser des relations durables, empreintes de respect et de confiance mutuels, avec leurs référents. Arriver à construire des relations de ce type en dépit des innombrables situations de conflit est un défi de taille pour les collaborateurs. L'établissement doit être un «endroit sûr» pour ces derniers également, selon Nicole Wolschendorf, responsable du groupe de vie socio-éducatif «rose» à Heiden, qui considère que des outils de travail différents de ceux développés dans le cadre des autres concepts de pédagogie sociale sont indispensables.

Commencer par le personnel d'encadrement

La pédagogie du traumatisme met donc l'accent en priorité sur l'attitude de l'éducateur, raison pour laquelle le soutien administratif, technique mais aussi et surtout psychologique des collaborateurs constitue un élément-clé du concept. Dans le cadre du projet pilote «pédagogie du traumatisme», soutenu financièrement par l'Office fédéral de la justice (OFJ), des structures permettant d'utiliser cette méthode de travail ont été créées dans cinq établissements socio-éducatifs. L'équipe en charge du projet, dirigée par le docteur Marc Schmid, a suivi et évalué la mise en œuvre pendant toute la durée du projet, à savoir cinq ans. Les résultats révèlent une diminution sensible du stress et une plus grande satisfaction au travail du personnel pédagogique, ce qui a des effets positifs sur la continuité du travail éducatif au quotidien mais aussi, comme le montrent les expériences, sur l'évolution psychique et sociale des jeunes.

Le projet pilote a donc avant tout permis aux éducateurs d'acquiescer une plus grande confiance en eux. Les séances organisées fréquemment, lors desquelles les collaborateurs se penchent calmement sur des situations de conflit spécifiques qu'ils ont à gérer au quotidien, ont à cet égard été déterminantes. Nicole Wolschendorf précise que le but de ces discussions n'est pas uniquement de voir

«Les jeunes doivent réaliser qu'il existe un endroit sûr.»



Système de couleurs : «Le système de couleurs permet de voir ce que ressentent les personnes.»

Photo: Agron Tatari

comment les collaborateurs pourraient agir en pareille situation mais aussi d'analyser ce que cette situation provoque chez eux. Doter les collaborateurs des outils adéquats et veiller à leur état psychique jouent un rôle important sur le lieu de travail, car cela leur permet, au final, d'être pondérés et forts face aux enfants et aux adolescents.

Selon Agron Tatari, le référent doit avoir une force intérieure suffisante pour comprendre le comportement des jeunes, le resituer dans son contexte et y réfléchir avec eux. Nicole Wolschendorf ajoute que pour ce faire doit être mise en place une communication authentique, dans laquelle les éducateurs n'ont pas peur d'exprimer ce qu'ils ressentent, montrant ainsi l'exemple aux pensionnaires. Il ne s'agit pas ici d'approuver le comportement des enfants et des adolescents, mais d'en comprendre les raisons sans pour autant le cautionner. L'éducateur ne doit pas avoir peur de fixer des limites aux jeunes; «il doit leur dire les choses clairement», selon M. Tatari. Lors des fréquents échanges, un «système de couleurs» est pour ce faire utilisé. Toutes les personnes qui assistent à la séance, c'est-à-dire aussi bien les patients que l'éducateur, indiquent la couleur qui correspond à leur ressenti face à certaines situations (vert quand elles se sentent bien, jaune quand elles sont partagées et orange quand elles se sentent mal), puis justifient leur choix.

La pédagogie du traumatisme dans d'autres contextes psychosociaux

Afin de transmettre les outils de travail développés dans le cadre de la pédagogie du traumatisme au personnel d'encadrement des établissements socio-éducatifs, des offres de formation ont été créées dans le cadre du projet pilote. Les retours ont été très positifs. Agron Tatari et Nicole Wolschendorf souhaitent d'ores et déjà que la formation de base dans le domaine socio-éducatif tienne davantage compte de l'expérience personnelle des éducateurs. Les personnes ayant participé au projet pilote voudraient que d'autres séminaires de formation soient organisés et qu'un suivi soit assuré par des spécialistes de l'extérieur. Il pourrait être intéressant d'associer ces offres de formation continue à d'autres domaines psychosociaux où le personnel d'encadrement est également souvent confronté à des personnes traumatisées, tels que l'aide aux réfugiés, le travail

dans les dépendances ou le domaine des enfants placés.

Lien: Rapport final du 31 mars 2017 concernant le projet pilote «pédagogie du traumatisme», disponible sur le site Internet de la Clinique de psychiatrie légale de Bâle (www.upkbs.ch) et de l'OFJ (www.bj.admin.ch).

JAE – tirer des enseignements de l'expérience acquise

L'OFJ finance un nouveau projet pilote mené par la Clinique de psychiatrie infantile et juvénile de Bâle. Intitulé «JAE – Jugendhilfeverläufe: aus Erfahrung lernen» (JAE – parcours dans le cadre de l'aide à la jeunesse: tirer des enseignements de l'expérience acquise), ce projet vise, dans un premier temps, à analyser les indicateurs d'une évolution à long terme positive ou négative des mesures institutionnelles d'aide à la jeunesse ainsi que le processus d'autonomisation. A partir de cette analyse sera ensuite développé un module d'apprentissage en ligne destiné à mieux prendre en compte les facteurs de risque et de protection.

Des jeunes adultes ayant participé jusqu'en 2012 à la «recherche-pilote pour l'évaluation et l'atteinte d'objectifs dans le cadre de mesures de placement (MAZ)» et qui ont, pendant leur jeunesse, été placés pour des raisons civiles ou pénales ou qui se sont retrouvés en maison d'éducation de leur plein gré sont à nouveau interrogés dans le cadre du projet pilote JAE. Le but est ici de voir quelles modifications objectives ont été apportées aux objectifs pédagogiques convenus au début de la mesure institutionnelle afin d'identifier des facteurs de risque et de protection. A partir de là, on pourra éventuellement définir des mesures concrètes pour l'organisation des maisons d'éducation, qui permettront d'améliorer encore l'efficacité des mesures institutionnelles. Les connaissances acquises grâce au projet pilote JAE seront mises à la disposition des collaborateurs des établissements socio-éducatifs dans un programme d'apprentissage en ligne qu'il sera possible de suivre dans le cadre d'une formation continue. Ce projet pilote, prévu pour une durée de cinq ans, devrait s'achever en septembre 2021. (RYI)

En direct du Parlement

Unifier l'exécution des peines des criminels dangereux

Le Parlement a invité le Conseil fédéral à définir, en collaboration avec les cantons et les concordats, des critères et des standards minimaux pour régler de manière unifiée l'exécution des peines des condamnés dangereux. Le Conseil national et le Conseil des Etats ont adopté la motion «Unifier l'exécution des peines des criminels dangereux» (16.3002) respectivement lors de la session de printemps 2016 et d'automne 2016.

Le Parlement a ainsi suivi le raisonnement de la Commission des affaires juridiques du Conseil national, qui estime qu'il existe un certain nombre de lacunes en matière d'exécution des peines ainsi que des pratiques très différentes. Ces lacunes et pratiques différentes à travers le pays touchent en particulier la gestion du risque des détenus dangereux, qui devrait cependant être unifiée et reposer sur des critères et standards minimaux communs à tous les cantons et à tous les établissements pénitentiaires. Estimant que les cantons avaient déjà pris des mesures pour harmoniser l'exécution des peines et des mesures et qu'ils assumaient leur responsabilité s'agissant de la gestion du risque des détenus dangereux, le Conseil fédéral avait recommandé de rejeter la motion.

Conséquences du nouveau droit en matière d'expulsion

Une différence est déjà faite aujourd'hui, lors de l'élaboration du plan individuel d'exécution de la peine, entre les personnes qui resteront en Suisse après avoir exécuté leur sanction et celles qui seront expulsées. Cela ne saurait pour autant signifier qu'on peut négliger les détenus dont l'expulsion est actée, comme le souligne le Conseil fédéral dans son avis relatif à l'interpellation «Nouveau droit en matière d'expulsion. Quelles conséquences pour l'exécution des peines?» (16.3645), déposée par la conseillère d'Etat Karin Keller-Sutter.

Le Conseil fédéral attire en outre l'attention sur le fait que les mesures thérapeutiques visées par l'art. 59 CP sont propres à réduire voire à éliminer le risque que l'auteur ne commette de nouvelles infractions. Il faut viser cet objectif aussi pour les étrangers qui doivent quitter la Suisse. Il appartient au juge de décider si un traitement peut s'avérer efficace. Même des auteurs dangereux, qui autrement devraient être internés, peuvent suivre un traitement au sens de cet article. Un traitement réussi peut permettre d'épargner les frais d'un internement de longue durée.

Rapport sur la surveillance électronique

Le Conseil fédéral va évaluer l'utilisation des systèmes de surveillance électronique dans la pratique durant les trois années suivant l'entrée en vigueur de la réforme du droit des sanctions et présenter un rapport. Il s'attachera en particulier à déterminer si le champ d'application de la surveillance électronique des détenus à l'extérieur des établissements pénitentiaires peut être étendu. Le Conseil des Etats a adopté le postulat «Evaluation de la surveillance électronique» (16.3632), déposé par sa commission des affaires juridiques, lors de la session d'hiver 2016.

La réforme du droit des sanctions entrera en vigueur le 1er janvier 2018. La surveillance électronique, qui est actuellement à l'essai dans sept cantons, sera alors définitivement inscrite dans la loi et pourra s'appliquer aux peines privatives de liberté de 20 jours à douze mois. Elle pourra aussi remplacer le travail et le logement externes, pour une durée de trois à douze mois, en tant que dernière phase de l'exécution d'une peine privative de liberté de longue durée. La commission des affaires juridiques du Conseil des Etats est favorable à la mise en place de systèmes de surveillance électronique et partage l'avis du canton de Bâle-Campagne, qui demande, dans son initiative 15.315, une extension du champ d'application de ces systèmes. Comme elle l'indique dans le développement de son postulat, elle souhaite toutefois attendre

qu'un bilan des expériences faites dans le cadre du nouveau droit des sanctions ait été dressé avant d'aborder cette question.

La situation en matière d'occupation s'est détendue

Il est exact que l'exécution des peines en Suisse connaît une situation tendue en termes de surpopulation carcérale dans certaines régions et à titre temporaire, ce qui peut rendre difficile le travail des autorités cantonales concernées. La situation en matière d'occupation s'est toutefois détendue par rapport aux années précédentes, comme l'indique le Conseil fédéral dans son avis relatif à l'interpellation «Des criminels en liberté en raison d'une insuffisance de places dans nos prisons?» (16.3728), déposée par le conseiller national Jean-Luc Addor.

Le Conseil fédéral ajoute que, selon le rapport du groupe technique «Monitoring des capacités de privation de liberté», établi sur mandat de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), seuls les cantons de Vaud et de Genève connaissent un manque de places évident et, par conséquent, des prisons vraiment surpeuplées. Ledit groupe technique arrive à la conclusion que les besoins en places en milieu pénitentiaire fermé sont presque couverts sur l'ensemble de la Suisse, pour autant que les places prévues à l'heure actuelle au sein du Concordat latin soient réalisées au cours des prochaines années.

Garantir une fin de vie digne

Les dispositions légales en vigueur permettent aux cantons de placer les détenus âgés et malades dans des établissements appropriés, de les soigner et de les accompagner, dans la mesure du possible, jusqu'à la fin de leur vie. Les cantons ont pris la mesure du problème du nombre croissant de détenus âgés, gravement malades et sont déjà passés à l'action, comme le souligne le Conseil fédéral dans son avis relatif à l'interpella-

tion «Pour une fin de vie digne, en prison et hors de prison» (16.3736), déposée par la conseillère nationale Liliane Maury Pasquier. Le Conseil fédéral est convaincu que les cantons prennent dûment en compte cette thématique et qu'ils font le nécessaire pour assurer une exécution des peines et des mesures conforme aux recommandations de l'étude réalisée dans le cadre du Programme national de recherche «Fin de vie en prison».

Mise à disposition de matériel d'injection stérile

Le Conseil fédéral part du principe que les cantons et les établissements de privation de liberté satisferont rapidement aux obligations qui découlent de la loi sur les épidémies entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2016 en assurant à toutes les personnes qui sont à leur charge des mesures appropriées pour prévenir les maladies infectieuses, notamment la mise à disposition de matériel d'injection stérile et de traitements à base de stupéfiants. C'est ce qu'il indique dans son avis relatif à l'interpellation «Politique de réduction des risques en prison. Demande d'un état des lieux» (16.3986), déposée par la conseillère nationale Laurence Fehlmann Rielle.

Il existe d'importantes disparités en ce qui concerne l'accès des détenus aux mesures de réduction des risques, comme il le souligne par ailleurs. Ainsi, seuls 15 établissements de privation de liberté en Suisse proposent du matériel d'injection stérile aux personnes toxicodépendantes. L'introduction et l'application de mesures destinées à prévenir ou à atténuer la dégradation de la santé des personnes ayant des troubles liés à l'addiction sont du ressort des cantons, qui peuvent être aidés par la Confédération dans la réalisation de ces tâches. Le Conseil fédéral rappelle que l'Office fédéral de la santé publique a mené, entre 2008 et 2013, avec l'Office fédéral de la justice et la CCDJP, le projet «Lutte contre les maladies en milieu carcéral» (BIG).



Les établissements de privation de liberté doivent mettre à disposition de toutes les personnes qui sont à leur charge du matériel d'injection stérile et des traitements à base de stupéfiants. Photo: Peter Schulthess

Contrôle de la légalité de la détention: la Confédération ne juge pas utile de légiférer

La Suisse a exécuté l'arrêt de la CEDH

Selon un arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) daté du 10 mai 2016, la Suisse a attendu beaucoup trop longtemps avant d'examiner la légalité d'une détention et a, par conséquent, violé la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH). Dans son rapport du 3 février 2017 à l'intention du Comité des Ministres, l'Office fédéral de la justice (OFJ) explique comment la Suisse a exécuté cet arrêt. Il estime qu'une révision législative à l'échelon fédéral n'est pas nécessaire pour prévenir des violations semblables.

Le requérant a été condamné en 2002 par le tribunal de district de Zurich à cinq mois d'emprisonnement pour conduite en état d'ivresse (voir bulletin info 2/2016). Sur la base d'une expertise psychiatrique, le tribunal a également prononcé son internement

et suspendu l'exécution de la peine. La cour d'appel du canton de Zurich a réduit la peine à quatre mois et demi d'emprisonnement, tout en confirmant la mesure d'internement.

En 2008, le requérant a adressé une demande de libération de l'internement, mais a été débouté, tout d'abord par l'office de l'exécution judiciaire du canton de Zurich, puis par la direction de la justice et de l'intérieur du canton de Zurich ainsi que par le tribunal administratif du canton de Zurich et, enfin, par le Tribunal fédéral. Le requérant a invoqué devant la CEDH une violation du droit à un contrôle à bref délai de la légalité de la détention par un tribunal (art. 5 al. 4 CEDH).

Dans son arrêt du 10 mai 2016, la CEDH estime qu'il y a bien violation de la CEDH. Elle rappelle que la légalité de la détention doit être contrôlée à bref délai. Cette exigence de célérité vaut pour toutes les instances

ayant à traiter des demandes de libération. La CEDH souligne que, dans le cas d'espèce, près de onze mois se sont écoulés entre la demande de libération et l'examen de cette demande par le tribunal administratif. Cette durée s'explique, pour l'essentiel, par le fait que, dans le canton de Zurich, la demande doit être examinée par deux instances non judiciaires avant de l'être par une autorité présentant des garanties propres à celles d'un tribunal au sens de la CEDH.

Le requérant indemnisé

Dans son rapport du 3 février 2017, l'OFJ informe le Comité des Ministres que les 12 000 euros accordés au requérant au titre de satisfaction équitable par la CEDH lui ont été versés. Le requérant a renoncé à saisir le Tribunal fédéral d'une demande de révision à la lumière de l'arrêt de la CEDH.

L'OFJ ajoute que les autorités et tribunaux suisses vont – comme d'habitude – donner plein effet à l'arrêt susmentionné. Au vu de la jurisprudence de la CEDH, il estime que le présent cas constitue un cas isolé. Ainsi, aucune autre mesure, y compris des mesures législatives à l'échelon fédéral (par exemple, une révision du code pénal ou du code de procédure pénale), ne s'avère nécessaire. Les autorités du canton de Zurich auraient mis sur pied un groupe de travail chargé de revoir les voies de recours dans des situations similaires et de proposer, le cas échéant, des modifications législatives. (gal)



Ces dix dernières années, la CEDH (photo) n'a estimé que dans deux cas que la Suisse avait violé la Convention pour avoir attendu trop longtemps avant d'examiner la légalité d'une détention.

Brèves

Un peu plus de jeunes placés et d'adultes en détention

Selon le dernier relevé sur la privation de liberté et l'exécution des sanctions des mineurs effectué par l'Office fédéral de la statistique (OFS) le 7 septembre 2016, on comptait en Suisse 477 mineurs placés hors de leur famille après une infraction (+22 personnes par rapport à l'année précédente) et 6 912 adultes détenus dans un établissement d'exécution des peines et des mesures (+28 personnes par rapport à l'année précédente).

Au jour de référence, 262 jeunes étaient placés à titre provisoire – c'est-à-dire pendant la phase des investigations – et 215 étaient placés suite à une condamnation. Les jeunes sont généralement confiés à des institutions spécialisées. Les placements en famille d'accueil sont de plus en plus rares.

Seul le nombre de jeunes placés à titre provisoire a augmenté par rapport à l'année précédente. Cette hausse peut s'expliquer aussi bien par une hausse de la délinquance chez les jeunes dont la situation personnelle appelle un placement, que par une évolution des pratiques des juges et des procureurs des mineurs vers plus de mesures institutionnelles.

Au jour de référence, 6 912 places sur les 7 493 que comptent les 114 établissements pénitentiaires suisses étaient occupées. Le taux d'occupation était de 92 %, soit 2 points de moins qu'en 2015, ce qui s'explique par la création de 128 places supplémentaires en Suisse latine. Un peu plus de la moitié des détenus (3 670 personnes) étaient sous le coup d'une condamnation, un quart (1 745 personnes) étaient en détention provisoire ou en détention pour motif de sûreté, 15 % (1 032 personnes) étaient en exécution anticipée de peine et 7 % (465 personnes) étaient détenus pour d'autres raisons.

Lien: www.bfs.admin.ch

Patrick Cotti devient directeur du Centre suisse de compétences en matière d'exécution de sanctions pénales

Réuni le 5 mai 2017, le Conseil de fondation du Centre suisse de compétences en matière d'exécution de sanctions pénales (CSCSP), nommé par la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), a unanimement



désigné l'ancien conseiller d'Etat Patrick Cotti (photo) au poste de directeur du futur CSCSP. M. Cotti s'attèlera à la mise en place du CSCSP dès le 1er août 2017 et assurera simultanément la direction du Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire (CSFPP).

Comme on peut le lire dans un communiqué de la CCDJP, M. Cotti dispose «grâce à ses compétences de gestion avérées et sa grande expérience dans le domaine des projets de mise en place et de réorganisation, tant dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales que dans celui de la formation, du profil idéal pour cette fonction exigeante». Il a acquis des connaissances spécialisées en matière d'exécution des sanctions pénales lorsqu'il était directeur de l'établissement pénitentiaire de Zoug, ainsi qu'en matière de formation des adultes, tâche dont il s'est intensément occupé en tant que chef du centre de carrière de Zurich. Ancien conseiller d'Etat du canton de Zoug, M. Cotti est par ailleurs parfaitement familiarisé avec les processus politiques dans les cantons.

L'actuel directeur du CSFPP, Thomas Noll, ne s'est pas porté candidat à la direction du CSCSP. Il souhaite en effet revenir à ses premières amours et occupera à partir de sep-

tembre le poste de spécialiste en psychiatrie forensique au sein du service de psychiatrie et psychologie (SPP) de l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Zurich.

Mise en ligne de la plate-forme Casadata

En janvier 2017, l'Office fédéral de la justice (OFJ) a mis en ligne Casadata, la plate-forme dédiée au placement en établissement d'éducation et au placement familial en Suisse (www.casadata.ch). Cette plate-forme est le premier support suisse réunissant toutes les données sur ces deux thèmes.

La collecte d'informations sur l'hébergement d'enfants et de jeunes dans les institutions et les familles d'accueil comprend trois domaines: tout d'abord, des informations sur des projets, des concepts et des discussions politiques. Les données sont fournies par des institutions, des administrations cantonales, des associations et des centres de recherche. Le deuxième domaine met en réseau les statistiques pertinentes de l'OFS et de la Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA). Le troisième domaine collecte des données sur l'offre de places dans les institutions et les familles d'accueil et leur utilisation par les enfants et les adolescents. Les données sont directement fournies par les institutions et les cantons en ligne.

Depuis janvier 2017, sont collectées et mises en ligne les données relatives à l'ensemble des établissements reconnus par l'OFJ. Quelques cantons ont d'ores et déjà commencé à effectuer un recensement des familles d'accueil et des enfants placés. La prochaine étape consistera à faire un inventaire aussi complet que possible de toutes les autres offres existant en milieu institutionnel. Cette collecte de données doit à moyen terme permettre d'avoir une vue d'ensemble au plan national des offres existantes ainsi que des enfants et des jeunes placés auprès de tiers, mais aussi de disposer des bases nécessaires pour mener des discussions entre spécialistes et prendre des décisions stratégiques.

Manifestations

Un article détaillé sur la mise en œuvre et les premiers résultats de l'évaluation des données sera publié dans #prison-info 2/2017. Contact: beatrice.kalbermatter@bj.admin.ch

Examen des subventions

Les subventions versées par le Département fédéral de justice et police (DFJP) ont été examinées dans le cadre du compte d'Etat 2016, comme c'est le cas tous les six ans. Le Conseil fédéral estime qu'il pourrait exister, s'agissant des subventions octroyées dans le domaine de l'exécution des peines et mesures, un potentiel d'optimisation dans la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.

Comme il l'écrit dans le compte d'Etat 2016, la Confédération pourrait, en cas de désenchevêtrement des tâches se traduisant par un renforcement du rôle des cantons, se décharger des subventions d'exploitation aux établissements d'éducation et des subventions de construction à des établissements servant à l'exécution des peines et des mesures ainsi qu'à des maisons d'éducation. A l'opposé, il faudrait examiner si elle doit assumer un rôle plus important dans la formation du personnel pénitentiaire (CSFPP) ainsi que dans le développement et la mise à l'essai de nouvelles méthodes ou conceptions dans le domaine de l'exécution des peines et mesures (projets pilotes).

Un désenchevêtrement ponctuel des tâches est cependant difficile à réaliser. Se fondant sur un rapport qui est actuellement élaboré dans le cadre de la mise en œuvre de la motion 13.3363 «Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons», le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux vont par conséquent examiner l'opportunité de lancer un projet «réforme de la péréquation et de la répartition des tâches (RPT) 2». La répartition des rôles dans l'exécution des peines et mesures pourrait également être intégrée à un projet de ce genre.

Ausstellung 2.0 im Schopf Bildungs | Gang – Das Interaktionserlebnis zwischen Fachreferat und Ausstellungsbesuch

Die Jubiläumsausstellung der Stiftung Gott hilft «Wenn es scheinbar nicht mehr weitergeht – 100 Jahre Kinder- und Jugendhilfe» wird neu bespielt. Im Mittelpunkt stehen die Fachreferate zu den verschiedenen Themen Spiritualität, Pädagogik und Biografiearbeit. Interessierte Gruppen oder Institutionen haben die Möglichkeit, die thematischen Referate durch Fachleute der Stiftung Gott hilft mit oder ohne Führung durch die Ausstellung zu erleben. Der Anlass kann auch mit einer internen Sitzung oder einem Ausflug in die nahe gelegene Bündner Herrschaft mit ihren Gasthöfen und Rebbergen kombiniert werden. Im Ambiente der Ausstellungsräumlichkeiten ist auch ein Besuch der «Box im Schopf – der etwas andere Laden» empfehlenswert. Mit der Ausstellung 2.0 im Schopf lädt die Stiftung Gott hilft zu einem spannenden Betriebsausflug oder Teamevent ein, wo das Erlebnis in der Interaktion zwischen Fachreferat und Ausstellungsbesuch kombiniert werden kann – ein Bildungs | Gang der besonderen Art.

Veranstalter

Stiftung Gott hilft, Zizers

Datum

nach Anfrage – Termine sind individuell und flexibel buchbar

Ort

«im Schopf», Kantonsstrasse 6, 7205 Zizers

Sprache

Deutsch, auf Wunsch Ausstellungsführung in Englisch möglich

Weitere Informationen

www.stiftung-gotthilft.ch/Ausstellung

Assistance ou prévention? A l'intersection des mesures pénales et de la protection de l'adulte

L'intersection entre mesures pénales et protection de l'adulte soulève de plus en plus de questions. Tout d'abord, la protection de l'adulte vise à apporter une assistance à la personne, tandis que la mesure pénale poursuit le but d'éviter la récidive. Mais il semblerait que les deux institutions aient finalement plus en commun que ce que l'on imaginait jusqu'à présent. Dans les deux cas, le droit a recours à des instruments psycho-sociaux, tout en imposant parfois des mesures de contrainte. Une réflexion autour de cette problématique est donc indispensable. Car même lors d'interventions supposées bienveillantes, la personne doit rester un sujet de droit, et non être rabaissée au rang d'objet de la procédure.

Le congrès explorera un domaine encore peu débattu. En se basant sur des questions pratiques, les intervenants aborderont des questions fondamentales. Ils tenteront de trouver des réponses, de délimiter les sphères de chacun et de définir comment construire une collaboration constructive.

Organisation

groupe de travail «Réformes en matière pénale»

Date

7/8 septembre 2017

Lieu

Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich

Langues

français et allemand
(avec traduction simultanée)

Informations complémentaires

www.paulusakademie.ch

Nouveautés



Ruedi Beeler

Praktische Aspekte des formellen Untersuchungshaftrechts nach Schweizerischer Strafprozessordnung

223 Seiten – CHF 60.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-3077-6



Diego R. Gfeller | Adrian Bigler |
Duri Bonin (Autoren)

Untersuchungshaft. Ein Leitfaden für die Praxis

350 Seiten – CHF 128.00
Schulthess Verlag, Zürich
ISBN/ISSN 978-3-7255-7074-4



Daniel Fink | Stefan Keller |
Madleina Manetsch | Christian
Schwarzenegger (Herausgeber)

Evaluation, politique criminelle et réforme du droit pénal / Evaluation, Kriminalpolitik und Strafrechtsreform

(français/allemand)
227 pages – CHF 62.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-8996-5



Daniel Fink

Le compte du crime. Etudes d'histoire des statistiques de la criminalité et du droit pénal de la Suisse / Kriminalstatistik. Studien zur Geschichte der Kriminal- und Strafrechtsstatistik der Schweiz

(français/allemand)
256 pages – CHF 68.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-3238-1



Marianne Heer | Elmar Habermeyer |
Bernard, Stephan (Herausgeber)

Erkenntnisse von Fachkommissionen – Chance einer umfassenden Überprüfung oder Instrument der Repression? Psychiatrische Gutachten im Fokus des Bundesgerichts – Gerechtfertigte Strenge oder zu hohe Anforderungen?

100 Seiten – CHF 49.00
Stämpfli Verlag AG, Bern
ISBN 978-3-7272-8997-2



Daniel Fink

La prison en Suisse. Un état des lieux

136 pages – CHF 17.50
Maison d'édition PPUR, Lausanne
ISBN 978-2-88915-175-2

«Les détenus peuvent, eux aussi, être des artistes»

Une ancienne directrice de prison nous parle de l'art en milieu carcéral

On trouve en prison des personnes qui, par leurs actes, en ont fait souffrir d'autres. Lorsque j'étais directrice de la prison régionale de Berne, j'ai cependant pu découvrir d'autres facettes de leur personnalité. Ce sont en effet des êtres humains dotés de sentiments, qu'ils arrivent à exprimer grâce à la création artistique. Leurs œuvres, parfois très impressionnantes, sont actuellement présentées au public dans le cadre d'une exposition.

Marlise Pfander



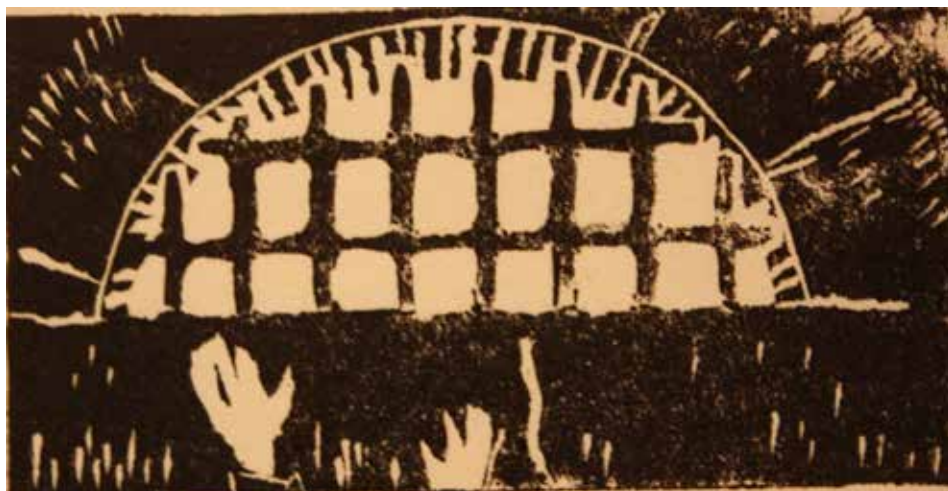
Marlise Pfander, ancienne directrice de la prison régionale de Berne et présidente de l'association «Art en prison».

La peinture, la poterie, la sculpture et les autres activités de loisirs artistiques proposées en prison sont bien plus que d'agréables passe-temps. Elles offrent souvent aux détenus un exutoire qui leur permet de laisser libre cours à leurs sentiments et de donner forme à ces derniers. Elles permettent, notamment aux personnes qui ont du mal à savoir ce qu'elles ressentent, d'accéder à elles-mêmes, venant s'inscrire en soutien d'un processus thérapeutique. La réflexion personnelle qui transparait au travers de l'œuvre visuelle est souvent très impressionnante. Le dessin représentant un autoportrait dans un éclat de miroir montre, par exemple, la vie brisée de l'artiste.

Il ne s'agit pas ici de juger l'acte commis par la personne, d'autres instances s'en étant déjà chargées. Ce qui nous intéresse ici, c'est l'œuvre en elle-même, peu importe que l'artiste soit un délinquant ou non. Les sentiments intimes du détenu y sont repré-

sentés de manière figurative. On voit comment il se perçoit et peut-être aussi quels peuvent être les effets positifs de l'exécution des peines dans le meilleur des cas, à savoir la diminution du taux de récidive et une meilleure réinsertion dans la société grâce au développement des compétences sociales. Outre la peur, le désespoir ou la solitude, les œuvres montrent aussi des scènes tirées du quotidien derrière les barreaux. Je trouve que l'œuvre représentant la fenêtre d'une cellule et une main qui ne parvient pas à l'atteindre est absolument saisissante. Elle montre la détresse de l'artiste, sa tristesse de voir que la vie continue sans lui.

Certaines œuvres réalisées par les détenus sont tellement remarquables que je pourrais très bien les acheter. Plusieurs d'entre elles sont actuellement présentées au public au musée de l'Armée du Salut à Berne dans le cadre de l'exposition «Art en prison 2017». On peut y voir 25 tableaux, dessins et sculptures



réalisés par des détenus exécutant leur peine dans les établissements pénitentiaires de Lenzburg (AG) et de Saxerriet (SG). A l'initiative de cette exposition se trouve l'association «Art en prison», qui a pour but de promouvoir les œuvres artistiques produites par des détenus. Si l'association entend organiser d'autres expositions dans toute la Suisse, elle prévoit également d'attribuer un «prix d'art en prison» dans le but de récompenser les meilleures réalisations faites par des prisonniers. Elle planifie également de décerner une distinction aux établissements pénitentiaires qui favorisent la création artistique dans leurs murs.

«Il y a des œuvres
que je pourrais très
bien acheter.»



gauche: fenêtre et main;
droit: éclat de miroir.
Photos: Dominique Boillat

«Rares sont ceux qui connaissent vraiment la face sombre de l'Homme. En prison, vous la voyez tous les jours, souvent avec effroi. Vous appréciez alors d'autant mieux les belles choses, les beaux paysages, les livres. Bref, la liberté.»

Constantin Franziskakis,
directeur de la prison de Champ-Dollon de 2008 à 2017
(Tribune de Genève, 11 mai 2017)

Rectification

Dans le numéro 2/2016, une erreur s'est malheureusement glissée dans la rédaction de l'interview de M. Olivier Rogivue («Le crépuscule de la vie en détention », p. 17). Sa réponse correcte est: «Le Service Médical et de Psychiatrie Pénitentiaire (SMPP) prend en charge les détenus nécessitant des soins particuliers, soit à l'interne à l'aide d'un staff de médecins et psychiatres ainsi que du service infirmiers, soit à l'externe via

l'Hôpital Universitaire Vaudois (CHUV) ou via l'Unité hospitalière de psychiatrie pénitentiaire (UHPP) [et non pas: l'Unité d'hospitalisation de pédopsychiatrie en pédiatrie (UHPP) de Curabilis permettant des séjours allant de quelques jours à quelques semaines. Ces dernières structures répondent à des besoins urgents et impératifs en lien avec la santé du détenu.]»

Le bulletin info, 20 ans de publication en ligne



Impressum

Editeur: Office fédéral de la justice,
Unité Exécution des peines et mesures,
Ronald Gramigna, ronald.gramigna@bj.admin.ch

Rédaction: Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch),
Nathalie Buthey (nathalie.buthey@bj.admin.ch),
Charlotte Spindler, Journalistin BR, Zürich

Traduction: Raffaella Marra

Administration et logistique: Andrea Stämpfli
(andrea.staempfli@bj.admin.ch)

Mise en page, impression et distribution:
OFCL – Centre média de la Confédération, Berne

**Commandes, questions et changements
d'adresse sur papier:** Office fédéral de la justice
Unité Exécution des peines et mesures
CH-3003 Berne, +41 58 462 41 28
andrea.staempfli@bj.admin.ch

Version Internet: www.prison-info.ch

Copyright / Reproduction: © Office fédéral
de la justice, Reproduction autorisée moyennant
l'indication de la source et l'envoi d'un
justificatif.

Photo de couverture: Curabilis, GE.
Photo: Peter Schulthess

42^{ème} année, 2017 / ISSN 1661-2604

Publié par l'Office fédéral de la justice, le bulletin info est également disponible en ligne au format PDF depuis 1997. On peut ainsi trouver 49 numéros, trois éditions spéciales et treize tables des matières sur le site www.prison-info.ch. Ce bulletin d'information donne un aperçu des derniers développements intervenus dans le domaine de l'exécution des peines et mesures en Suisse et peut être utilisé comme outil de référence par les professionnels et les particuliers intéressés. L'inventaire d'un certain nombre de numéros publiés au cours des dernières années montre la diversité des thèmes abordés: mineurs en détention avant jugement, nouvelles règles pénitentiaires, étrangers en prison, un vent nouveau souffle sur la probation, architecture et privation de liberté, les foyers pour jeunes face à la violence, le travail en milieu carcéral, de la clinique à la prison, le plan individuel d'exécution, sexualité, pénurie de places de détention, les collaborateurs sous la loupe, foyers d'éducation fermés, projets pilotes, soins en milieu carcéral, les femmes en détention, détention avant jugement, fin de vie en prison.

Le premier numéro est paru en 1976 sous le titre, qui peut aujourd'hui paraître obsolète, d'«informations de la Division fédérale de la Justice aux organes de l'exécution des peines et des mesures». Au fil des ans, cette feuille d'information dépouillée, sans contenu rédactionnel, est devenue une revue spécialisée moderne, qui a été rebaptisée «#prison-info» en 2017. Même si son titre, sa mise en page et son contenu ont beaucoup évolué au cours des quatre dernières décennies, sa mission d'information est restée la même et a même été ancrée dans la loi au vu de son importance (cf. art. 17 LPPM).

#prison-info

Dernière page

Coup d'œil au-delà des frontières. Cellule comportant douze lits dans l'établissement pénitentiaire portugais d'Izeda, situé à la frontière espagnole. Cet établissement, qui était autrefois un orphelinat appartenant à la congrégation des Salésiens de Don Bosco, présente dans le monde entier, a par la suite été racheté et transformé par l'Etat. Depuis 1995, c'est un établissement pénitentiaire doté d'une capacité d'accueil de 300 places. Les anciennes salles de classe, dotées d'une belle hauteur sous plafond, servent aujourd'hui de cellules. Izeda fait partie des rares prisons portugaises à ne pas être surpeuplées. Photo: Peter Schulthess pour l'exposition «the portuguese prison photo project» qui se tiendra à Porto (du 9 septembre au 3 décembre 2017, www.prisonphotoproject.pt).

